

**LEITBILD ZUR INTEGRATION
VON MIGRANTEN UND MIGRANTINNEN
IN NIEDERÖSTERREICH**

St. Pölten, Mai 2008



Guat Z` sammleben in NÖ

Der Begriff Integration wird oft zitiert und selten gelebt. Wir stellen uns dieser Herausforderung und haben daher unter dem Titel „Guat Z` sammleben“ einen partizipativen Meinungsbildungsprozess unter der Federführung der NÖ Landesakademie mit starker Beteiligung von ExpertInnen und MigrantInnen und unter Einbeziehung von Politik und Verwaltung gestartet. Nach etwas mehr als einem Jahr liegt das NÖ Integrationsleitbild nun vor. Der Entschluss ein Integrationsleitbild erstellen zu lassen, zeigt eine positive Haltung gegenüber der Anwesenheit von MigrantInnen. Mit der Analyse von Prozessen besteht die Möglichkeit über die Lebensbedingungen von MigrantInnen und Einheimischen konkrete Aussagen zu tätigen. Eine Fülle von Maßnahmen wurde erarbeitet, die für ein „Guats Z` sammleben“ in Niederösterreich im Sinne der Integration von MigrantInnen relevant ist.

Eine gelungene Integration basiert zum größten Teil auf Information. Emotionen und Polemik prägen vielerorts die Debatten. Auch bei uns gibt es gegenseitiges Misstrauen, Berührungängste und ganz konkrete Sorgen und Probleme. Diese Sorgen müssen wir ernst nehmen und gemeinsame Lösungen suchen.

Bürgerschaftliches Engagement von MigrantInnen ist im Besonderen eine Chance sich an der Mitgestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, um nicht lediglich der Gegenstand von Integrationsbemühungen zu sein. Ich halte die Verantwortung des Einzelnen, der MigrantInnen und Einheimischen für das Gelingen der Integration unverzichtbar. Ohne Zweifel ist Förderung notwendig und gut, gleichzeitig müssen wir die aktive Beteiligung der MigrantInnen einfordern.

„Guat Z` sammleben“ braucht also beide Seiten: Einheimische und Zugewanderte müssen voneinander und miteinander lernen, Vertrauen aufbauen für das Zusammenleben in der Gemeinde und im Land. Ausgangspunkt dazu ist der respektvolle Umgang miteinander.

Angesichts des Engagements bei der Leitbildentwicklung zur Integration von MigrantInnen in NÖ ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, allen mitwirkenden Personen und Institutionen recht herzlich zu danken.

Petra Bohuslav
Landesrätin für Integration

INHALT

1.	Einleitung	2
1.1.	Wie kam es zum Leitbildprozess in Niederösterreich	2
1.2.	Leitgedanken zum Leitbildprozess	2
1.3.	Bezugnahme der Leitbildprozessarbeit auf das Regierungsprogramm 2007 der Bundesregierung	4
1.4.	Zahlen und Fakten – Zuwanderung in Niederösterreich	5
1.5.	Dank an die Mitwirkenden am Leitbildprozess	8
2.	Leitziele des Leitbildprozesses	9
2.1.	Chancengleichheit fördern	9
2.2.	Selbstentwicklung fördern	9
2.3.	Dialog fördern.....	9
3.	Was heißt „Integration“	9
3.1.	Der Bezugsrahmen: Strukturen und Personen.....	9
3.2.	Der Begriff: dynamisches Integrationsverständnis	9
3.3.	Der Weg: Entwicklung interkultureller Kompetenzen.....	9
3.4.	Die Ziele: Selbstentwicklung – Chancengleichheit – Dialog	9
3.5.	Zusammenfassung: Integration als demokratischer Prozess	9
4.	Strategische Wege und Maßnahmenempfehlungen im Überblick	9
5.	Strategische Wege und Maßnahmenempfehlungen	9
5.1.	Politik und Verwaltung	9
5.2.	Bildung und Erziehung	9
5.3.	Kultur, Begegnung, Kommunikation	9
5.4.	Gesundheit und Soziales	9
5.5.	Wohnen	9
5.6.	Arbeit und Wirtschaft.....	9
5.7.	Zusammenleben in Gemeinde und Region	9
6.	Der Leitbildprozess – Organisation und Verlauf.....	9
6.1.	Projektarchitektur	9
6.1.1.	Arbeitsgruppen	9
6.1.2.	Steuerungselemente	9
6.2.	Strukturdaten	9
6.2.1.	Datenlage.....	9
6.3.	Prozess- und Ergebnisevaluierung	9
7.	Organigramm zur Umsetzung des Integrationsleitbildes für NÖ.....	9
8.	Begleitende Organisationen des Leitbildentwicklungsprozesses	9
9.	TeilnehmerInnenstruktur des Leitbildprozesses.....	9
9.1.	Eingeladene Personen und Institutionen.....	9
9.2.	Listen der am Leitbildprozess beteiligten Personen und Institutionen	9
9.3.	Stellungnahme zum Entwurf „Integrationsleitbild Niederösterreich“ der Freiheitlichen Partei Österreichs – Landesgruppe Niederösterreich	9

1. Einleitung

1.1. Wie kam es zum Leitbildprozess in Niederösterreich

Das Land Niederösterreich beschäftigt sich schon längere Zeit in den verschiedensten landespolitisch bedeutsamen Themenbereichen mit dem Thema Integration von Migrantinnen und Migranten in NÖ. Vorrangig im Kindergartenwesen wurde durch den Einsatz interkultureller Mitarbeiterinnen seit 10 Jahren eine Maßnahme gesetzt, die auch für Österreich modellhaft ist und allen im Kindergarten Heranwachsenden Mehrsprachigkeit auf der Basis ihrer Muttersprache ermöglicht.

Im Rahmen eines EQUAL-Projektes „Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft“ wurden neben der nochmaligen Forcierung interkultureller Pädagogik im Bildungsbereich in vier Städten Niederösterreichs (Guntramsdorf, Hainburg, Krems, Traismauer) Prozesse der Leitbildentwicklung durchgeführt und evaluiert.

Auf diesen Erfahrungen aufbauend hat die NÖ Landesregierung auf Antrag von Frau Landesrätin Drⁱⁿ. Petra Bohuslav im November 2006 die NÖ Landesakademie mit der Entwicklung eines Leitbildes zur Integration von MigrantInnen in Niederösterreich beauftragt.

Als beratende Einrichtung wurde eine BeraterInnen-Gruppe (IKF, ÖAR, Donau-Uni) unter der Leitung des IZ Interkulturellen Zentrums Wien ausgewählt.

Ziel der Leitbilderstellung ist die Entwicklung der wichtigsten Leitlinien für Politik und Verwaltung in Bezug auf die Integration von ZuwandererInnen.

Das zu erarbeitende Leitbild zur Integration von MigrantInnen in Niederösterreich ist als Konkretisierung der Strategie „Gleichwertige Lebensbedingungen für alle gesellschaftlichen Gruppen in NÖ“ zu verstehen.

1.2. Leitgedanken zum Leitbildprozess

NÖ versteht sich als pluralistische Gesellschaft, die sich auf der Grundlage der Menschenrechte als gemeinsamer – auch ethischer - Bezugsrahmen, im Rahmen der Religionsfreiheit und der rechtlichen Rahmenbedingungen unseres demokratischen Staates bewegt und entwickelt.

Anliegen der politischen EntscheidungsträgerInnen in NÖ ist

- Lebensqualität im Sinne von „Guat Z’ammleben“,
- Vielfalt des Denkens als Chance für Innovation und Weiterentwicklung der in NÖ lebenden Gesellschaft.

- Alle Menschen in NÖ sollen sich „wohl fühlen“ im Rahmen eines konstruktiven, einander zuhörenden Dialoges zwischen den unterschiedlichen Interessens- und Wertegruppen. Dieser Dialog soll Basis für ein Aufeinanderzugehen im Sinne eines gegenseitigen Forderns und Förderns sein.

„Alle Menschen“ in NÖ heißt im vorliegenden Zusammenhang insbesondere die Summe aus der „Vielfalt der Interessengruppen der Aufnahmegesellschaft“ und aus der Vielfalt der Interessengruppen aus jenem gesellschaftlichen Teil, der unter dem Begriff „MigrantInnen“ zusammengefasst wird. Dabei geht es nicht vorrangig um Integration von „Randgruppen“, sondern um die gemeinsame Zukunft der in NÖ lebenden BürgerInnen.

Unter dem Begriff MigrantInnen sind alle in NÖ lebenden Menschen zu verstehen, die – aus welchem Rechtstitel auch immer – ein Aufenthaltsrecht in Österreich haben. In diesem Zusammenhang ist auch festzuhalten, dass viele Menschen mit migrantischem Hintergrund bereits die österreichische Staatsbürgerschaft haben.

Die Arbeit am Leitbild soll

- zu keiner Zwangsharmonisierung unterschiedlicher Zugänge zu Kommunikation, Kulturen und Werten führen;
- religiöse Themen in einer säkularen Gesellschaft mit dem Recht der Religionsfreiheit behandeln und jeden Missbrauch von Religion für politische Aktivitäten als solchen aufzeigen;
- vorhandene Äußerungen und Themenpapiere von Interessengruppen (unter anderen das Positionspapier zur Integration der Industriellenvereinigung, die Resolution zur Integration des NÖ Städtebundes) in den Leitbildprozess mit einbeziehen.

Ein besonderer Hintergrund für die Arbeit am vorliegenden Leitbild waren die Aussagen im Rahmen des Regierungsprogramms der Bundesregierung (2007), aus dem in der Folge ausgewählte Passagen zitiert werden.

1.3. Bezugnahme der Leitbildprozessarbeit auf das Regierungsprogramm 2007 der Bundesregierung

„Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sowohl seitens der ZuwanderInnen als auch seitens der Aufnahmegesellschaft nach Anstrengungen und Bemühungen verlangt.“

„Integration muss unter dem Prinzip, dass ein menschenwürdiges Dasein und der soziale Friede in unserem Land langfristig gesichert werden, stattfinden. Ein bestimmtes Einkommen, eine ortsübliche Unterkunft und eine Krankenversicherung sind ein Gebot gegen Verarmung und eine gesellschaftliche Notwendigkeit.“

„Integrationspolitik ist als Querschnittsmaterie in allen Politikbereichen mit zu bedenken. Die inhaltliche und finanzielle Verantwortung dafür liegt sowohl beim Bund als auch bei den Ländern und Gemeinden; die Umsetzung hat im Sinne des Subsidiaritätsprinzips vor Ort zu erfolgen.“

„Die Kenntnis unserer Sprache und die Einhaltung der österreichischen Rechts- und Grundordnung sind unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration.“

„Wichtig ist, dass Integration auf allen Ebenen von unten nach oben stattfindet.

- Gemeinde, Vereine
- Zugang zu Kindergarten und Schule und Bildungseinrichtungen
- mit spezieller Förderung Einbindung in das kommunale Leben
- „Best-Practice“-Modelle sind aufzuarbeiten und weiterzuentwickeln“

„Integrationsplattform: Zur Versachlichung dieses Themas wird eine Integrationsplattform geschaffen, die Integrations- und Fremdenfragen evaluiert und entsprechende Maßnahmen vorschlagen kann; die Vertreter in dieses Gremium werden von Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern und Experten entsandt.“

1.4. Zahlen und Fakten – Zuwanderung in Niederösterreich

Wohnbevölkerung:

Die niederösterreichische Wohnbevölkerung ist in den Jahren zwischen 2001 und 2006 leicht angewachsen. Von den knapp 1,6 Millionen EinwohnerInnen waren im Jahr 2006 6,4 Prozent ausländische Staatsangehörige, davon beinahe ein Drittel (1,9 Prozent der Gesamtbevölkerung) Angehörige anderer EU-Staaten. Gegenüber der Volkszählung von 2001 ist der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen in Niederösterreich gestiegen, gleichzeitig ist aber der Anteil der Staatsangehörigen aus klassischen Herkunftsländern wie der Türkei und Ex-Jugoslawien („Gastarbeiterländer“) gesunken.

In den Bezirken Baden, St. Pölten Stadt, Wiener Neustadt, Mödling und Wien-Umgebung leben, gemessen am niederösterreichischen Schnitt, mit einem Anteil von 8,5 bis 11 Prozent besonders viele ausländische Staatsangehörige. Einen Anteil von über 10 Prozent verzeichnen in ganz Niederösterreich insgesamt 50 Gemeinden.

Einbürgerungen:

Die Zahl der *Einbürgerungen* hat sich zwischen 2001 und 2005 erhöht, insbesondere für MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Im Jahr 2005 erhielten 4.915 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft.

Bevölkerung Niederösterreichs am 1.1.2007 nach Staatsbürgerschaft

BNr	Bezirk	Bevölkerung gesamt	Österreicher	Ausländer	%-Anteil Ausländer
301	Krems a.d. Donau (Stadt)	23.860	21.934	1.926	8,1
302	St. Pölten (Stadt)	51.360	45.680	5.680	11,1
303	Waidhofen a.d. Ybbs (Stadt)	11.671	11.164	507	4,3
304	Wr. Neustadt (Stadt)	39.940	35.827	4.113	10,3
305	Amstetten	111.515	107.034	4.481	4,0
306	Baden	133.741	118.958	14.783	11,1
307	Bruck a.d. Leitha	41.760	38.516	3.244	7,8
308	Gänserndorf	92.565	86.309	6.256	6,8
309	Gmünd	38.977	37.758	1.219	3,1
310	Hollabrunn	50.242	48.229	2.013	4,0
311	Horn	31.863	30.914	949	3,0
312	Korneuburg	72.294	67.627	4.667	6,5
313	Krems (Land)	54.951	53.224	1.727	3,1
314	Lilienfeld	27.003	25.075	1.928	7,1
315	Melk	76.207	73.176	3.031	4,0
316	Mistelbach	73.731	70.277	3.454	4,7
317	Mödling	111.726	101.980	9.746	8,7
318	Neunkirchen	86.697	81.032	5.665	6,5
319	St. Pölten (Land)	95.684	90.564	5.120	5,4
320	Scheibbs	41.421	40.495	926	2,2
321	Tulln	67.809	62.769	5.040	7,4
322	Waidhofen a.d. Thaya	27.438	27.089	349	1,3
323	Wr. Neustadt (Land)	73.849	68.905	4.944	6,7
324	Wien-Umgebung	108.749	99.061	9.688	8,9
325	Zwettl	44.527	43.955	572	1,3
3	Niederösterreich	1.589.580	1.487.552	102.028	6,4

Quelle: Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Abteilung Raumordnung und Regionalpolitik - Statistik

Wohnbevölkerung gesamt nach Staatsbürgerschaft VZ 2001

	2001	
Staatsbürgerschaft	Anzahl der Personen	%
gesamt	1.545.804	100,0
Österreich	1.451.770	93,9
andere EU-Staaten	11.938	0,8
Nicht EU Staaten	82.096	5,3
davon		
Ehemal. Jugoslawien ges.	37.313	2,4
Türkei	19.911	1,3
Tschechische Republik	2.396	0,2
Rumänien	3.674	0,2
Polen	3.843	0,2
Slowakei	2.314	0,1
Sonstige	12.645	0,8
andere EU-Staaten und Nicht EU-Staaten gesamt	94.034	6,1

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

Einbürgerungen nach Herkunftsländern

Herkunftsland	2001	%	2002	%	2003	%	2004	%	2005	%
Jugoslawien (ehem.)	1.069	34,1	1.169	36,6	1.997	38,8	2.028	39,6	2.118	43,1
Polen	79	2,5	120	3,8	100	1,9	110	2,1	68	1,4
Rumänien	436	13,9	228	7,1	536	10,4	328	6,4	214	4,4
Tschechien/ Slowakei	106	3,4	93	2,9	83	1,6	61	1,2	57	1,2
Türkei	930	29,6	1.072	33,6	1.797	34,9	1.907	37,2	1.585	32,2
Ungarn	49	1,6	55	1,7	49	1,0	43	0,8	21	0,4
Sonst	468	14,9	454	14,2	586	11,4	646	12,6	852	17,3
Einb. Gesamt	3.137	100,0	3.191	100,0	5.148	100,0	5.123	99,9	4.915	100,0

Quelle: Statistik Austria 2001, Landesstatistik Niederösterreich, eigene Berechnungen

1.5. Dank an die Mitwirkenden am Leitbildprozess

Zum Abschluss der Einleitung soll allen Mitwirkenden am Prozess der Entwicklung des vorliegenden Leitbildes ausdrücklich für ihr hohes Engagement gedankt werden.

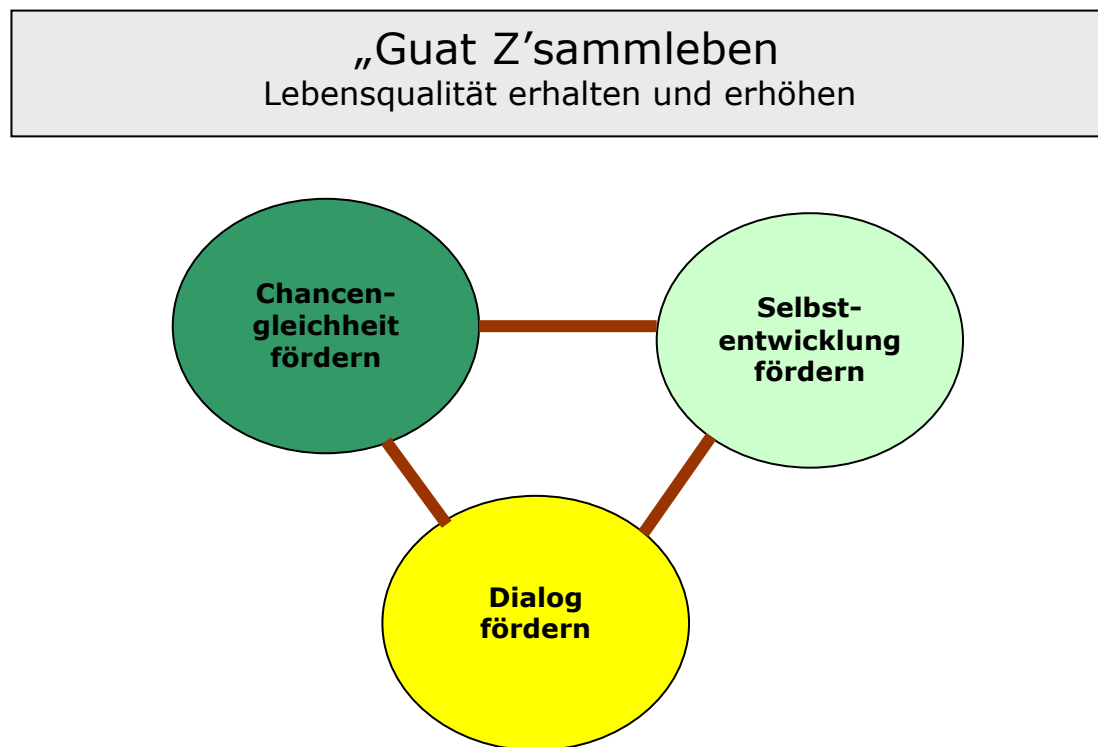
Die Vielfalt des Wissens, der Meinungen und der Erfahrungen der TeilnehmerInnen am Prozess haben wesentlich zum vorliegenden Ergebnis beigetragen.

Ein besonderer Dank gilt auch der ARGE Beratung, die uns alle wissenschaftlich fundiert und mit sicheren Interventionen und Beratungen durch den Prozess begleitete.

Der vorliegende Leitbild-Bericht ist ein weiterer wichtiger Meilenstein im Prozess für ein „Guates Z’ammleben in NÖ“ zwischen Da-Seienden und Hinzukommenden. Das Leitbild selbst wird aber fortlaufend sowohl in seiner Umsetzung als auch seinem Inhalte nach zu überprüfen und „fort zu schreiben“ sein.

Prof. Dr. Günther Kienast
als Projektleiter für das gesamte Projektteam

2. Leitziele des Leitbildprozesses



Gut zusammenleben und damit Lebensqualität erhalten und erhöhen ist die Zielvorstellung, die dem Leitbild-Prozess zugrunde liegt. Das Leitbild

- orientiert sich an vorhandenen Ressourcen und macht ihre Vielfalt nutzbar;
- sucht innovative und nachhaltige Antworten auf zukünftige Herausforderungen („Innovationsorientierung“),

identifiziert die notwendigen Lernschritte („Kompetenzentwicklung“)

stellt den Dialog im Sinne eines gegenseitigen Forderns und Förderns in den Mittelpunkt.

Aus einer Vielzahl der erarbeiteten Ziele (siehe nachfolgende Tabelle) haben die Arbeitsgruppen drei Leitziele herausgearbeitet, die für ein Gelingen des Integrationsprozesses und das Erreichen von positiven Ergebnissen für ZuwanderInnen und einheimischer Bevölkerung als besonderes wichtig angesehen wurden:

- **Chancengleichheit fördern**
- **Selbstentwicklung fördern**
- **Dialog fördern**

Tabelle : erarbeitete Ziele der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen	erarbeitete Ziele
Politik und Verwaltung	▪ Chancengleichheit sichern ▪ Barrieren abbauen
Erziehung und Bildung	▪ Sprachfähigkeit erhöhen ▪ Durchlässigkeit fördern
Kultur, Begegnung, Kommunikation	▪ Respektvolle Begegnungen fördern ▪ Kulturelle Unterschiede als Ressource sichern
Gesundheit und Soziales	▪ Zugänglichkeit sichern ▪ Selbstentwicklung fördern
Wohnen	▪ Mit- und Selbstgestaltung der Lebens- und Wohnräume fördern ▪ Soziale und bauliche Vielfalt nutzen
Arbeit und Wirtschaft	▪ Chancengleichheit pro-aktiv fördern
Zusammenleben in Gemeinde und Region	▪ Sensibilisierung (Aufmerksamkeit schaffen, aufeinander zugehen) ▪ Dialog fördern ▪ Einbinden, Zugänge ermöglichen

2.1. Chancengleichheit fördern

Die Verbesserung der Chancengleichheit im Wirtschaftsleben, der Bildung und im Zugang zu Ressourcen generell stellt eine zentrale Aufgabe der staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen dar. Besondere Verantwortung tragen insbesondere jene staatlichen Institutionen, die die gesetzlichen Rahmenbedingungen gestalten.

In diesem Zusammenhang kommt folgenden Themen besondere Bedeutung zu:

- Beseitigung institutioneller Hürden/Barrieren für sozialen Aufstieg und Chancengleichheit
- Beseitigung von sozialen Ungleichheiten, Bekämpfung von Diskriminierung
- Gleichberechtigte Teilhabe (politisch und sozial)
- Integrationspolitik als gesamtgesellschaftliches Anliegen
- Fördern und Fordern als Haltung im Dialog (Gegenseitiges Geben und Nehmen)

2.2. Selbstentwicklung fördern

Der Erwerb von Kompetenzen generell und der Erwerb von interkultureller Kompetenz im Speziellen dient einerseits der Aneignung von Wissen, erhöht die für den Integrationsprozess so wichtigen Sprachkompetenzen und allgemeine berufliche Kompetenzen und – dies ist im Kontext des Integrationsprozesses von großer Bedeutung – hilft auch „Lernfähigkeiten“ zu entwickeln, die die Handlungskompetenz der in den Integrationsprozessen involvierten AkteurInnen stärkt („Empowerment“).

Eine Anerkennung und Förderung der vorhandenen Potenziale und Fähigkeiten (Mehrsprachigkeit, Erfahrungen, Wissen, Kreativität), die Orientierung an vorhanden Ressourcen (Nutzung der kulturellen Vielfalt), die Motivation bezüglich Mit- und Selbstgestaltung (Teilhabe) hilft den sozialen Zusammenhalt verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu stärken und trägt so in besonderem Maße zum Gelingen von Integration bei.

2.3. Dialog fördern

Integration umfasst Aspekte aus verschiedenen politischen Bereichen wie Wirtschaft, Bildung, Kultur, Religion, Justiz, Gesundheit und Soziales und beschäftigt sowohl staatliche sowie nicht staatliche Institutionen, Einheimische und MigrantInnen. Ein Prozess, der natürlich auch Interessengegensätzen auszugleichen hat, braucht in besonderer Weise einen aktiven Dialog zwischen allen Beteiligten.

Eine Gesellschaft, die sich der Vielfalt annimmt und sich über gemeinsame Grundwerte verständigt, muss lernen, Differenzen auf dem Vermittlungs- und Verhandlungsweg zu bearbeiten. Dies erfordert von den AkteurInnen zum einen die Bereitschaft zum Dialog und zum anderen die Befähigung, diesen Dialog zu führen (soziale, sprachliche und interkulturelle Kompetenzen)

Besondere Bedeutung kommt dabei der Entwicklung von Kommunikationsräumen sowie einer aktiven, auf Zugänglichkeit achtenden Informationspolitik zu. „Dialog führen“ bedeutet weiters:

- eine gemeinsame Kultur des Zusammenlebens entwickeln
- interkulturelle Begegnungen gemeinsam gestalten
- neue Erfahrungshorizonte ermöglichen
- Konsens über die Bedeutung von „Integration“ herstellen
- unterschiedliche migrantische Gruppen zusammenbringen
- Vielfalt wahrnehmen und schätzen
- gemeinsame, sachorientierte Lösungen finden.

3. Was heißt „Integration“

3.1. Der Bezugsrahmen: Strukturen und Personen

Der Begriff Integration war im vorliegenden Leitbildprozess das vorgegebene Thema. Er bezieht sich in diesem Kontext auf die verschiedenen Herausforderungen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher nationalkultureller und regionaler Herkunft in Niederösterreich. Diese Herausforderungen stellen sich einerseits auf der gesamtgesellschaftlichen, politisch-rechtlichen Ebene (Makroebene), andererseits für staatliche und private Strukturen, wie Verwaltungen und Unternehmen (Mesoebene), sowie auf der individuellen Ebene, zum Beispiel in der Kommunikation zwischen Nachbarn (Mikroebene). Alle diese Ebenen wurden im partizipativen Prozess der Leitbildentwicklung berücksichtigt.

3.2. Der Begriff: dynamisches Integrationsverständnis

Ein gemeinsames Verständnis des Begriffs Integration durch Repräsentanten verschiedener Stakeholder zu erarbeiten, war auch die Zielsetzung des partizipativen Ansatzes. Der Beratungsansatz der ARGE orientierte sich dabei an einem dynamischen Zugang zu Integration. Auszugehen ist dabei von folgenden Grundlagen: *Integration passiert nicht von selbst*. Vielmehr ist realpolitisch davon auszugehen, dass dort, wo unterschiedliche Lebensentwürfe und -erfahrungen zusammentreffen, Widerstände, Konflikte und Ängste auftreten. Denn Integration bedeutet Veränderung für alle Beteiligten. Ein konstruktiver Umgang mit Veränderung und sozio-kultureller Vielfalt kann aber schrittweise erlernt werden. Integration wird im Rahmen des Integrationsleitbildes Niederösterreich daher als *kontinuierlicher gesellschaftlicher Entwicklungs- und Lernprozess* verstanden. Das Integrationsleitbild soll Wege aufzeigen, wie auf allen relevanten Ebenen, von der Mikro- bis zur Makroebene, Kompetenzen zum konstruktiven Umgang mit Vielfalt entwickelt werden können.

3.3. Der Weg: Entwicklung interkultureller Kompetenzen

Für die Arbeit in den Steuergremien wurde ein *Referenzmodell* aus der interkulturellen Didaktik herangezogen, das Developmental Model of Intercultural Sensitivity (DMIS) des Sprach- und Kommunikationswissenschaftlers Milton Bennett, und für den Kontext der gesellschaftlichen Integration adaptiert. Dieses Entwicklungsmodell bot die Grundlage für eine gemeinsame Sprache bei inhaltlichen Diskussionen. Es beschreibt, wie Menschen reagieren, wenn sie mit andersartigen Lebenskonzepten in Kontakt kommen und welche Entwicklungsschritte sie dabei durchlaufen. Diese werden anhand mehrerer Phasen dargestellt. Mehrheitsgesellschaft und Zugewanderte erleben den Prozess zwar aus

unterschiedlichen Perspektiven, müssen aber prinzipiell die gleichen Lernschritte vollziehen.

Leugnung	Abwehr	Verharmlosung	Akzeptanz	Adaptierung	Integration
<i>Denial</i>	<i>Defense</i>	<i>Minimization</i>	<i>Acceptance</i>	<i>Adaptation</i>	
Kulturelle Unterschiede werden nicht wahrgenommen	Negative Vorurteile, Abwertung von Anderen	Wahrnehmung menschlicher Gemeinsamkeiten	Akzeptanz der Gleichwertigkeit von anderen kulturellen Weltbildern	Empathie und Kommunikationsfähigkeiten	Bi- bzw. Interkulturalität

Milton Bennett: "Towards Ethnorelativism: A Developmental Model of Intercultural Sensitivity", in: M. Paige (ed.), *Education for the Intercultural Experience*, Intercultural Press, 1993.

Assimilierung ist nicht Integration

Am Anfang des Prozesses wird individuell und gesellschaftlich das Phänomen der kulturellen Vielfalt weitgehend gelehnet. Mehrheits- und Minderheitengruppen versuchen ihre Lebensbereiche möglichst voneinander zu trennen (Stichwort Parallelgesellschaft). Werden die Unterschiede unübersehbar und sind für die Betroffenen noch keine Wege in Sicht, um damit konstruktiv umzugehen, entstehen Abwehrreaktionen, die sich in negativer Stereotypenbildung und Fremdenfeindlichkeit zeigen. In dieser Phase verlangt die Mehrheitsgesellschaft von den Zugewanderten meist eine umfassende Anpassung an die vorherrschende Lebensweise (Assimilierung). Gerade deshalb kann für Angehörige von benachteiligten Minderheiten, die starke Identifikation mit den Werten der eigenen Gruppe ein notwendiges Emanzipationsbestreben sein.

Polarisierungen lassen sich überwinden

Die Polarisierung in „wir“ und „sie“, kann erst überwunden werden, wenn gemeinsame menschliche Grundbedürfnisse und gemeinsame Anliegen, wie zum Beispiel eine friedliche Gesellschaftsentwicklung erkannt werden. Die Gemeinsamkeit, dass jeder Mensch verletzlich ist, unabhängig von der kulturellen Herkunft, wird zum Beispiel in Kriegssituationen oder den sogenannten „Härtefällen“ bei Abschiebungen deutlich

spürbar. In kleineren Gemeinden, in denen der persönliche Kontakt zwischen ZuwandererInnen und Einheimischen funktioniert, können die menschlichen Gemeinsamkeiten, persönliche Schicksale und Sorgen, oft durch gelebte Nachbarschaft bewusst werden. Diese Erfahrung ist eine wesentliche Grundlage, um gegenseitige Toleranz zu entwickeln. Kulturelle Differenzen werden dann vorerst nicht mehr als belastend erlebt.

Dialog auf gleicher Augenhöhe

Doch Unterschiede in Verhalten und Werten bleiben bestehen und sollten auf Dauer nicht unter den Teppich gekehrt werden (Stichwort Multikultigesellschaft). In den weiteren Phasen geht es daher darum, die bestehenden Differenzen weder zu assimilieren, noch zu bagatellisieren. Eine interkulturell kompetente Haltung begegnet unterschiedlichem Verhalten und auch unterschiedlichen Werthaltungen, egal ob sie von der Mehrheit oder Minderheit vertreten werden, mit gleichem Respekt. Akzeptanz bedeutet dabei nicht, alle anderen Weltansichten für inhaltlich gut zu befinden, aber es bedeutet, zu einer Auseinandersetzung „auf gleicher Augenhöhe“ bereit zu sein. Dies kann nur gelingen, wenn bereits in früheren Phasen Toleranz aufgebaut wurde. Inhaltliche Konflikte können auch in der Phase der Akzeptanz nicht vermieden werden. Aber es kann sich eine Dialog- und Konfliktkultur entwickeln, in der gemeinsam *sachgerechte* Lösungen für anstehende Probleme gefunden werden. Diese Leistung kann weder von den Zugewanderten noch von der Aufnahmegesellschaft alleine erbracht werden. Alle Beteiligten müssen dafür ihre Einstellungen öffnen und neue Fähigkeiten entwickeln. Integration in einer Form, die ein respektvolles Zusammenleben in Vielfalt ganz selbstverständlich praktiziert, steht also am Ende eines Lernprozesses, in dessen Verlauf alle Beteiligten gemeinsam eine Kultur des Zusammenlebens entwickeln. In diesem Sinne ist Integration – wie von einer Arbeitsgruppe formuliert – ein schrittweises „aufeinander Zugehen“.

Integration Schritt für Schritt

Eine wesentliche Aussage, des prozessorientierten Integrationsverständnisses ist, dass Integration schrittweise und in Phasen passiert. Jede Phase ist ein notwendiger Lernschritt. Eine Weiterentwicklung passiert aber nur, wenn sie durch geeignete Maßnahmen unterstützt wird. Anderenfalls kann es vor allem in den Phasen der Leugnung und Abwehr zu einer Verschärfung und Verhärtung von gegenseitigen Abwehrhaltungen kommen. Die Gefahr von negativen Vorurteilen gegenüber ganzen Gruppen und gesellschaftlicher Polarisierung ist derzeit in vielen Gesellschaftsfeldern Realität, sodass die Ausrichtung des Leitbildes überwiegend hier ansetzen muss. Die Aufgabe des Integrationsleitbildes ist es, aufzuzeigen, wie diese Phase schrittweise überwunden werden kann.

3.4. Die Ziele: Selbstentwicklung – Chancengleichheit - Dialog

Die erarbeiteten übergeordneten Leitziele: *Selbstentwicklung fördern - Chancengleichheit fördern - Dialog fördern* stehen in direktem Bezug zu diesem Ansatz:

Selbstentwicklung fördern spiegelt das prozessorientierte Integrationsverständnis wider. Ein Integrationsprozess bedeutet für jeden Einzelnen, egal wie lange er schon in Österreich lebt, die Chance, neue Fähigkeiten, wie Flexibilität oder Kommunikationsfähigkeit, zu entwickeln, die ganz allgemein im Umgang mit den Herausforderungen der Globalisierung wichtig sind. Diese Fähigkeiten geben die Möglichkeit, Entwicklungen mit zu gestalten, statt von ihnen überrollt zu werden.

Chancengleichheit fördern betont das Bewusstsein, dass der Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit ein allgemein menschliches Grundbedürfnis darstellt und Basis einer friedlichen Gesellschaftsentwicklung ist. Deshalb müssen strukturelle und menschliche Barrieren für Zugewanderte abgebaut werden.

Dialog fördern bedeutet, Möglichkeiten zu schaffen, die auf der Mikroebene ein Entdecken gemeinsamer Anliegen von Mehrheits- und Minderheitsgruppen und auch innerhalb verschiedener Minderheitsgruppen fördern. Auf der Ebene von Politik und Verwaltung bedeutet es, Strukturen einzurichten, in denen die Fragen des guten Zusammenlebens in Niederösterreich als ein gemeinsames Anliegen aller Bevölkerungsgruppen behandelt werden.

3.5. Zusammenfassung: Integration als demokratischer Prozess

Alle diese Ziele entsprechen den ersten Schritten auf einem längeren Weg. Integration kann weder durch die Aufgabe der eigenen Identität, noch durch ein Nebeneinander, weder durch Abwehr von Fremden noch durch Bagatellisierung der Unterschiede erreicht werden.

Integration steht am Ende eines wechselseitigen Lernprozesses von Zugewanderten und Einheimischen, in dem Polarisierungen überwunden, Respekt für unterschiedliche Lebenserfahrungen und -konzepte erworben und eine tragfähige Dialog- und Konfliktkultur sowie dazugehörige Strukturen für ein friedliches Zusammenleben in Vielfalt entwickelt werden.

Politik und öffentliche Verwaltung als steuernde Akteure haben dies als notwendig erkannt. Sie übernehmen mit der Leitbildentwicklung die Aufgabe, Unterstützung anzubieten und gleichzeitig sowohl von den Angehörigen der Aufnahmegesellschaft als auch von den Zugewanderten den Willen zur gemeinsamen Weiterentwicklung in Richtung einer vielfältigen Gesellschaft einzufordern. Die rechtsstaatliche Verfassung bietet die Voraussetzung und den sicheren Rahmen, der nötig ist, damit dieser Prozess friedlich und konstruktiv stattfinden kann. Durch vielfach notwendige Interessensabwägungen wird es sicher kein einfacher Weg sein, jedoch ein Weg, der im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft möglich ist.

Die nun folgende **Darstellung von empfohlenen Maßnahmen** gliedert sich einerseits in Maßnahmen, die seitens der Mitarbeitenden als PRIORITÄR angesehen werden und daher auch detaillierter beschrieben wurden.

Andererseits werden auch jene Maßnahmen angeführt, die als sinnvoll andiskutiert, jedoch in einer weiterführenden Kategorie „WEITERE MASSNAHMEN“ aufgelistet wurden.

4. Strategische Wege und Maßnahmenempfehlungen im Überblick

POLITIK UND VERWALTUNG	
STRATEGISCHER WEG 1 Implementierung grundlegender und nachhaltig wirkender Maßnahmen in Politik und Verwaltung zur Verbesserung der Integration von MigrantInnen	
PV1	Einrichtung eines Integrationsbeirates für Niederösterreich
PV2	Bestellung einer/s Integrationsbeauftragten für Niederösterreich und Einrichtung einer Fachstelle für Integrationsfragen
PV3	Einrichtung von Service- und Beratungsangeboten zum Thema „migrationsspezifischer Frauendiskriminierung“
PV4	Dem Bevölkerungsanteil von MigrantInnen entsprechende Anstellung von ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund (bei gleicher Qualifikation) in den öffentlichen Dienst im Bereich der Hoheitsverwaltung
STRATEGISCHER WEG 2 Sensibilisierung und Bewusstmachung der Notwendigkeit interkultureller Kompetenz von Politik und Verwaltung	
PV5	Schulungen und Information zum Thema „Integration von MigrantInnen“ für Politik und Verwaltung
BILDUNG UND ERZIEHUNG	
STRATEGISCHER WEG 1 Grundlegende und nachhaltig wirkende Maßnahmen im Bildungs- und Erziehungsbereich zur Verbesserung interkultureller Kompetenz im Bereich der Pädagogik (interkulturelle Pädagogik)	
BE1	Schaffung eines multiorganisatorischen Arbeitsforums „vernetzte interkulturelle Bildungsarbeit“
BE2	Durchführung einer Aus- und Weiterbildungs-Offensive „Interkulturelle Pädagogik“ für PädagogInnen-Gruppen, die bereits Beratungs- und Entwicklungsaktivitäten in Bildungseinrichtungen durchführen

STRATEGISCHER WEG 2	
Unterstützung der <u>formalen</u> Bildungs- und Erziehungseinrichtungen (wie Kindergarten, Schule, Hort, Jugendheime...) und der <u>informell</u> Kinder und Jugendliche begleitenden Organisationen (wie Elternvereine, Sportvereine, Jugendvereine,...) bei der Umsetzung interkultureller Pädagogik	
BE3	Schaffung eines LehrerInnen-Pools, um bei Einschulung von Kindern und Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund in höhere Schulstufen das Erlernen von Deutsch durch einen flexiblen Einsatz von Lehrpersonal in der jeweils betroffenen Schule rasch und effizient unterstützen zu können.
BE4	Festsetzung eines Personalschlüssels von interkulturellen MitarbeiterInnen im Kindergarten und Volksschulbereich
BE5	Durchführung von Weiterbildungsaktivitäten zur interkulturellen Pädagogik an denen alle PädagogInnen vor Ort gemeinsam teilnehmen
BE6	Offensives Anbieten von Beratung auf der Basis der Prinzipien interkultureller Pädagogik
BE7	Durchführung von Modulen im Rahmen der Elternschule zum Themenbereich „Integration und Interkulturalität“
STRATEGISCHER WEG 3	
Förderung der Mehrsprachigkeit bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erwachsenen zur Steigerung der Kommunikationskompetenz als Basis für einen effizienten Integrationsprozess	
BE8	Projekt der Basisbildung (auch für Alphabetisierung) ausweiten
BE9	Förderung und Unterstützung der mehrsprachigen/muttersprachlichen Kompetenz von Kindern und Erwachsenen
BE10	Bildungsförderung für MigrantInnen mit „nicht österreichischer“ Staatsbürgerschaft
KULTUR, BEGEGNUNG, KOMMUNIKATION	
Strategischer Weg 1	
Willkommensweg	
KBK1	Willkommensmappe
STRATEGISCHER WEG 2	
Anlässe für Kommunikation schaffen	
KBK2	Einsetzung eines/einer interkulturellen Beauftragten/KoordinatorIn auf Gemeindeebene (und Kleinregion-Ebene)

KBK3	Bewusstseinsbildung für MigrantInnen für die Frage der Integration
STRATEGISCHER WEG 3 Bedachtnahme auf religiöse Aspekte	
KBK4	Arbeitsgruppe zur Schaffung von Rahmenbedingungen, die die gleichberechtigte Ausübung kultischer/religiöser Handlungen erlauben
KBK5	Auf Friedhöfen Abteilungen für andere Religionsgemeinschaften schaffen
KBK6	Einrichtung von notwendigen Gebets- und Ritualräumen in Krankenhäusern und Pflegeheimen

GESUNDHEIT UND SOZIALES	
STRATEGISCHER WEG 1 Zugänglichkeit ermöglichen	
GS1	Informationszugang für MigrantInnen: Aufbau und Entwicklung neuer Informationsmaterialien und Beratungsleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich
GS2	Anpassung der Rechtsgrundlagen zur Gleichstellung von derzeit von Sozialleistungen ausgeschlossenen MigrantInnen
GS3	Förderung vermehrter Anstellung von MigrantInnen im öffentlichen Dienst (Gesundheits- und Sozialverwaltung)
STRATEGISCHER WEG 2 Kompetenzaufbau	
GS4	Förderung von interkultureller Kompetenz und Einsatz von Personal mit mehrsprachiger Kompetenz im Gesundheits- und Sozialbereich
GS5	Unterstützung der multikulturellen Teamarbeit in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie im Sozialarbeitsbereich
GS6	Verbesserung des Disease- Managements sowie des Aufnahme- und Entlassungsmanagements in Krankenhäusern

WOHNEN	
STRATEGISCHER WEG 1 Weg der Gestaltung	
W1	Durchführung eines Architekturwettbewerbs (multidisziplinäre Zusammensetzung der Wettbewerbsteams) als Pilotprojekt für den Bau einer Wohnhausanlage, die Integration fördert

STRATEGISCHER WEG 2 Weg der Vermittlung	
W2	Schaffung eines MediatorInnenpools (interkulturelle Mediation)
STRATEGISCHER WEG 3 Weg der Information	
W3	Infomaßnahmen, dass auch ländliche Gemeinden als Wohnort für MigrantInnen attraktiv sind

ARBEIT UND WIRTSCHAFT	
STRATEGISCHER WEG 1 Kommunikation	
AW1	Integrationsplattform Arbeit und Wirtschaft
STRATEGISCHER WEG 2 Weg der Förderung der Qualifizierung und (einer möglichst produktiven) Beschäftigung	
AW2	Aktive Qualifizierungspolitik
STRATEGISCHER WEG 3 Teilhabe in den Interessenvertretungen	
AW3	Teilhabe von MigrantInnen in Interessenvertretungen

ZUSAMMENLEBEN IN GEMEINDE UND REGION	
STRATEGISCHER WEG 1 Einbindung von MigrantInnen in Gemeinde und Region	
ZGR1	Erarbeitung kommunaler Integrationsleitbilder/Integrationskonzepte
ZGR2	Einrichtung eines Fördertopfs für Kleinprojekte durch das Land Niederösterreich
STRATEGISCHER WEG 2 Bewusstseinsbildung und Kommunikation	
ZGR3	Etablierung eines Pilot-Netzwerkes „Integration Industrieviertel“

5. Strategische Wege und Maßnahmenempfehlungen

5.1. Politik und Verwaltung

In den letzten Jahren hat sich in mehreren Staaten Europas – auf unterschiedliche, teils dramatische und gewalttätige Weise – gezeigt, dass Staat und Gesellschaft Integration nicht „geschehen lassen“, sondern planen, gestalten und aktiv durchführen sollten.

Integration ist ein Prozess, der alle Lebensbereiche umfasst und der nur im konstruktiven Zusammenwirken aller Beteiligten erfolgreich verlaufen kann: sowohl die aufnehmende Gesellschaft als auch die Zuwandernden müssen bereit und in der Lage sein, aktiv daran mitzuwirken.

Die Hauptthemen betreffen Sprache, Wohnen, Bildung (Schule), Arbeit, den sozialrechtlichen Bereich und den Bereich der Zivilgesellschaft (z. B. Mitwirkung in der Freiwilligen Feuerwehr, in Rettungsorganisationen und in gemeinnützigen Vereinen).

Zahlen und Fakten zum Öffentlichen Dienst

2,3 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Landes Niederösterreich, das sind in absoluten Zahlen 635 Personen, hatten im Jahr 2005 keinen österreichischen Pass. Mehr als 3/4 dieser ausländischen Beschäftigten sind Frauen, die im Pflegedienst von Krankenhäusern sowie Landespensionistenheimen und Landespflegeheimen tätig sind.

Der Themenbereich der Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und als Querschnittsmaterie zu betrachten, die alle Ressorts und alle Bereiche der Politik betrifft.

Um dieses Ziel erreichen zu können, schlägt die Arbeitsgruppe 1 **zwei strategische Wege** vor:

„Implementierung grundlegender und nachhaltig wirkender Maßnahmen in Politik und Verwaltung zur Verbesserung der Integration“

mit dem Ziel der stärkeren Nutzbarmachung der besonderen Fähigkeiten und Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund, um so Entlastung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch eine Verbesserung der Dienstleistung erreichen zu können (z. B. Krankenhauspersonal, Polizeidienst).

„Sensibilisierung und Bewusstmachung der Notwendigkeit interkultureller Kompetenz von Politik und Verwaltung“

mit dem Ziel einen sensiblen und konstruktiven Umgang mit dem Thema Integration zu erreichen.

In den vergangenen Jahren hat sich auch in Österreich verstärkt gezeigt, dass man sich aktiv und gestaltend mit dem Thema Integration befassen sollte (man denke nur an rassistische und fremdenfeindliche Ausdrücke in der Öffentlichkeit).

In einem demokratischen Rechtsstaat wie Österreich kommt den Organen des Staates auch in dieser wichtigen Angelegenheit Zuständigkeit und hohe Verantwortung zu.

Integration ist ein prozesshaftes Geschehen, an dem sowohl die zuwandernden Menschen als auch die einheimische Bevölkerung beteiligt sind. Daher sollen geeignete Einrichtungen geschaffen werden, welche die Entwicklung laufend beobachten und gegebenenfalls Vorschläge für Änderungen erstellen.

STRATEGISCHER WEG 1**Implementierung grundlegender und nachhaltig wirkender Maßnahmen in Politik und Verwaltung zur Verbesserung der Integration von MigrantInnen****Maßnahme PV1****Einrichtung eines Integrationsbeirates für Niederösterreich**

Zielsetzung	Beratung der Politik und Erarbeitung von Vorschlägen und Empfehlungen zur Verbesserung der Integration in Niederösterreich, auch durch Einbindung in das Gesetzgebungsverfahren in allen Angelegenheiten, die für die Integration von Bedeutung sind oder sein können.
Kurzbeschreibung	Im Integrationsbeirat sollen jedenfalls vertreten sein: öffentliche Institutionen wie Land, Gemeinden, Sozialpartner, Arbeitsmarktservice, Polizei, einschlägig tätige NGOs, VertreterInnen von repräsentativen Zuwandererorganisationen/-vereinen, ExpertInnen aus der Wissenschaft, der/die Integrationsbeauftragte sowie MigrationsvertreterInnen aus bestehenden Beiräten (z.B. Jugendbeirat). Dieser Beirat soll sich eine Geschäftsordnung geben und anlassbezogen zusammentreten, mindestens jedoch zweimal jährlich.
Zielgruppe	politische Ebene.
Aktivitäten	▪ Einrichtung durch Beschluss der NÖ Landesregierung
Projektschritte	▪ Einberufung zur konstituierenden Sitzung durch die NÖ Landesregierung ▪ Erarbeitung einer Geschäftsordnung durch den Integrationsbeirat unter Beachtung bestehender Vorschriften des Amtes der NÖ Landesregierung ▪ Behandlung der von den Mitgliedern oder auch von außen vorgeschlagenen Themen über Integrationsfragen ▪ Beschlussfassung hierüber und Weiterleitung an die zuständigen Stellen – gegebenenfalls Einbindung von ExpertInnen zu einzelnen Themen ▪ Aufträge über Erstellung von wissenschaftlichen Untersuchungen, Studien oder Statistiken.
Zuständigkeiten	NÖ Landesregierung bzw. zuständiges Regierungsmitglied
Messgrößen	Tatsächliche Einrichtung eines Integrationsbeirates

Ressourcenbedarf	Raumbedarf für die Sitzungen, administrative Unterstützung des Beirates (Einladung zu Sitzungen, Ausfertigung des Protokolls), Tätigkeit der Mitglieder des Integrationsbeirates ist ehrenamtlich. Vorsorge für allfällige Honorare an externe ExpertInnen. Materialaufwand (Papier, Kosten für allfällige zu beauftragende wissenschaftliche Untersuchungen, Studien, Statistiken).
Zeitrahmen	Der Integrationsbeirat sollte bis Mitte 2008 eingerichtet werden.
Hinweise zur Umsetzung	1) Die Arbeitsgruppe 1 schlägt vor: Der Integrationsbeirat für Niederösterreich möge einen Auftrag an eine geeignete Einrichtung – wie die Akademie der Wissenschaften – erteilen, bestehende Gesetze und Vorschriften auf integrationsrelevante (also integrationsfördernde wie auch -hemmende) Bestimmungen zu untersuchen und Vorschläge zur Verbesserung der Integrationsbemühungen unterbreiten. 2) Sehr hilfreich und in der Sache vorbildhaft wäre auch, bei Zusammensetzung des Integrationsbeirates auf ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter zu achten. 3) Die Arbeitsgruppe 1 empfiehlt weiters, dass der Integrationsbeirat sich auch mit dem Thema zukünftiger Zuwanderung befassen möge. 4) Die Arbeitsgruppe 1 regt die Überlegung an, in den NÖ Jugendrat auch Vertreter von MigrantInnenjugendorganisationen aufzunehmen.

Maßnahme PV2**Bestellung einer/s Integrationsbeauftragten für Niederösterreich und Einrichtung einer Fachstelle für Integrationsfragen**

- | | |
|------------------|---|
| Zielsetzung | Der/Die Integrationsbeauftragte soll Anlaufstelle für Anfragen, Anliegen, Beschwerden und Vorschläge in Integrationsangelegenheiten sein. Weiters soll der/die Integrationsbeauftragte die Umsetzung des Integrationsleitbildes NÖ begleiten und beobachten, ebenso die Vorschläge und Empfehlungen des Integrationsbeirates. Der/Die Integrationsbeauftragte soll auch selbst Vorschläge zur Verbesserung/Erleichterung der Integration machen |
| Kurzbeschreibung | <ul style="list-style-type: none"> ▪ Der/Die Integrationsbeauftragte soll Hilfestellung für Anfragen, Anliegen, Beschwerden in Einzelfällen bieten, aber auch Vorschläge für Änderungen und Verbesserungen in allgemeinen Integrationsangelegenheiten machen. Dabei wird der/die Integrationsbeauftragte aber inhaltliche Zuständigkeiten bereits bestehender vergleichbarer öffentlicher Einrichtungen zu beachten haben (wie Gleichbehandlungsbeauftragte, Patienten- und Pflegeanwalt, Kinder- und Jugendanwaltschaft, Tierschutzombudsmann). ▪ Der/Die Integrationsbeauftragte soll in Vernetzung mit vergleichbaren Einrichtungen beim Bund, in den anderen Bundesländern und in NÖ Gemeinden tätig werden. ▪ Der/Die Integrationsbeauftragte soll Bildungsaktivitäten im Rahmen der Erwachsenenbildung, der Elternschule und frauenspezifischen Veranstaltungen mit ExpertInnen aus den Kommunen anregen und initiieren, um den Diskussionsprozess zum Thema „Integration“ anzuregen (aus Maßnahme 2, AG 2) ▪ Der/Die Integrationsbeauftragte soll weiters einen zweijährigen Integrationsbericht an den NÖ Landtag erstatten, in welchem er/sie über seine/ihre Tätigkeit und Ergebnisse zur Erreichung der Ziele und die Umsetzung des Integrationsleitbildes NÖ berichtet. ▪ Der/Die Integrationsbeauftragte soll Integrationsaktivitäten, damit verbundene Erfolge bzw. Problemstellungen in der notwendigen Differenziertheit im Rahmen einer aktiven Öffentlichkeitsarbeit darstellen. |

Zielgruppe	politische Ebene
Aktivitäten Projektschritte	▪ Herbeiführung eines Beschlusses der NÖ Landesregierung, die Funktion eines/einer Integrationsbeauftragten für Niederösterreich einzurichten, diese Funktion auszuschreiben und dabei u. a. als Voraussetzung persönliche Erfahrung aus einer Tätigkeit zu verlangen, bei welcher regelmäßig direkter Kontakt mit Zuwanderern bestand ▪ Bestellung der ausgewählten Person durch Beschluss der Landesregierung und Einsetzung als unabhängiges und weisungsfreies Organ des Landes Niederösterreich mit gleichzeitigem Auftrag der Landesregierung an alle Landesdienststellen, die/den Integrationsbeauftragte/n bei der Ausübung ihrer/seiner Tätigkeit zu unterstützen ▪ Einrichtung einer „Fachstelle für Integration von MigrantInnen“ zur Unterstützung des/der Integrationsbeauftragten bei seinen/ihren Aufgaben und Netzwerkarbeit mit Beratungsstellen in Niederösterreich
Zuständigkeiten	NÖ Landesregierung bzw. zuständiges Regierungsmitglied
Messgrößen	▪ Tatsächliche Bestellung eines Integrationsbeauftragten ▪ Einrichtung der „Fachstelle für Integration“
Ressourcenbedarf	Personell: Ein Dienstposten für die/den Integrationsbeauftragte/n sowie Dienstposten für 1 bis 2 Bedienstete für die „Fachstelle für Integration von MigrantInnen“ und Sekretariatstätigkeiten (zu Beginn). Sachlich: Büroräumlichkeiten sowie Ausstattung dieser entsprechend den genehmigten Dienstposten
Zeitrahmen	Bestellung der/des Integrationsbeauftragten sowie Einrichtung der Fachstelle bis Mitte 2008.
Hinweise zur Umsetzung	1) In Berücksichtigung der Größe und Ausdehnung des Landesgebietes sollte zur Unterstützung des/der Integrationsbeauftragten in Bezirken mit vergleichsweise höherem Ausländeranteil an der Bezirkshauptmannschaft ein/e ausgebildete/r Bedienstete/r beauftragt werden, in Vernetzung mit dem/r Integrationsbeauftragten Anlaufstelle

in diesem Bezirk zu sein.

2) In Deutschland wurden bereits vor Jahren auf Ebene des Bundes, aller 16 Bundesländer und in vielen Städten (z. B. Frankfurt am Main, Augsburg) Integrationsbeauftragte bzw. Ausländerbeauftragte bestellt; es gibt aber auch in Österreich schon Integrationsbeauftragte (z. B. in den Städten Wien, Salzburg, Innsbruck, St. Pölten). Dort könnte man sich erkundigen und Erfahrungen einholen.

Maßnahme PV3**Einrichtung von Service- und Beratungsangeboten zum Thema „migrations-spezifischer Frauendiskriminierung“**

Zielsetzung	Sowohl innerhalb der bestehenden „Communities“ (von der Miteinbindung in MigrantInnen-Organisationen bis hinein in Familienstrukturen) als auch in anderen Lebensbereichen (Arbeitswelt ...) erfahren Migrantinnen häufig spezifische Benachteiligungen und Diskriminierungen. Patriarchale Strukturen innerhalb der „Communities“, geringe Sprachkenntnisse und Vorurteile erschweren Frauen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben. • den Stellenwert von Frauen in den MigrantInnengruppen („Communities“) bis hinein in die Familienstrukturen zu verbessern, • das Sichtbarmachen einer Vielzahl von möglichen Lebensentwürfen für Migrantinnen, • für Migrantinnen verstärkt die Möglichkeit für einen selbstbestimmten Lebensweg zu eröffnen, der auch den Zugang zu Spracherwerb, Aus- und Weiterbildung und Erwerbstätigkeit umfasst.
Kurzbeschreibung	Serviceleistungen und Beratungen, die der migrationsspezifischen Frauendiskriminierung entgegen wirken, sollen auf die spezifischen Bedürfnisse von Migrantinnen abgestimmt werden, sehr erfolgversprechend erscheint die sogenannte „Streetworkarbeit“ (Prozess der Vertrauensbildung, Abbau von Schwellenangst). Solche Serviceleistungen wären z.B. Informationsvermittlung durch Frauen- und Migrantinnenberatungsstellen und andere Bildungsträger, Erstellung und zur Verfügungstellung von Listen fremdsprachiger ÄrztInnen (z. B. Gynäkologie, Radiologie ...). Weiters wären Muttersprachen und auch Fremdsprachenkenntnisse von Krankenhauspersonal zu erheben, damit Verständigung mit fremdsprachigen PatientInnen im Bedarfsfall sehr rasch sichergestellt werden kann. (ev. Verweis auf Maßn. AG 4)

Zielgruppe	Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund; Männer mit Migrationshintergrund
Aktivitäten	Setzen von Maßnahmen, die
Projektschritte	▪ Migrantinnen den Erwerb der deutschen Sprache erleichtern ▪ Migrantinnen über die Rechtsposition von Frauen im Familien- und Berufsleben informieren ▪ zur Steigerung des Selbstwertgefühls von Migrantinnen und zur Intensivierung der Kontakte zu inländischen Frauen beitragen ▪ Information über Anlaufstellen für Migrantinnen in Krisensituationen ▪ männliche Migranten aller Altersstufen über den Grundsatz der Gleichbehandlung von Frau und Mann in der österreichischen Gesellschaft informieren und die Wichtigkeit von Bildung auch für Mädchen und Frauen darstellen (z. B. in Integrationssprachkursen, in Berufsschulen im Rahmen der Politischen Bildung ...) ▪ Erhebung der Sprachkompetenz im Personalstand durch Dienstgeber und Bereithaltung für den Bedarfsfall.
Zuständigkeiten	Landesregierung, Kommunen, NGOs, Weiterbildungseinrichtungen.
Messgrößen	Inanspruchnahme von Service- und Beratungsleistungen zum Thema „migrationsspezifischer Frauendiskriminierung“
Ressourcenbedarf	Finanzielle Mittel zur Durchführung der beschriebenen Aktivitäten.
Zeitraumen	5-6 Jahre

Maßnahme PV4 *¹⁾**Dem Bevölkerungsanteil von MigrantInnen entsprechende Anstellung von ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund (bei gleicher Qualifikation) in den öffentlichen Dienst im Bereich der Hoheitsverwaltung**

Zielsetzung	Verstärkte Öffnung des öffentlichen Dienstes für Personen unabhängig von ihrer Herkunft; Nutzbarmachung der interkulturellen und sprachlichen Kompetenz dieser Personen; Vorbildwirkung für die 2. und 3. Generation der ZuwanderInnen.
Kurzbeschreibung	Der Zugang zum öffentlichen Dienst für Männer und Frauen österreichischer Staatsbürgerschaft mit Migrationshintergrund ermöglicht es dem Dienstgeber, die interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen dieser Personen zu nutzen. Dabei sind auch die Grundsätze des NÖ Gleichbehandlungsgesetzes (Gleichbehandlung, Frauenförderung) zu beachten. Dadurch kann auch ein Beitrag zur Erhöhung des Stellenwertes der Frau in der Gruppe der ZuwanderInnen geleistet werden.
Zielgruppe	Österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit Migrationshintergrund.
Aktivitäten Projektschritte	▪ Anordnung der Politik an die Personalverwaltung, im Sinne der Zielsetzung zielgruppenangehörige Personen aufzunehmen ▪ Erhebung der Personalverwaltung bei den Dienststellen, ob, wo und welches Personal mit Migrationshintergrund benötigt wird bzw. sehr hilfreich wäre ▪ Auslotung der Möglichkeit der Beschäftigung auch von Drittstaatsangehörigen ▪ Erhebung der Personalverwaltung über die im dzt. bestehenden Personalstand vorhandenen interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen und Bekanntmachung innerhalb aller zugehörigen Dienststellen ▪ Behandlung der Bewerbungen zielgruppenangehöriger Personen im Sinne der Zielsetzung
Zuständigkeiten	Personalverwaltung für den öffentlichen Dienst.

Messgrößen	Zuwachs von zielgruppenangehörigen Personen (aufgeschlüsselt nach Frauen und Männern) im Personalstand (Bezugsgröße 6,9% - Volkszählungsergebnis NÖ 2005 a) zu Beginn der Umsetzung, b) in regelmäßigen zeitlichen Abständen (1 Jahr, 2 Jahre) ab Beginn der Umsetzung.
Ressourcenbedarf	Kein erhöhter Bedarf, da Aufnahme von Personal vom Dienstpostenplan abhängig ist und gleiche Bezahlung für Personen mit Migrationshintergrund erfolgt. Es können sogar Einsparungen an zuzukaufenden Dolmetsch- oder Übersetzerleistungen eintreten.
Zeitraumen	6 Jahre

*1) Siehe Pkt. 9.3.: „Stellungnahme zum Entwurf der FPÖ NÖ zum Integrationsleitbild NÖ“ (Seite 123)

STRATEGISCHER WEG 2**Sensibilisierung und Bewusstmachung der Notwendigkeit interkultureller Kompetenz von Politik und Verwaltung****Maßnahme PV5****Schulungen und Information zum Thema „Integration von MigrantInnen“ für Politik und Verwaltung**

Zielsetzung	Ansprechen der im öffentlichen Bereich tätigen Menschen und deren Sensibilisierung für Integrationsangelegenheiten
Kurzbeschreibung	Konzeption und Durchführung von regelmäßigen Schulungen/ Informationsveranstaltungen für PolitikerInnen, öffentlich Bedienstete, Exekutive, JournalistInnen, LehrerInnen, Gemeindebedienstete und -funktionärInnen über Integrationsthemen vor allem über einen bewussten Umgang mit Sprache zu Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie über wechselseitiges Verständnis für kulturelle Unterschiede. Hiefür sollten möglichst bestehende Bildungseinrichtungen wie NÖ Gemeindeverwaltungsschule und Kommunalakademie und NÖ Landesakademie eingebunden werden. Diese Schulungen sollen mit offenem Zugang durchgeführt werden, um auch z. B. JournalistInnen und anderen interessierten Personen der Zivilgesellschaft die Teilnahme zu ermöglichen.
Zielgruppe	PolitikerInnen aller Ebenen und Bereiche, öffentlich Bedienstete, Exekutive, JournalistInnen, LehrerInnen, Gemeindebedienstete und -funktionärInnen, Verantwortliche in Vereinen und Körperschaften (z. B. Rettungsorganisationen, Feuerwehr, ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenvertretungen).
Aktivitäten Projektschritte	▪ Beschluss der NÖ Landesregierung über die Durchführung von Schulungen/Informationsveranstaltungen im Sinne der Kurzbeschreibung ▪ Kontaktaufnahme mit den Weiterbildungseinrichtungen ▪ Gemeinsame Erarbeitung der Bildungsangebote und deren Inhalte und Methoden durch die Weiterbildungseinrichtungen und den Auftraggeber ▪ Begleitung durch Öffentlichkeitsarbeit – jedenfalls zu Beginn

Zuständigkeiten	Politische Ebene im Land Niederösterreich und für die NÖ Gemeinden.
Messgrößen	Anzahl der durchgeführten Schulungsveranstaltungen und deren TeilnehmerInnen
Ressourcenbedarf	Personell: Kosten für externe ReferentInnen bei den Schulungen, zur Verfügung zu stellende Dienstzeit für TeilnehmerInnen aus Landes- und Gemeindedienst. Sachlich: Sollte bei Durchführung der Schulungen/Informationsveranstaltungen in NÖ Kommunalakademie und NÖ Landesakademie durch diese Bildungseinrichtungen abgedeckt werden können.
Zeitraumen	3-4 Jahre

Weitere Maßnahmen:

Zusätzlich zu diesen fünf beschriebenen Maßnahmen schlägt die Arbeitsgruppe 1 folgende Empfehlungen an die NÖ Landesregierung vor:

- 1) Sozialhilfeanspruch auch für Personen mit über fünfjährigem Aufenthaltsrecht:
Nicht nur langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige sollten einen Anspruch auf Sozialhilfeunterstützung erhalten (wie in der letzten Novelle zum NÖ Sozialhilfegesetz eingeführt in Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/109/EG über die Rechtsstellung langfristig aufenthaltsberechtigter Drittstaatsangehöriger), sondern auch Personen aus Drittstaaten, die bereits länger als fünf Jahre mit einem Aufenthaltsrecht nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht (aber eben nicht mit einem unbefristeten Aufenthaltsrecht) in Niederösterreich leben.

Dies trifft zu z. B. für Personen, die in Österreich geboren sind und die unverschuldet keine unbefristete Niederlassungsbewilligung erhalten konnten; weiters für eine nach zwei bis drei Ehejahren geschiedene Ehefrau eines Fremden mit zwei oder drei Kindern.

AsylwerberInnen haben kein Aufenthaltsrecht nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, sondern nach dem Asylgesetz. Für sie träfe ein solcher neugeschaffener Sozialhilfe-Anspruch also nicht zu.

- 2) Öffnung des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes für subsidiär Schutz-berechtigte:

Das Land Niederösterreich möge an die Bundesregierung herantreten und ersuchen, in einer Novelle zum Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz für subsidiär Schutzberechtigte mit guter Integration (legale Beschäftigung und Selbsterhaltungsfähigkeit) und mehr als fünfjährigem Aufenthalt in Österreich eine Inlandsantragstellung einzuführen. Dabei wäre auch zu beachten, dass viele subsidiär Schutzberechtigte über keine Reisepapiere bzw. persönliche Dokumente aus ihrem Heimatstaat mehr verfügen – daher wohl Einsichtnahme in den jeweiligen Asylakt erforderlich.

- 3) Unabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen in Ausnahmesituationen:

Immer wieder kommt es vor, dass bei legal in Österreich lebenden MigrantInnenfamilien der Ehemann seine Frau sehr unter Druck setzt und damit droht, sich scheiden zu lassen, wodurch in der Folge die Ehefrau ihren Aufenthaltstitel verlieren würde. Daher soll das Land Niederösterreich beim

Bund anregen, für solche Fälle den Frauen (manchmal betrifft es auch Kinder!), ein eigenständiges und unabhängiges Aufenthaltsrecht einzuräumen.“

4) Private Hausangestellte von Bediensteten internationaler Organisationen und Botschaften in Österreich:

Eine Gruppe in besonders prekärer Situation bilden private Hausangestellte von in internationalen Organisationen und Botschaften beschäftigten.

AusländerInnen und von DiplomatInnen: Die Berechtigung zum Aufenthalt dieser Hausangestellten und ihrer Familienangehörigen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit ihrem Dienstvertrag zum fremden Arbeitgeber. Vor 15 Jahren Aufenthalt in Österreich (erst dann bestünde eventuell die Chance des Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft) haben diese Personen kaum eine Chance, auf ein vom Hausangestelltenvertrag unabhängiges Aufenthaltsrecht umzusteigen. Dies führt zu einer hohen Abhängigkeit vom jeweiligen Arbeitgeber, weil der Verlust des Arbeitsplatzes zum Verlust des Aufenthaltsrechts führen kann. Daher sollte das Land Niederösterreich beim Bund anregen, solchen Personen nach spätestens fünf Jahren eine reale Umstiegsmöglichkeit auf ein „gewöhnliches“ Niederlassungsrecht einzuräumen und sie ebenso wie andere niedergelassene Drittstaatsangehörige als aufenthaltsverfestigt anzuerkennen.

5) Stufensystem für Saisoniers ^{*2)}:

Das Land Niederösterreich sollte beim Bund die Überlegung anregen, eine Art Stufensystem für Saisoniers einzuführen: Wenn jemand bereits durch mehrere Jahre hindurch legal saisonal in Österreich gearbeitet hat und sich nichts zuschulden kommen ließ, soll für ihn eine volle Beschäftigungsbewilligung erlaubt werden, statt erneut nur eine Saisonbewilligung.

*2) Siehe Anhang Pkt. 8.3.5. „Stellungnahme zum Entwurf der FPÖ NÖ zum Integrationsleitbild NÖ“

6) Zugang zum Arbeitsmarkt für rechtmäßig Aufenthaltsberechtigte:

Wie auch PolitikerInnen immer wieder betont haben, sollte eine Verknüpfung zwischen dem Aufenthaltsrecht und dem Zugang zum Arbeitsmarkt geschaffen werden. Das Land Niederösterreich möge in diesem Sinne an den Bund herantreten.

7) Einwirkung auf Auftragnehmer des Landes:

Die Landesregierung möge bei Vergabe von Aufträgen für Lieferungen oder Leistungen darauf achten, dass die Auftragnehmer in ihrem Einflussbereich

Maßnahmen gegen Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit setzen und unterstützen bzw. solche Verhaltensweisen unterbinden.

Die Empfehlungen 5 und 6 sind grundsätzlich geeignet, den Bedarf an zusätzlicher Zuwanderung zu vermindern und das Arbeitsziel „Integration vor Neuzuzug“ umzusetzen.

Schließlich sieht die Arbeitsgruppe 1 es für besonders wichtig und sehr hilfreich - sowohl für die einheimische Bevölkerung als auch für die zuwandernden Menschen - über die Rechte und Pflichten der in Österreich wohnenden und zusammenlebenden Menschen zu informieren, um so zu versuchen, Wissenslücken und Fehlinformationen zu vermeiden und objektiv über wichtige Grundlagen eines geordneten und friedlichen Zusammenlebens zu informieren.

Dazu schlägt die Arbeitsgruppe 1 der NÖ Landesregierung vor, eine Informationsbroschüre „WILLKOMMEN IN NIEDERÖSTERREICH“ aufzulegen (siehe „Empfehlung an die NÖ Landesregierung bezüglich Informationsbroschüre „WILLKOMMEN IN NIEDERÖSTERREICH“ in der Maßnahmenbeschreibung „Willkommensmappe“ der Arbeitsgruppe 3 – Seite 53!“).

5.2. Bildung und Erziehung

Der Bildung kommt im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen in mehrfacher Hinsicht große Bedeutung zu. Zum einen können Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht nur unabdingbare Fertigkeiten in der Zweitsprache Deutsch erwerben, sie haben auch Möglichkeiten ihr spezifisches Fachwissen zu erweitern und soziale Kompetenzen zu entwickeln, die ihnen im weiteren Integrationsprozess zugute kommen. Auf der anderen Seite trägt Bildung aber auch zu den kommunikativen Kompetenzen einheimischer Kinder und Jugendlicher bei und schafft eine wichtige Grundlage für gegenseitiges Verständnis, Respekt und Toleranz. Zu wenig Beachtung findet Bildung hinsichtlich ihres Potenzials zur Integration von zugewanderten Eltern. Kindergarten und Schule können als öffentliche Institutionen einen wesentlichen Beitrag leisten, indem sie alle Eltern in das pädagogische Geschehen einbeziehen, das Wohl der Kinder und Jugendlichen als gemeinsame Aufgabe definieren und Kontakte zwischen einheimischen und zugewanderten Eltern initiieren.

In den kommenden Jahren wird Bildung diese Schlüsselfunktion noch stärker wahrnehmen müssen, wenn sie den vielfachen Herausforderungen erfolgreich begegnen möchte. Die wichtigsten Aufgaben werden sein: Sprachkompetenzen vermitteln, Chancengerechtigkeit fördern, die Zahl der SchulabbrecherInnen verringern und interkulturelle Kompetenzen für das Leben in einer globalisierten Welt vermitteln. **Interkulturelle Pädagogik** geht dabei von der **Gleichwertigkeit aller Kulturen** aus und begreift die **Unterschiedlichkeit als Bereicherung** und **Chance des gemeinsamen Zusammenlebens**

Das Netzwerk, in dem Bildung und Erziehung in NÖ stattfindet (und das auch im Zusammenhang mit Integration von MigrantInnen zu berücksichtigen wäre), lässt sich unter anderem wie folgt darstellen:

Netzwerkmodul	Organisationen des Netzwerkmoduls (beispielhafte Aufzählung)
<u>Formale</u> Bildungseinrichtungen Inklusive ihrer Verwaltung (z.B. Landesschulrat)	Kindergärten, Schulen, duales Ausbildungssystem, tertiärer Bildungssektor
<u>Formale</u> Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen	Kinder- und Jugendheime, Horte, Nachmittagsbetreuung in Schulen, Internate
Elternvereine und Elternbeiräte	Kindergärten, Pflichtschulen, Höhere Schulen
<u>Informelle</u> Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen	Spielgruppen, Tagesmütter, private Kinderbetreuungsformen, Kinder- und Jugendvereine (z.B. PfadfinderInnen), Sportvereine
Beratungseinrichtungen	Elternberatung (früher: Mutterberatung), Berufsberatungen (WIFI, BFI, LFI,...), Bildungsberatung des FEN
Erwachsenenbildung	Elternschule des Landes NÖ FEN Forum Erwachsenenbildung und seine Mitglieder

Zahlen und Fakten

Kindergarten

Der Anteil von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache in den niederösterreichischen Kindergärten betrug 2006/2007 rund 14,8 Prozent, wobei hier wiederum große Unterschiede zwischen den Bezirken deutlich werden: Während in den Kindergärten von Wr. Neustadt (Stadt) knapp 42 Prozent der Kinder eine andere Muttersprache als Deutsch haben, sind es in Waidhofen/Thaya nur zwei Prozent.

Im Rahmen der Erhebung von Problem- und Bedürfnislagen hinsichtlich der Integration von Zugewanderten in Niederösterreich wurde die Integration im Bereich Kindergarten im Vergleich zu allen anderen Bereichen als besonders gelungen eingeschätzt: 98 Prozent bewerteten diese als sehr oder eher gut gelungen.

Schule

Eine Betrachtung der Schuldaten der Statistik Austria (2001) nach einzelnen Schultypen und Staatsangehörigkeit ergibt folgendes Bild: In der Volksschule waren knapp 8 Prozent der Kinder ausländische Staatsangehörige, in der Hauptschule 8,5 Prozent, in der Sonderschule knapp 15 Prozent. In der AHS-Oberstufe und der BHS-Oberstufe hatten hingegen nur 3,2 bzw. 3,3 Prozent der SchülerInnen eine andere als die österreichische Staatsbürgerschaft. Anhand dieser Daten wird ersichtlich, dass der Anteil der nichtösterreichischen Kinder mit steigendem Bildungsniveau sinkt und deren Schulkarrieren im Vergleich deutlich flacher verlaufen.

Anhand von Daten des Niederösterreichischen Landesschulrats, die nach deutscher und nicht-deutscher Muttersprache differenzieren, lassen sich für das Schuljahr 2006/2007 folgende Anteile ermitteln: 10,6 Prozent der Kinder in der Volksschule hatten eine andere Muttersprache als Deutsch, in der Hauptschule waren es 6 Prozent, in der Sonderschule 10,2 Prozent. Dabei variieren die Zahlen wiederum stark nach Bezirken.

Auch in den niederösterreichischen Sonderschulen ist der Prozentsatz der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache nach Bezirken sehr unterschiedlich – und korrespondiert nur teilweise mit den Relationen in der Wohnbevölkerung: So weisen die Sonderschulen des Bezirks Gmünd einen Anteil von knapp 27 Prozent von SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache auf, wobei aber der Anteil an der Wohnbevölkerung im Bezirk lediglich 2,8 Prozent ausmacht. Aber auch die Sonderschulen in Mistelbach, Baden und Wr. Neustadt haben hier vergleichsweise hohe Anteile.

STRATEGISCHER WEG 1**Grundlegende und nachhaltig wirkende Maßnahmen im Bildungs- und Erziehungsbereich zur Verbesserung interkultureller Kompetenz im Bereich der Pädagogik (interkulturelle Pädagogik)****Maßnahme BE1****Schaffung eines multiorganisatorischen Arbeitsforums „Vernetzte interkulturelle Bildungsarbeit“**

Zielsetzung	Das Arbeitsforum soll ein ganzheitliches interkulturelles Bildungskonzept erarbeiten, das die Schnittstellen zwischen den Bildungs- und Erziehungsorganisationen in NÖ berücksichtigt
Kurzbeschreibung	Einsatz eines multiorganisatorischen Arbeitsforums, das sich mit einem Bildungskonzept für interkulturelles Lernen niederösterreichweit beschäftigt. Dieses Bildungskonzept umfasst unter anderem die Bereiche Kindergarten, Schule, Hort, Tagesbetreuung, Forum Erwachsenenbildung. Dieses Arbeitsforum setzt Standards fest und sorgt für die Umsetzung und Nachhaltigkeit der Maßnahmen des niederösterreichischen Integrationsleitbildes im Bereich Bildung und Erziehung
Zielgruppe	VertreterInnen mit Entscheidungsfunktion aus den oben genannten Bildungs- und Erziehungsorganisationen
Aktivitäten	• Sammeln, welche Organisationen am Konzept mitarbeiten sollen
Projektschritte	• Formulieren eines Projektauftrages • Gemeinsames Arbeiten in zwei zweitägigen Workshops mit den erforderlichen Arbeiten vor , zwischen und nach den Workshops • Vorlage des Konzepts zur Beschlussfassung in den jeweiligen Gremien der betroffenen Organisationen
Zuständigkeiten	NÖ Integrationsbeirat und Fachstelle für Integrationsfragen
Messgrößen	Ein von den zuständigen Organisationsgremien beschlossenes „Vernetzendes interkulturelles Bildungskonzept“ liegt vor
Ressourcenbedarf	Personaleinsatz seitens der betroffenen Organisationen Verpflegungs- und Materialkosten
Zeitraumen	Bis Ende 2008

Maßnahme BE2**Durchführung einer Aus- und Weiterbildungs-Offensive „Interkulturelle Pädagogik“ für PädagogInnen-Gruppen, die bereits Beratungs- und Entwicklungsaktivitäten in Bildungseinrichtungen durchführen**

Zielsetzung	PädagogInnen, die bereits aus anderen Aus- und Weiterbildungsaktivitäten Beratungskompetenzen erlangt haben, sollen zusätzlich interkulturelle Kompetenzen erwerben können, um diese in ihren Tätigkeitsbereichen verstärkt anwenden zu können.
Kurzbeschreibung	Die unten beschriebenen Personengruppen sind im System „Schule“ bereits integriert und besitzen durch ihre Zusatzqualifikationen bereits eine hohe soziale Kompetenz. Durch die Weiterbildung „interkulturelle Kompetenz/interkulturelle Pädagogik“ kann rasch in der Praxis geholfen werden.
Zielgruppe	Personengruppen, die bereits eine Beratungskompetenz im Zusammenhang mit der Schule erlangt haben wie z.B. BeratungslehrerInnen, SchulentwicklerInnen, LehrerInnen für soziales Lernen, SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen, SchulmediatorInnen
Aktivitäten	• Einsatz einer Projektgruppe aus VertreterInnen des Landesschulrates, der Landesakademie und der betroffenen Professionen zur Ausarbeitung eines „maßgeschneiderten“ Curriculums für eine Weiterbildung in interkultureller Kompetenz • „Marketing“ für das Curriculum • Organisation und Durchführung von Weiterbildungsveranstaltungen • Zertifizierung der AbsolventInnen
Projektschritte	
Zuständigkeiten	Landesschulrat für NÖ mit Unterstützung der NÖ Landesakademie und der Pädagogischen Hochschulen
Messgrößen	Bis Mitte 2009 haben 50% der infrage kommenden Professionen das Curriculum erfolgreich absolviert
Ressourcenbedarf	Personalressourcen für die Entwicklung, Honorare etc. für ReferentInnen, Sachkosten z.B. für Aufenthalte und Skripten
Zeitraumen	Bis Mitte 2009

Weitere Maßnahmen für den strategischen Weg 1:

- Interkulturelle Pädagogik als Pflichtfach an Pädagogischen Hochschulen und Lehranstalten für Kindergartenpädagogik, ErzieherInnenausbildung
- Förderung des Zuganges von Studierenden an den oben genannten Ausbildungsstätten mit migrantischem Hintergrund

STRATEGISCHER WEG 2

Unterstützung der formalen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen (wie Kindergarten, Schule, Hort, Jugendheime...) und der informell Kinder- und Jugendliche begleitenden Organisationen (wie Elternvereine, Sportvereine, Jugendvereine,...) bei der Umsetzung interkultureller Pädagogik

Maßnahme BE3

Schaffung eines LehrerInnen-Pools, um bei Einschulung von Kindern und Jugendlichen mit migrantischem Hintergrund in höhere Schulstufen das Erlernen von Deutsch unterstützen zu können.

Zielsetzung	SchülerInnen, die in eine höhere Schulstufe ohne Deutschkenntnisse kommen, sollen möglichst rasch Deutsch erlernen, um qualifiziert dem Unterricht folgen zu können unter gleichzeitiger Entlastung der LehrerInnen der betroffenen Schule
Kurzbeschreibung	Durch Schaffung eines LehrerInnen-Pools, dessen Mitglieder rasch und flexibel einsetzbar sind, sollen MigrantInnenkinder in der jeweiligen Schule/Klasse durch zusätzlichen Unterricht rascher Deutsch erlernen und die LehrerInnen „vor Ort“ entlastet werden.
Zielgruppe	SchülerInnen höherer Schulstufen mit migrantischem Hintergrund ohne Deutschkenntnisse
Aktivitäten	• Recherche über arbeitslose LehrerInnen mit der Zusatzqualifikation „Deutsch für AusländerInnen“; unter Umständen Angebot zur Weiterbildung für arbeitslose LehrerInnen in „Deutsch für Ausländer“ • Erhebung des Bedarfes aufgrund der Statistik über a.o. SchülerInnen des LSR NÖ • Schaffung eines „Pools“ dieser LehrerInnen (u.U. bei Jugend und Arbeit), der vom Landesschulrat koordiniert und bedarfsorientiert gesteuert wird • Schulen aus NÖ können LehrerInnen aus dem Pool „auf Zeit“ anfordern, um hinzugekommene MigrantInnen-SchülerInnen zusätzlich in Deutsch zu unterrichten
Projektschritte	
Zuständigkeiten	Landesschulrat
Messgrößen	Der LehrerInnen-Pool „Deutsch für AusländerInnen“ ist einsatzbereit
Ressourcenbedarf	Personelle und finanzielle Ressourcen unter Einbeziehung des Österreichischen Integrationsfonds
Zeitraumen	Einsatz des Pools ab dem Sommersemester 08

Maßnahme BE4**Festsetzung eines Personalschlüssels von interkulturellen MitarbeiterInnen im Kindergarten und Volksschulbereich**

Zielsetzung	Festsetzung eines Personalschlüssels von interkulturellen MitarbeiterInnen im Kindergarten und Volksschulbereich im Verhältnis zur Anzahl von Kindern mit migrantischem Hintergrund und der jeweiligen Gruppensituation, um effiziente interkulturelle Bildungsarbeit zur Förderung aller Kinder durchführen zu können
Kurzbeschreibung	Interkulturelle MitarbeiterInnen unterstützen und ergänzen die Arbeit der LehrerInnen bzw. KindergartenpädagogInnen. Gemeinsam mit den PädagogInnen sorgen sie dafür, dass alle Kinder an den Angeboten der Bildungsinstitution teilhaben können, die Mehrsprachigkeit aller Kinder gefördert wird und der gegenseitige Respekt wächst. Diese interkulturellen MitarbeiterInnen werden speziell ausgewählt und ausgebildet. Je nach Zusammensetzung der Gruppe bzw. Klasse soll es möglich sein regelmäßige Unterstützung zu bekommen.
Zielgruppe	KindergärtnerInnen, LehrerInnen
Aktivitäten	Erheben der Zahl der mehrsprachigen Kinder
Projektschritte	Erheben des Bedarfs an interkulturellen MitarbeiterInnen Festsetzen eines Betreuungsschlüssels durch die zuständige Abteilung bzw. durch den Landesschulrat
Zuständigkeiten	Kindergartenabteilung des Amtes der NÖ Landesregierung Landesschulrat
Messgrößen	Jede Bildungsinstitution, die eine personelle Unterstützung braucht, bekommt diese auch.
Ressourcenbedarf	Dienstposten - Kosten für die Ausbildung
Zeitraumen	2010

Maßnahme BE5**Durchführung von Weiterbildungsaktivitäten zur interkulturellen Pädagogik an denen alle PädagogInnen vor Ort gemeinsam teilnehmen**

Zielsetzung	Durch die gemeinsame Teilnahme an Weiterbildungsaktivitäten zur interkulturellen Pädagogik von PädagogInnen aus Bildungseinrichtungen einer Gemeinde soll die vernetzte interkulturelle Bildungsarbeit zum Wohl aller Kinder gefördert werden
Kurzbeschreibung	In vier Gemeinden Niederösterreichs fanden gemeinsame Lehrgänge aller PädagogInnen vor Ort statt. Es gibt dazu ein ausgearbeitetes Curriculum. Dieses kann übernommen werden. So werden Nahtstellen geschlossen und Synergien genutzt. (Siehe EQUAL Dokumentation).
Zielgruppe	PädagogInnen aller Bildungseinrichtungen einer Gemeinde
Aktivitäten	Der ausgearbeitete Lehrgang wird mit den verantwortlichen Trägern
Projektschritte	modifiziert und dann in Kooperation von Landesschulrat, Päd. Hochschulen, Abt. Kindergärten, Abt. Horte und Heime und den anderen in der Gemeinde ansässigen Trägern, vor Ort angeboten.
Zuständigkeiten	Landesschulrat; Abteilung Kindergärten, Landesakademie
Messgrößen	Alle PädagogInnen haben die Möglichkeit an dieser Weiterbildung teilzunehmen.
Ressourcenbedarf	Arbeitsforum: Vernetzte interkulturelle Bildungsarbeit
Zeitraahmen	Priorität in den 50 Gemeinden mit überdurchschnittlichem MigrantInnenanteil

Maßnahme BE6**Offensives Anbieten von Beratungsangeboten auf der Basis der Prinzipien interkultureller Pädagogik**

Zielsetzung	Begegnung zwischen Migrations- und Aufnahmegesellschaft über das Themenfeld „Bildung und ihre Institutionen“ schaffen, um Erziehungskompetenz zu stärken und berufliche Chancengleichheit zu fördern.
Kurzbeschreibung	Analog zum Mutter-Kind-Pass soll es für alle Eltern für die Inanspruchnahme von bestehenden Erziehungsberatungseinrichtungen wie z.B. auch Elternschulen, Vergünstigungen in Form von Geld und Sachleistungen geben z.B. Hortbesuch vergünstigt, Skikurs gefördert,...
Zielgruppe	Alle Eltern in NÖ
Aktivitäten Projektschritte	▪ Projektschritte: Inhaltliche Beratungsangebote ausforschen und auflisten, festlegen und bewerten ▪ Zertifizierung der AnbieterInnen; finanzielle Ressourcen schaffen ▪ alle niederösterreichischen Eltern damit bekannt machen
Zuständigkeiten	Land NÖ – zuständige politische und verwaltungsmäßige Ressorts
Messgrößen	Inanspruchnahme des Angebotes, begleitendes Monitoring
Ressourcenbedarf	Personal- und Sachkosten für die Umsetzung
Zeitraumen	Ab 2009

Maßnahme BE7**Durchführung von Modulen im Rahmen der Elternschule zum Themenbereich „Integration und Interkulturalität“**

Zielsetzung	Stärkung der Erziehungskompetenz, MigrantInnen sollen motiviert werden die NÖ Elternschule zu besuchen, Förderung der Bereitschaft zur Einzelfallberatung.
Kurzbeschreibung	Themen zu Integration und interkultureller Pädagogik, einerseits als eigenes Modul, andererseits als Querschnittsmaterie in der NÖ Elternschule so anbieten, dass die Hemmschwelle für MigrantInnen möglichst nieder ist. (Dolmetsch, Einladungen mehrsprachig, etc.)
Zielgruppe	Grundsätzlich alle Eltern, jedoch vor allem Eltern mit Migrationshintergrund
Aktivitäten Projektschritte	• Bedarfserhebung • Inhaltliche Erarbeitung und Konzeption der Angebote
Zuständigkeiten	Familienreferat, Jugendwohlfahrt
Messgrößen	Teilnehmerzahl
Ressourcenbedarf	Kosten für fachlich qualifizierte vortragende Personen, die die Inhalte auch erarbeiten
Zeitraumen	bis Mitte 2008

Weiter Maßnahmen für den strategischen Weg 2:

- Klare Zuständigkeit für interkulturelle Pädagogik im NÖ LSR schaffen
- Kostenlose Angebote wie „Supervision“ und „interkulturelle Mediation“ für LehrerInnen und ähnliche Berufsgruppen durchführen
- Weiterbildungsangebote „Interkulturelle Kompetenz“ für Funktionäre/-innen von Elternvereinen und Kinder- und Jugendvereinen durchführen
- Finanzielle Förderung von Aktivitäten der Elternvereine, die den Integrationsprozess unterstützen
- Interkulturelle Kompetenz im Fach „Politische Bildung“ in Berufsschulen verankern

STRATEGISCHER WEG 3**Förderung der Mehrsprachigkeit bei Kindern, Jugendlichen, Eltern und anderen Erwachsenen zur Steigerung der Kommunikationskompetenz als Basis für einen effizienten Integrationsprozess****Maßnahme BE8****Projekt der Basisbildung (auch für Alphabetisierung) ausweiten**

Zielsetzung	MigrantInnen wird es ermöglicht, Maßnahmen der Basisbildung NÖ (Bildungs- und Heimatwerk NÖ und AMS NÖ) kostenlos in Anspruch zu nehmen
Kurzbeschreibung	Problematik von Analphabetismus der Eltern von MigrantInnenkindern erschwert sowohl die Elternarbeit der Bildungsorganisationen als auch die weitere berufliche Qualifizierung der Eltern, insbesondere der Frauen
Zielgruppe	MigrantInnen, die in ihrem Ursprungsland nicht die Chance hatten die Grund-Kulturtechniken zu erlernen
Aktivitäten Projektschritte	• Feststellung des konkreten Bedarfes (auch nach Muttersprachen) • Curriculum ausarbeiten • Verhandlungen BHW NÖ-Basisbildung – Land – AMS NÖ über Finanzierung • Rekrutierung von Lehrenden (möglichst mit migrantischem Hintergrund) • Angebot veröffentlichen
Zuständigkeiten	Land NÖ und AMS NÖ
Messgrößen	Das Alphabetisierungsangebot wird bei MigrantInnen beworben
Ressourcenbedarf	Personalkosten
Zeitraumen	Beginn der Maßnahme Ende 2008

Maßnahme BE9**Förderung und Unterstützung der mehrsprachigen/muttersprachlichen Kompetenz von Kindern und Erwachsenen**

Zielsetzung	Durch die Förderung und Unterstützung der muttersprachlichen Kompetenzen soll das Erlernen von Deutsch effizient im Sinne von „sinnerfassend und kommunikationstauglich“ ermöglicht werden.
Kurzbeschreibung	Wissenschaftliche Spracherwerb-Forschung belegt, dass Zweitsprachen dann gut erlernt werden, wenn die Muttersprache entsprechend gefestigt ist. Daher ist insbesondere bei Kindern aber auch bei Erwachsenen mit migrantischem Hintergrund sowohl die Muttersprache als auch das Erlernen von Deutsch zu fördern – wie es bereits in NÖ Kindergärten erfolgt.
Zielgruppe	Kinder und Erwachsene mit migrantischem Hintergrund
Aktivitäten Projektschritte	▪ Schaffen eines Sonderkontingentes zur Förderung der Mehrsprachigkeit in der Schule (Muttersprachenunterricht, Deutsch als Zweitsprache, flexibler Umgang mit Ressourcen, wenn Asylwerber während des Schuljahres kommen ▪ für mehrsprachige Personen Unterrichten ermöglichen, Kriterien anpassen (andere Fremdsprache, Mehrsprachigkeit berücksichtigen etc.) ▪ Zuständigkeit schaffen: Vertretung des Themas Interkulturelle Pädagogik durch den Landesschulrat ▪ Pilotphase mit begleitender Evaluierung
Zuständigkeiten	Landesschulrat in Kooperation mit der Fachstelle für Integration
Messgrößen	Die Pilotphase mit begleitender Evaluierung beginnt
Ressourcenbedarf	Personal-Kosten
Zeitraumen	Beginn der Projektplanung 2008 – Pilotphase ab Schuljahr 2008/2009

Maßnahme BE10**Bildungsförderung für MigrantInnen mit „nicht-österreichischer“ Staatsbürgerschaft**

Zielsetzung	Bildungs-Förderung für nicht-österreichische StaatsbürgerInnen öffnen
Kurzbeschreibung	Subjektförderung (inklusive Grundbildung, Schulabschlüsse, Sprachkompetenz) sowie Begleitmaßnahmen: Bildungsberatung und Information über Förderungen, Information am Arbeitsplatz (z.B. Betriebsrat, Arbeiterkammer)
Zielgruppe	ArbeitnehmerInnen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft, BerufseinsteigerInnen mit migrantischem Hintergrund
Aktivitäten Projektschritte	• Bedarf und die damit verbundenen Kosten abschätzen • Bestehenden Erlass zur Bildungsförderung durch das Land NÖ entsprechend ändern
Zuständigkeiten	Land NÖ (tw. gemeinsam mit AMS)
Messgrößen	Der Erlass „Bildungsförderung“ ist im Sinne der Maßnahme geändert
Ressourcenbedarf	Budget
Zeitraumen	Start Herbst 2008

5.3. Kultur, Begegnung, Kommunikation**Zahlen und Fakten**

Laut Landesstatistik Niederösterreich gab es im Jahr 2002 19.126 Vereine. Im Rahmen des Projekts MIDAS, das in verschiedenen österreichischen Bundesländern MigrantInnenvereine erhob, wurden im Jahr 2003 genau 52 MigrantInnenvereine in NÖ gezählt.

STRATEGISCHER WEG 1**Willkommensweg****Maßnahme KBK1****Willkommensmappe**

Zielsetzung	Information, Orientierung und Hilfestellung für ZuwanderInnen
Kurzbeschreibung	für MigrantInnen zweisprachig – deutsch und in einer den MigrantInnen verständlichen Sprache. In der Präambel werden in einer gut verständlichen Sprache die Verfassung, rechtliche Normen und Leitziele des Landes beschrieben. Die Mappe enthält Informationen und Kontakte für alle relevanten Themen, wie Bildungssystem, Arbeitsmarkt, Einwanderung, Aufenthalt, Freizeit, Alltag, Familie, spezielle Angebote für MigrantInnen. Ergänzt wird die Mappe durch einen Teil, der Informationen der Gemeinden enthält, angefangen bei Sprechstunden der GemeindevertreterInnen, Kontaktnummer bis zu Vereinen. Die Mappe soll als "work in progress" betrachtet werden, um die Inhalte aktuell zu halten. Ein Glossar, das zielgruppenspezifisch und praxisorientiert ist, hilft über sprachliche Probleme hinweg. Die Verwendung der Mappe wird empfohlen.
Zielgruppe	MigrantInnen, die erstmals in NÖ wohnhaft sind
Aktivitäten Projektschritte	1. Materialsammlung (Aufbau auf bereits vorhandener Erfahrung positiver Praxisbeispiele), 2. Adaptierung des Materials, 3. Pflichtenheft für Gemeinden, 4. Übersetzungen, 5. Pilotprojekt in einigen Gemeinden unter Einbeziehung migrantischer Organisationen
Zuständigkeiten	Dorf- und Stadterneuerung als Drehscheibe; Regionsnetzwerke in Zusammenarbeit mit Kulturvernetzung und anderen Institutionen, nach Erfordernis
Messgrößen	a) Erstellen einer Basismappe als Teil, der für alle NÖ Gemeinden gleich ist (siehe Empfehlung der AG 1 an die niederösterreichische Landesregierung)

b) Inanspruchnahme der Mappe durch Gemeinden

Ressourcenbedarf bei den personellen Ressourcen kann auf bestehende Institutionen zurückgegriffen werden

Zeitraumen a) Ende 2008
b) 3 Jahre

Bei Umsetzung dieser Maßnahme sollten auch die Empfehlungen der Arbeitsgruppe 1 „Politik und Verwaltung“ berücksichtigt werden:

Informationsbroschüre für ZuwanderInnen und ÖsterreicherInnen

WILLKOMMEN IN NIEDERÖSTERREICH

Rahmenbedingungen für das Gelingen von Integration in Niederösterreich

Informationsbroschüre über in Österreich bestehende Rechte und Pflichten, um ein gutes Zusammenleben und Verständnis zu fördern.

- wichtigste grundlegende Rechte in Österreich (Freiheit der Person, Briefgeheimnis, Fernmeldegeheimnis, Schutz des Hausrechtes, Gleichheit vor dem Gesetz, Religionsfreiheit ...)
- wichtigste Pflichten, wie
 - Beachtung der Menschenrechte, der Grundrechte und des notwendigen wechselseitigen Respekts auch vor den selben Rechten aller übrigen Menschen in Österreich
 - Gleichberechtigung von Mann und Frau ist zu beachten (unter den ZuwanderInnen, aber z. B. auch von LehrerInnen in der Schule und von weiblichen Bediensteten in Verwaltung und anderen öffentlichen Stellen, sowie auch bei der Wahl der EhepartnerInnen)
 - keine Gewalt – auch nicht innerhalb der Familie
 - Integration muss in der eigenen Familie beginnen und dort mit allen Mitgliedern gelebt werden
 - Schulbesuch der Kinder als Grundlage für die notwendige Ausbildung sollte als Chance für die Kinder, aber auch für ihre Eltern gesehen und genützt werden.

Diese Themenstellungen sollen im Unterricht („Politische Bildung“) bearbeitet und vermittelt werden und auch als Unterrichtsmaterial in den Sprachkursen gemäß der Integrationsvereinbarung behandelt werden.

Die AG 1 empfiehlt der NÖ Landesregierung, eine solche Broschüre erstellen zu lassen und sie über Kindergärten, Schulen und Gemeindeämter sowie Landesdienststellen zu verteilen; ebenso sollte diese Broschüre den zertifizierten Instituten für Kurse gemäß der Integrationsvereinbarung zur Verfügung gestellt werden.

STRATEGISCHER WEG 2**Anlässe für Kommunikation schaffen****Maßnahme KBK2^{*3)}****Einsetzung eines/einer interkulturellen Beauftragten/KoordinatorIn auf Gemeindeebene (und Kleinregion-Ebene)**

Zielsetzung	Förderung interkultureller Aktivitäten in Gemeinden, Kommunikation in Gang bringen
Kurzbeschreibung	Die Maßnahme bezieht sich auf Gemeinden, die einen für Niederösterreich überdurchschnittlichen MigrantInnenanteil haben. Der/die interkulturell Beauftragte/KoordinatorIn entwickelt und setzt Projekte zur Kommunikationsförderung zwischen MigrantInnen und Einheimischen um, pflegt den Kontakt zu Vereinen, Institutionen, geht direkt auf MigrantInnen zu. Idealerweise lebt er/sie in der Gemeinde, hat selbst einen Migrationshintergrund oder längere Auslandserfahrung. Die Tätigkeit kann sowohl ehrenamtlich als auch hauptamtlich sein.
Zielgruppe	GemeindebürgerInnen
Aktivitäten Projektschritte	▪ Einsetzung von interkulturell Beauftragten bzw. KoordinatorInnen Bei der Einsetzung von interkulturellen Beauftragten/Koordinatoren sollte mit den regionalen Netzwerken und Integrationsbeauftragten zusammengearbeitet werden.
Zuständigkeiten	Gemeindevertretung
Messgrößen	Tatsächliche Einsetzung von Integrationsbeauftragten in 25 Gemeinden mit überdurchschnittlichem MigrantInnenanteil
Ressourcenbedarf	Ein/eine Interkulturelle/r Beauftragte/r bzw. KoordinatorIn kann im Rahmen bestehender Strukturen beauftragt werden (Vereine, Institutionen) oder die Position wird z.B. in der Gemeinde neu eingerichtet (Angestellter der Gemeinde).
Zeitraumen	Mitte 2009

*3) Siehe Anhang Pkt. 8.3.5. „Stellungnahme zum Entwurf der FPÖ NÖ zum Integrationsleitbild NÖ“

Maßnahme KBK3**Bewusstseinsbildung für MigrantInnen für die Frage der Integration**

Zielsetzung	Der Diskurs über Integration soll in den MigrantInnen-Communities eröffnet bzw. angeregt werden
Kurzbeschreibung	Durch Impulsreferate von ExpertInnen, die aus den Communities herauskommen, wird der Diskussionsprozess angeregt, die politische Bildung der MigrantInnen vorangetrieben.
Zielgruppe	MigrantInnen-Communities
Aktivitäten Projektschritte	Setzen von Impulsen im Rahmen von Veranstaltungen der ▪ Erwachsenenbildung ▪ der Elternschule ▪ von Frauentreffs Aktivitäten im Bereich der politischen Bildung sollen sich bei Förderansuchen von MigrantInnenvereinen positiv auswirken
Zuständigkeiten	Interkulturell Beauftragte/r bzw. KoordinatorIn
Messgrößen	Jährliche Evaluierung der Inanspruchnahme
Ressourcenbedarf	Spesen- und Honorarforderungen von ReferentInnen, Anmietung von Seminarräumen
Zeitraumen	3 Jahre

STRATEGISCHER WEG 3**Bedachtnahme auf religiöse Aspekte****Maßnahme KBK4****Arbeitsgruppe zur Schaffung von Rahmenbedingungen, die die gleichberechtigte Ausübung kultischer/religiöser Handlungen erlauben**

Zielsetzung	Der Vielfalt von Religionen und ihrer Praxisausübung soll im Integrationsprozess mit Toleranz und Respekt begegnet werden
Kurzbeschreibung	Eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen der Religionsgemeinschaften zeigt die Problematiken der Kultausübung auf und erarbeitet Lösungsmöglichkeiten. Diese aktive Herangehensweise vermittelt den MigrantInnen den offenen Zugang der Mehrheitsbevölkerung zum Thema „Gleichberechtigte Religionsausübung“.
Zielgruppe	Menschen, die an einen oder mehrere Götter glauben, oder nicht an Gott glauben.
Aktivitäten	1. Einrichten einer Arbeitsgruppe
Projektschritte	2. Vorschriften, Gesetze und Gegebenheiten, die Rituale anderer Religionsgemeinschaften beschränken, sind so anzupassen, dass sie dem Menschenrecht auf freie Religionsausübung nicht widersprechen. 3. In Fällen von Interessens- und Werteabwägungen freier Religionsausübung ist der Integrationsbeirat beizuziehen.
Zuständigkeiten	Befassung eines eigenen Ausschusses
Messgrößen	Tatsächliche Einrichtung einer Arbeitsgruppe
Ressourcenbedarf	Raumbedarf für die Sitzungen, administrative Unterstützung des Arbeitskreises
Zeitraumen	6 Monate

Maßnahme KBK5**Auf Friedhöfen Abteilungen für andere Religionsgemeinschaften schaffen**

Zielsetzung	Den MigrantInnen die Möglichkeit bieten, entsprechend ihrer religiösen Vorschriften in ihrer neuen, engeren Heimat begraben zu werden.
Kurzbeschreibung	Die Möglichkeit einer Begräbnisstätte an dem Ort in dem man lebt, lässt auch mehr Identifikation mit der neuen Heimat zu. Vor allem religiösen Menschen ist es dennoch wichtig, dass die entsprechenden Rituale vorgenommen werden können und dass es auch möglich ist, die jeweilige Traditionen in örtlichen bzw. regionalen Friedhöfen zu verwirklichen
Zielgruppe	Kommunen
Aktivitäten Projektschritte	Einrichtung von Abteilungen auf kommunalen Friedhöfen in Orten wo Angehörige anderer Religionsgemeinschaften leben (entsprechend des Anteils an der Gesamtbevölkerung)
Zuständigkeiten	Kommunen in Zusammenarbeit mit Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften, Regionalverwaltungsstellen
Messgrößen	Anzahl der gemäß der Zielbeschreibung zur Verfügung gestellten Bereiche auf Friedhöfen in Niederösterreich
Ressourcenbedarf	Platzbedarf
Zeitraumen	Inanspruchnahme nach 3 Jahren

Maßnahme KBK6**Einrichtung von notwendigen Gebets- und Ritualräumen in Krankenhäusern und Pflegeheimen**

Zielsetzung	Schaffen der Möglichkeit der Kult- bzw. Religionsausübung in Krisensituationen
Kurzbeschreibung	Idealerweise sollte es ein Raum sein, der für Angehörige aller Religionsgemeinschaften als Rückzugs- und Gebetsraum dienen kann. Die Arbeitsgruppe ist aber übereingekommen, dass im Falle der Unmöglichkeit gemeinsame Gebetsräume zu schaffen, für einzelne Religionsgemeinschaften verschiedene Räume zu Verfügung zu stellen sind.
Zielgruppe	Krankenhausholding Landespflegeheime (LPH)
Aktivitäten Projektschritte	Starten eines Pilotprojekts: In einem Krankenhaus, wo es noch keine entsprechenden Möglichkeiten gibt, diesen „Gemeinschaftsgebetsraum“ einzurichten: eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Religionsgemeinschaften vor Ort erarbeitet hier die Voraussetzungen.
Zuständigkeiten	Krankenhausholding in Kooperation mit VertreterInnen von Religionsgemeinschaften
Messgrößen	Eingerichtete Gemeinschaftliche Gebetsräume
Ressourcenbedarf	Platzbedarf
Zeitraumen	1-2 Jahre

Weitere Maßnahmen:

- Diversity-Trainings für Behörden, LehrerInnen, JournalistInnen, etc.
- Öffnung der Förderungen seitens des Landes NÖ für alle hier Lebenden – z.B. Familienpass, etc.
- Homepage als Vernetzungsmedium, dazu soll auch ein interkultureller Kalender gehören.
- Förderung interkultureller Kommunikation in kleinen Strukturen durch zur Verfügungstellung von Öffentlichkeit und Raumressourcen (Dorfgasthaus, Vereinslokal) seitens der Gemeinden in Kooperationen mit Kulturinitiativen, Kulturinstitutionen und MigrantInnenvereinen (z.B. Elternabende von Schulen und Kindergärten, Pfarrfeste und div. Anlässe der Gemeinde).
- Eine Förderung und Unterstützung von Vereinen und Institutionen, die interkulturell agieren, wäre hilfreich und ein Anreiz.
- Einbeziehung der Konzepte „Interkulturelle Gärten“¹⁾ und „Dritter Raum“²⁾ zur Förderung interkultureller Begegnungen in Gemeinde und Region

¹⁾ Christa Müller: *"Wurzeln schlagen in der Fremde. Die internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse"* Ökom Verlag, 2002.

²⁾ Dirscherl, Klaus: *Der Dritte Raum als Konzept der interkulturellen Kommunikation. Theorie und Vorschläge für die Praxis., in: Bolten, Jürgen (Hrsg.) Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft. Positionen. Modelle. Perspektiven. Projekte, Verlag Wissenschaft und Praxis, Sternenfels, 2004*

- Stiftung eines Integrationspreises für integrationsfördernde Projekte durch das Land NÖ

5.4. Gesundheit und Soziales

Zahlen und Fakten

Wohlfahrtsstaatliche Leistungen / Förderungen des Landes Niederösterreich

Anders als in anderen Bundesländern ist laut Gesetz in NÖ der Anspruch auf Sozialhilfe für ausländische Staatsangehörige nicht auf soziale Härtefälle begrenzt. Bei legalem Aufenthalt besteht Anspruch auf Sozialhilfe. Insgesamt 21 Prozent der Bezüge gehen auf das Konto von ausländischen Staatsangehörigen, 4 der 21 Prozent an Konventionsflüchtlinge.

Zu insgesamt 19 von 38 relevanten Unterstützungsangeboten des Landes Niederösterreich (Stand: 2006), für welche die Zugangsvoraussetzungen auf der Homepage des Landes Niederösterreich ausgewiesen sind, haben lediglich österreichische und EWR-Staatsangehörige Zugang. Weitere sechs stehen zusätzlich zu diesen Gruppen auch Konventionsflüchtlingen offen. Ein gutes Drittel kommt auch Personen zugute, die nicht EWR-Staatsangehörige oder Flüchtlinge sind.

STRATEGISCHER WEG 1**Zugänglichkeit ermöglichen****Maßnahme GS1****Informationszugang für MigrantInnen: Aufbau und Entwicklung neuer Informationsmaterialien und Beratungsleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich**

Zielsetzung	Schaffung eines gleichberechtigten Zuganges von MigrantInnen zu Förderungen, Leistungen im Gesundheits- und Sozialbereich durch adäquate Informationsaufbereitung
Kurzbeschreibung	Informationsmangel seitens MigrantInnen über Förderungen, Leistungen, Rechte, Pflichten. Diese Mängel können durch entsprechende Informationen behoben werden.
Zielgruppe	MigrantInnen, Personen, die sich um diese kümmern (NGOs, Privatpersonen etc.)
Aktivitäten Projektschritte	▪ Überarbeitung Homepage des Landes NÖ ▪ mehrsprachige Ausfüllhilfen zu Formularen ▪ mehrsprachige Broschüren, Info-Folder (z.B. zu Gesundheitsfragen, Prävention etc.) ▪ Gruppenberatungen, Vorträge, Infoangebote der Beratungsstellen ausbauen ▪ Berücksichtigung der Bedürfnisse von Analphabeten ▪ Einrichtung und Koordination eines DolmetscherInnenpools ▪ bestehende Angebote evaluieren und erweitern (z.B. "muttersprachliche" Gesundheitsberatung)
Zuständigkeiten	derzeit Zuständigkeit unterschiedlicher Fachabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung, daher Notwendigkeit der Schaffung einer zentralen Koordinationsstelle für Integration bzw. eines/einer Integrationsbeauftragten des Landes NÖ
Messgrößen	▪ Gesamter Bestand an schriftlichem und elektronischem Informationsmaterial ist im Sinne der Zielsetzung zu überarbeiten ▪ Gesamtes Beratungsangebot (Gruppenberatungen, Vorträge,

Infoangebote etc.) ist im Sinne der Zielsetzung zu evaluieren.

Ressourcenbedarf	Sach- und Personalaufwand für die Übersetzung des Infomaterials, laufende Wartung der Homepage erforderlich
------------------	---

Zeitraumen	Ende 2008 (kurzfristige Maßnahme)
------------	-----------------------------------

Maßnahme GS2 *4)**Anpassung der Rechtsgrundlagen zur Gleichstellung von derzeit von Sozialleistungen ausgeschlossenen MigrantInnen**

Zielsetzung	Analyse, Evaluierung, Anpassung des best. Landesrechtsbestandes (Landesgesetze, Verordnungen) bzw. der Vollzugsvorschriften (Erlässe bzw. Richtlinien des Landes NÖ)
Kurzbeschreibung	Nicht alle MigrantInnen haben den gleichen Zugang zu Sozialleistungen wie österreichische StaatsbürgerInnen bzw. EU-BürgerInnen. Wirtschaftsflüchtlinge bzw. langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige sind von manchen Förderleistungen im Sozialbereich (Privatwirtschaftsverwaltung) ausgenommen. Durch die Überprüfung bzw. Änderung des geltenden Rechtsbestandes können vorhandene Lücken geschlossen werden.
Zielgruppe	derzeit von Sozialleistungen ausgeschlossene MigrantInnen
Aktivitäten Projektschritte	▪ Analyse, Evaluierung, Anpassung des best. Landesrechtsbestandes (Landesgesetze, Verordnungen) und der Vollzugsvorschriften (Erlässe bzw. Richtlinien des Landes NÖ)- Abgleich auf EU-Konformität (insb. Richtlinie 2003/109/EG des Rates vom 25. November 2003 betreffend die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen) ▪ Definition von begünstigten Personengruppen
Zuständigkeiten	zuständige Fachabteilungen des Amtes der NÖ Landesregierung
Messgrößen	Geltender Rechtsbestand wird im Sinne der Zielsetzung bearbeitet
Ressourcenbedarf	geringer Sach- und Personalaufwand für die Analyse, Evaluierung und Anpassung des Rechtsbestandes
Zeitraumen	kurzfristige Maßnahme (1 Jahr)

*4) Siehe Anhang Pkt. 8.3.5. „Stellungnahme zum Entwurf der FPÖ NÖ zum Integrationsleitbild NÖ“

Maßnahme GS3**Förderung vermehrter Anstellung von MigrantInnen im öffentlichen Dienst
(Gesundheits- und Sozialverwaltung)**

Zielsetzung	Öffnung des öffentlichen Dienstes (Gesundheits- und Sozialverwaltung) für MigrantInnen: Durch vermehrte Anstellung von MigrantInnen bessere Nutzung der sprachlichen bzw. interkulturellen Kompetenzen durch den öffentlichen Dienst
Kurzbeschreibung	Bei der Erarbeitung der Ausschreibungskriterien für Stellen im Gesundheits- und Sozialbereich ist der durchschnittliche Anteil von KundInnen mit migrantischem Hintergrund zu berücksichtigen ▪ Nutzung der sprachlichen bzw. interkulturellen Kompetenzen der MigrantInnen
Zielgruppe	MigrantInnen mit geforderter Qualifikation und freiem Zugang zum Arbeitsmarkt
Aktivitäten Projektschritte	▪ Analyse des bestehenden Personals und der arbeitsrechtlichen Bestimmungen ▪ Analyse EQUAL- Studie (AM-politischer Zugang für MigrantInnen) ▪ gezielte Personalsuche ▪ Neuordnung der Ausschreibungskriterien für best. Dienstposten im Bereich der Gesundheits- und Sozialverwaltung (interkulturelle Kompetenz bzw. Mehrsprachigkeit Voraussetzung für best. Dienstposten) ▪ Berücksichtigung des durchschnittlichen Anteils von KundInnen mit migrantischem Hintergrund bei der Erarbeitung der Ausschreibungskriterien für Stellen im Gesundheits- und Sozialbereich.
Zuständigkeiten	▪ Krankenhausholding ▪ LAD Personalangelegenheiten
Messgrößen	▪ Personaleinsatzplan: Anteil v. Personal mit Migrationshintergrund am Gesamtpersonal gemäß der Herkunft der KundInnen im Gesundheits- und Sozialbereich auf allen hierarchischen Ebenen ▪ Abbildung der Vielfalt im Personalstand im Gesundheits- und

Sozialbereich

Ressourcenbedarf	Aufnahme von Personal vom Dienstpostenplan abhängig, gleiche Besoldung für MigrantInnen
Zeitraumen	mittel- bis langfristig (3 bis 5 Jahre)

STRATEGISCHER WEG 2**Kompetenzaufbau****Maßnahme GS4****Förderung von interkultureller Kompetenz und Einsatz von Personal mit mehrsprachiger Kompetenz im Gesundheits- und Sozialbereich**

Zielsetzung	Interkulturelle Kompetenz des Personals im Gesundheits- und Sozialbereich soll zu mehr gegenseitigem Verständnis zwischen Angehörigen verschiedener Kulturen führen, der Einsatz von Personal mit mehrsprachiger Kompetenz soll die Zusammenarbeit von KundInnen und Personal erleichtern (Qualität erhöhen)
Kurzbeschreibung	▪ Erhebung der Fremdsprachenkenntnisse im Personalstand ▪ Zusätzliche Qualifizierung des bestehenden Gesundheits- und Sozialpersonals (interkulturelle Kompetenz, Mehrsprachigkeit) ▪ Adäquater Einsatz von mehrsprachigem Personal (z.B. Einrichtung von mehrsprachigen Ordinationszeiten/Sprechstunden in Ambulanzen und Arztpraxen)
Zielgruppe	bestehendes Gesundheits- und Sozialpersonal (In- und AusländerInnen)
Aktivitäten Projektschritte	▪ Rahmen erheben (Aus-/Weiterbildungspläne, Fortbildungsbudgets, Zahl der Fortbildungstage pro Jahr, Anteil des Personals, das Schulungen besucht, am Gesamtpersonal) ▪ Aus-/Weiterbildungspläne unter Berücksichtigung best. Studien (z.B. BMGFJ Interkulturelle Kompetenzen im Gesundheitswesen) evaluieren ▪ MultiplikatorInnen ausbilden ▪ Bewusstseinsbildungsmaßnahmen durchführen ▪ Motivation des Personals interkulturelle Schulungen zu besuchen ▪ Dienstplanmäßige Freistellung für Schulungen ▪ Einrichtung von mehrsprachigen Ordinationszeiten/Sprechstunden in Ambulanzen und Arztpraxen ▪ Einrichtung von interkulturellen FachberaterInnen (Idealfall) ▪ Schaffung finanzieller Anreize ▪ Erarbeitung eines entsprechenden Curriculums ▪ Installierung eines entsprechenden Lehrganges bzw. Erstellung eines Ausbildungskonzeptes

Zuständigkeiten	Träger von Sozial- und Gesundheitseinrichtungen
Messgrößen	▪ Anzahl/Umfang der Module laut Aus-/Weiterbildungsplänen zu interkulturellen Themen ▪ Anteil des Personals, das eine spezifische Fortbildung besucht hat
Ressourcenbedarf	erhöhter Personal- und Sachaufwand für Schulungen, doch infolge auch Einsparungen durch den gezielten Einsatz von interkulturellem bzw. mehrsprachigem Personal
Zeitraumen	mittelfristig bis langfristig (3- 5 Jahre)

Maßnahme GS5**Unterstützung der multikulturellen Teamarbeit in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sowie im Sozialarbeitsbereich**

Zielsetzung	Durch das eingespielte Zusammenwirken von in- und ausländischem Gesundheitspersonal, Pflegepersonal und SozialarbeiterInnen kann effizienter geholfen werden
Kurzbeschreibung	Teambuilding und Teamcoaching von multikulturellen Teams zur Vermeidung interkultureller Konflikte und Förderung von Synergien
Zielgruppe	best. Gesundheitspersonal, Pflegepersonal und Personal von Sozialinstitutionen (In- und AusländerInnen)
Aktivitäten Projektschritte	▪ Erarbeitung von entsprechenden Trainings- und Coachingangeboten ▪ Verankerung von Trainings im Weiterbildungsbereich sowie in Ausbildungsprogrammen im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich
Zuständigkeiten	Träger von Gesundheits-, Pflege- und Sozialeinrichtungen
Messgrößen	MitarbeiterInnen- Zufriedenheit des Gesundheits- und Sozialpersonals
Ressourcenbedarf	erhöhter finanzieller Aufwand für Schulungen, doch infolge auch Einsparungen durch Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, effiziente Behandlung, Betreuung etc.
Zeitraumen	mittelfristig bis langfristig (3 - 5 Jahre)

Maßnahme GS6**Verbesserung des Disease- Managements sowie des Aufnahme- und Entlassungsmanagements in Krankenhäusern**

Zielsetzung	Verbesserung des Qualitätsmanagements in der Behandlung und Betreuung von PatientInnen mit Migrationshintergrund
Kurzbeschreibung	Durch qualifizierte Beratung und Information von PatientInnen mit Migrationshintergrund bei der Aufnahme und Entlassung im Krankenhaus über Betreuungsleistungen danach (z.B. Hauskrankenpflege) können Pflegenotstände bzw. Folgekrankheiten vermieden werden. Weiters sollen PatientInnen bzw. deren Angehörige während des Krankenhausaufenthaltes umfassend über das Krankheitsbild und mögliche Behandlungsformen informiert werden. Anmerkung: Bei Kommunikationsinhalten, die rechtliche Folgen haben können, wird empfohlen DolmetscherInnen mit entsprechender Qualifikation einzusetzen.
Zielgruppe	best. Gesundheitspersonal (In- und AusländerInnen)
Aktivitäten Projektschritte	▪ Evaluierung des bestehenden Zustandes sowie Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen ▪ Erstellung eines entsprechenden Qualitätssicherungskonzeptes ▪ Schulungen für das Gesundheitspersonal anbieten
Zuständigkeiten	Träger von Gesundheitseinrichtungen
Messgrößen	▪ Zufriedenheit der KundInnen mit migrantischem Hintergrund ▪ Überarbeitung der Qualitätssicherungsinstrumente im Sinne der Zielsetzung
Ressourcenbedarf	erhöhter finanzieller Aufwand für Schulungen, doch infolge auch Einsparungen durch Vermeidung von Doppelgleisigkeiten, effiziente Behandlung, Betreuung etc. Kosten für Konzepterstellung, Schulungen und Evaluierungen)
Zeitraumen	mittelfristig bis langfristig (3 - 5 Jahre)

5.5. Wohnen

Zahlen und Fakten

Die Wohnverhältnisse in Niederösterreich divergieren deutlich nach Staatsangehörigkeit. Laut Statistik Austria lebten im Jahr 2001 knapp 87 Prozent der ÖsterreicherInnen in Wohnungen der Kategorie A, knapp 3 Prozent in Wohnungen der Kategorie D, d. h. ohne Wasserinstallation in der Wohnung. Von den türkischen StaatsbürgerInnen hingegen lebten nur 51 Prozent in Wohnungen der Kategorie A, hingegen 15 Prozent in solchen der Kategorie D. Ein ähnliches Bild zeigt sich für Angehörige von Staaten des ehemaligen Jugoslawien.

STRATEGISCHER WEG 1**Weg der Gestaltung****Maßnahme W1****Durchführung eines Architekturwettbewerbs (multidisziplinäre Zusammensetzung der Wettbewerbsteams) als Pilotprojekt für den Bau einer Wohnhausanlage, die Integration fördert**

Zielsetzung Ermöglichung von Partizipation und Berücksichtigung der sozialen Vielfalt im Wohnbau und der Zusammensetzung der NutzerInnen

Kurzbeschreibung Planung einer Wohnhausanlage, die Integration fördert. Aus Sicht der AG „Wohnen“ sollen folgende Punkte berücksichtigt werden:

- großzügige Freiraumgestaltung mit Möglichkeiten der Kommunikation als Kinderspielplatz, Familien-, Jugendtreffpunkt
- allfällige Freizeiteinrichtungen wie Schwimmteich oder Sporteinrichtungen, die keiner aufwendigen Pflege bedürfen (Basketballplatz u.ä.)
- Geschäfte der BewohnerInnen in der Anlage (Lebensmittellieferung, Café)
- einige Wohnungen, die an die derzeit vorherrschende Großfamiliensituation angepasst sind
- Augenmerk soll auf Leistbarkeit gelegt werden
- möglich, dass eine solche Wohnhausanlage auf mehrere Standorte in der näheren Umgebung aufgeteilt ist
- eine Stadt erscheint für ein solches Projekt geeignet

Es wurde lang diskutiert, ob es kulturtypische Wohnbedürfnisse der MigrantInnen gibt. Dies wurde in den Diskussionen mit AG-Mitgliedern mit migr. Hintergrund verneint. Es wurde auch eine Befragung im migr. Umfeld durchgeführt, die dieses Ergebnis brachte. Aus der Erkenntnis, dass es keine ausgeprägten kulturtypischen Wohnbedürfnisse der MigrantInnen gibt, und dem Ziel integrationsfördernd zu wirken, muss eine solche Wohnhausanlage für alle BewohnerInnen (MigrantInnen, NichtmigrantInnen) offen stehen und es darf keine Bevorzugung aufgrund der Herkunft geben. Nach Meinung der AG würde das Verhältnis 9:1 das bundesweite Verhältnis abbilden.

Für ein Integrationsprojekt scheint dieses Verhältnis jedoch zu wenig, ideal wäre das Verhältnis 2:1 (Österr. – Österr. mit migr. Hintergrund)

Zielgruppe	Migrantische Organisationen, Gemeinden, Land Niederösterreich
Aktivitäten	Planung und Durchführung des Pilotprojektes
Projektschritte	Evaluierung und Empfehlungen
Zuständigkeiten	Das Land NÖ als Auslober und in weiterer Folge als Förderungsgeber (Die Durchführung eines Wettbewerbes ist eine Auslobung gemäß § 860 ABGB). Städte und Gemeinden könnten den Wettbewerb ebenfalls mit Unterstützung des Landes durchführen.
Messgrößen	Ausführung und Evaluierung des Wettbewerbs als Pilotprojekt in Niederösterreich
Ressourcenbedarf	Aus dem Landesbudget sind zur Förderung des Wettbewerbs ca. € 100.000,-- zur Verfügung zu stellen.
Zeitraumen	Der Wettbewerb könnte innerhalb von zwei Jahren durchgeführt werden

STRATEGISCHER WEG 2**Weg der Vermittlung****Maßnahme W2****Schaffung eines MediatorInnenpools (interkulturelle Mediation)**

Zielsetzung	Ziel ist die Konfliktprävention und Lösung von Konflikten, die im Wohnumfeld entstehen
Kurzbeschreibung	Es ist ein Anliegen der Hausverwaltungen, HausbesitzerInnen oder der BewohnerInnen selbst, Konflikte, die im Zusammenhang mit dem Zuzug von MigrantInnen entstanden sind, professionell zu lösen. Geeignete MediatorInnen sollten daher an zentraler Stelle erfragt werden können. Das derzeit seine Tätigkeit aufnehmende NOE Wohnservice könnte auf seiner Homepage eine Liste von MediatorInnen veröffentlichen. Betroffene könnten sodann einen für sie geeignet erscheinenden Mediator (Region, besondere Kenntnisse) auswählen und direkt mit diesem Kontakt aufnehmen.
Zielgruppe	Angesprochen sind die o.a. Hausverwaltungen, HausbesitzerInnen u.ä., die so erleichtert Zugang zu Konfliktlösungsmöglichkeiten finden. Das Angebot zur Veröffentlichung der Daten richtet sich an MediatorInnen.
Aktivitäten	▪ Einrichtung eines MediatorInnenservice
Projektschritte	▪ Überprüfung der interkulturellen Qualifikation der im Pool einbezogenen MediatorInnen ▪ Einrichtung einer Kerngruppe (MediatorInnen, Hausverwaltung, ...)
Zuständigkeiten	Das NOE Wohnservice GmbH im Eigentum des Landes NÖ führt diese Aktivitäten durch. Land NÖ
Messgrößen	Tatsächliche Einrichtung eines MediatorInnenpools
Ressourcenbedarf	Landesressourcen
Zeitraumen	6 Monate

STRATEGISCHER WEG 3**Weg der Information****Maßnahme W3****Infomaßnahmen, dass auch ländliche Gemeinden als Wohnort für MigrantInnen attraktiv sind**

Zielsetzung	Ziel der Maßnahme ist, MigrantInnen zu informieren, dass ländliche Gemeinden auch attraktive Wohnorte sein können und im Hinblick auf die Integration Vorteile bieten
Kurzbeschreibung	In Städten ist aufgrund ihrer Größe die Gefahr der „Inselbildung“ (Parallelgesellschaft) und Nichteinbindung in das öffentliche Leben größer als in überschaubaren Orten. Auch findet eine großflächigere Durchmischung statt. Eine Maßnahme, die Ansiedlung zu fördern ist insbesondere die Möglichkeit des Eigentumserwerbs von Einfamilienhäusern oder deren Errichtung auf eigenem Grund einfacher zu machen. In diesem Zusammenhang ist auf ein entsprechendes Verhältnis zwischen Einheimischen und ZuwanderInnen im Sinne sozialer Verträglichkeit zu achten.
Zielgruppe	▪ Land Niederösterreich ▪ Energieberatung, „Ortsbildpflege“ des Landes Niederösterreich ▪ Gemeinden
Aktivitäten Projektschritte	▪ Ermöglichung des Zugangs von Drittstaatsangehörigen zu Wohnbauförderungen bei der Errichtung von Eigenheimen im Eigentum und beim Erwerb von Wohnungen im Wohnungseigentum. → Änderung der Förderkriterien ▪ Information über ökologisches und funktionales Bauen, Energieberatung u.ä. ▪ Information über die Gemeinde durch die „Willkommensmappe“ und den zuständigen PolitikerInnen in Gemeinden für den Themenbereich „Integration von ZuwanderInnen“ ▪ Wohnbauträger verweisen bei Nachfragen im städtischen Bereich auch auf ihre Objekte im ländlichen Gebiet → Informationspolitik → Fokus auf ZuwanderInnen

Zuständigkeiten	▪ Förderungsrichtlinien werden vom Land Niederösterreich gestaltet ▪ Energieberatung, ökologisches funktionales Bauen – Beratung erfolgt derzeit durch „Ortsbildpflege“ des Landes Niederösterreich ▪ Die Gemeinden können Information über ihr Gemeindeleben geben
Messgrößen	Steigen der Ansiedlungen von MigrantInnen in ländlichen Gemeinden Niederösterreichs
Ressourcenbedarf	Bei der Eigenheimförderung wird es zu keinem signifikanten Mehrbedarf kommen. Die anderen Maßnahmen existieren zum Teil bereits und müssen nur für die MigrantInnengruppen zugänglich werden.
Zeitraumen	Nach 5 Jahren sollte ein Trend beobachtbar sein

Weitere Maßnahme:

Hilfestellung bei der Durchsetzung bestehender Gesetze

Ziel: Verhinderung von Diskriminierung bei Wohnungsvergaben durch Information über Mieterschutzverbände, Rechtshilfeeinrichtungen (Kammern), Parteienverkehr am Bezirksgericht und Bauberatung der Landesregierung (Abteilung allgemeiner Baudienst -BD1)

5.6. Arbeit und Wirtschaft

Zahlen und Fakten

Die *Arbeitslosenquote* für Niederösterreich lag für das Jahr 2005 bei 7,4 Prozent. Differenziert nach Staatsangehörigkeit zeigt sich, dass die Arbeitslosenquote von AusländerInnen um 2,2 Prozentpunkte höher lag: Die Arbeitslosenquote von nicht österreichischen Staatsangehörigen betrug 9,4 Prozent, diejenige der österreichischen Staatsangehörigen im Vergleich 7,2 Prozent.

Fast $\frac{3}{4}$ der bewilligungspflichtig Beschäftigten (AusländerInnen) sind laut den Daten des AMS Niederösterreich in den *Wirtschaftszweigen* Fremdenverkehr, Bauwesen, Land- und Forstwirtschaft, div. Produktionsbereichen, unternehmensbezogenen Dienstleistungen, Einzel- und Großhandel beschäftigt. Es handelt sich dabei durchwegs um Wirtschaftszweige mit niedrigem Lohnniveau (Ausnahme Bauwesen) und geringer Arbeitsplatzsicherheit.

Auswertungen auf Basis der Volkszählung 2001 zur Erwerbsquote in 243 niederösterreichischen Gemeinden, die das IKF im Rahmen einer repräsentativen Studie in Niederösterreich durchgeführt hat, ergeben außerdem Folgendes: Die Erwerbsquote der Drittstaatenangehörigen lag demnach in Niederösterreich im Jahr 2001 bei knapp 62 Prozent und damit deutlich höher als die allgemeine Erwerbsquote, die 44,2 Prozent betrug. Selbst wenn die unterschiedliche Altersstruktur der migrantischen Bevölkerung berücksichtigt wird, ist noch immer von einer Asymmetrie auszugehen.

STRATEGISCHER WEG 1**Kommunikation****Maßnahme AW1****Integrationsplattform Arbeit und Wirtschaft**

Zielsetzung	Verbesserung der Kommunikationswege zwischen den Organisationen, die mit dem Thema „Integration von ZuwanderInnen“ am Arbeitsplatz beschäftigt sind
Kurzbeschreibung	Forum von Organisationen und Vereinen (NGOs), die Erfahrungen und Neuerungen betreffend Personen mit Migrationshintergrund austauschen. Austausch von Informationen und Erfahrungen zwischen Verwaltungsstellen, Organisation, Vereinen (NGOs) und MigrantInnen in Meetings und auf elektronischem Weg.
Zielgruppe	▪ AMS ▪ Wirtschaftskammer ▪ Arbeiterkammer ▪ NGOs – Betreuungseinrichtungen ▪ NÖ Flüchtlingskoordinationsstelle ▪ Abteilung Sozialhilfe GS5 ▪ IVW1 ▪ ZuwanderInnenvereinigungen (es sollen betroffene regionale Stellen bei bestimmten Überlegungen miteinbezogen werden können)
Aktivitäten Projektschritte	▪ Bedarfserhebung (was benötigen Personen mit Migrationshintergrund, Wirtschaft, BeraterInnen) ▪ Ansprechen und Erheben von aktuellen (regionalen) Überlegungen, Schwierigkeiten und Entwicklung sowie Austausch von Umgangs- und Umsetzungsstrategien ▪ Informationsangebote der unter Pkt. 3 angesprochenen Organisationen in den Muttersprachen der MigrantInnengruppen ▪ Einrichtungen von ausreichenden Dolmetschdiensten in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen (▪ Territoriale Beschäftigungsprojekte hinsichtlich der Lösung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsproblemen
Zuständigkeiten	Verantwortungszuschreibung betr. Organisation

Messgrößen	▪ Zufriedenheit der TeilnehmerInnen mit den Aktivitäten der Integrationsplattform ▪ Nutzung, Annahme und/oder Teilnahme an der Arbeitsgruppe ▪ Konnten Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden?
Ressourcenbedarf	▪ Jährliche Treffen ▪ KoordinatorIn
Zeitraumen	Ende 2008

STRATEGISCHER WEG 2**Weg der Förderung der Qualifizierung und (einer möglichst produktiven) Beschäftigung****Maßnahme AW2****Aktive Qualifizierungspolitik**

Zielsetzung	Strukturierte Erfassung und Förderung von vorhandenen fachlichen Kompetenzen von ZuwanderInnen sowie Festschreibung von interkultureller Kompetenz im Qualifizierungsbereich
Kurzbeschreibung	Die Maßnahme zielt auf: ▪ Bestmögliche Nutzung von vorhandenen Ressourcen von Personen mit Migrationshintergrund durch Teilnahme an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen ▪ Produktive Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund (gleiches Einkommen bei gleicher Tätigkeit) ▪ Fortbildung in „Interkultureller Kompetenz“ für BeraterInnen, laufende Qualitätssicherung ▪ Interkulturelle Kompetenz als Kriterium für die Auswahl von Qualifizierungseinrichtungen festschreiben
Zielgruppe	Personen mit Migrationshintergrund, AMS, Land NÖ, Anbieter von Qualifizierungsmaßnahmen, UnternehmerInnen, Betreuungseinrichtungen (NGOs), ZuwanderInnenvereinigungen, Wirtschaftskammer (Studie zur Potenzialnutzung in Unternehmungen)
Aktivitäten Projektschritte	▪ Erhebung der Ressourcen (Ausbildungen, erworbenes Wissen und Fertigkeiten (AMS)) ▪ Erhebung der Problemlagen bei Nostrifikationen (Verfahrensdauer, Kosten) (Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und Land NÖ) ▪ Festschreibung von Wegen zu verkürzter Qualifizierung (bspw. zum/zur FacharbeiterIn) (Bund – BMWA, Land NÖ setzt diesbzgl. Anfragen an den Bund) ▪ Ausbau der bedarfsgerechten Qualifizierung für Personen mit Migrationshintergrund (AMS Land NÖ) ▪ Quote für Qualifizierungsmaßnahmen für Personen mit Migrationshintergrund gemäß dem Anteil der Arbeitssuchenden

	(AMS) ▪ Qualifizierungsberatung für Personen mit Migrationshintergrund ▪ Etablierung von interkultureller Kompetenz als Ausschreibungskriterium für Qualifizierungsmaßnahmen durch das AMS ▪ Schulungen „Interkulturelle Kompetenz“ für involvierte BeraterInnen ▪ Sensibilisierung von UnternehmerInnen durch Initiierung einer Studie über die Nutzung des vorhandenen Potenzials ihrer MitarbeiterInnen. ▪ Installierung und bedarfsorientierte Entwicklung von Projekten zur Unterstützung der möglichst produktiven beruflichen Integration von MigrantInnen in koordinierter Kooperation der beteiligten Organisationen sowie deren gemeinsamen Finanzierung (Land, AMS, Gemeinde).
Zuständigkeiten	▪ Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft; Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Bundesministerium für Inneres ▪ AMS ▪ Zuständiges Landesregierungsmitglieder für Arbeit und Wirtschaft
Messgrößen	▪ TeilnehmerInnen mit Migrationshintergrund an fachlichen Schulungsmaßnahmen ▪ Evaluierung der Ergebnisse von Qualifizierungsmaßnahmen (Einstieg in den Arbeitsmarkt? In adäquaten Anstellungsverhältnissen?) ▪ Interkulturelle Kompetenz bei Auftragsvergabe von Qualifizierungsmaßnahmen
Ressourcenbedarf	▪ Erhöhter Schulungsaufwand für MitarbeiterInnenschulungen ▪ Erhöhter Bedarf von Zeitressourcen bei AMS-Beratungsgesprächen ▪ Finanzielle Ressourcen für Erhebungen in Bezug auf Nostrifizierungsthematik
Zeitraumen	mind. 3-4 Jahre

STRATEGISCHER WEG 3**Teilhabe in den Interessensvertretungen****Maßnahme AW3**

Teilhabe von MigrantInnen in Interessenvertretungen

Zielsetzung	Proportionale Beteiligung von MigrantInnen in den betrieblichen und überbetrieblichen Interessenvertretungen
Kurzbeschreibung	Initiierung von verstärkter Repräsentanz von MigrantInnen in überbetrieblichen und betrieblichen Interessensvertretungen und verstärkte Information für MigrantInnen über Partizipationsmöglichkeiten.
Zielgruppe	▪ Betriebliche und überbetriebliche Interessensvertretungen ▪ UnternehmerInnen ▪ AK
Aktivitäten Projektschritte	▪ Initiierung einer Impulsveranstaltung zur Thematisierung der Teilhabe an den jeweiligen Interessenvertretungen ▪ durch den/die zuständige PolitikerIn ▪ Etablierung einer Arbeitsgruppe zur Initiierung von Aktivitäten zur Partizipation von MigrantInnen in den Interessenvertretungen. ▪ Zurverfügungstellung von Information für MigrantInnen durch Organe der Interessensvertretung über Partizipation an betrieblichen und überbetrieblichen Interessensvertretungen (ArbeitgeberInnen- ArbeitnehmerInneninteressenvertretung) ▪ Unterstützung der Partizipation von MigrantInnen gemäß der Verhältniszahlen der MitgliederInnen in den Interessenvertretungen ▪ Bewerbung von Schulungsangeboten und im Rahmen einer Quote bevorzugte Einbeziehung von MigrantInnen als Vorbereitung einer aktiven Teilnahme und Mitarbeit im sozialpartnerschaftlichen System.
Zuständigkeiten	▪ Zuständige PolitikerIn ▪ Österreichischer Gewerkschaftsbund ▪ Wirtschaftskammer ▪ AK

Messgrößen	▪ Steigende Repräsentanz von MigrantInnen in Interessensvertretungen ▪ Anzahl der Maßnahmen/Veranstaltungen/vorhandenes mehrsprachiges Informationsmaterial zum Thema Interessensvertretung für ZuwanderInnen ▪ Zustandekommen der Arbeitsgruppe zur Initiierung von Aktivitäten zur Partizipation und Anzahl und Art der durchgeführten Aktivitäten
Ressourcenbedarf	▪ Auftaktveranstaltung / Kick-off für 50 Personen € 1.000 – 2.000,-- ▪ Arbeitszeit und Aufwand (Räumlichkeit/Zeitressourcen) für regelmäßige Treffen der Plattform ▪ Erstellung von mehrsprachigem Informationsmaterial (Arbeitszeit, Dolmetschkosten, Druckkosten, Veröffentlichungen in den Medien) ▪ Aufwendungen in den Interessenvertretungen zur Unterstützung des Anliegens
Zeitraumen	4 Jahre

Weitere Maßnahmen:

- Erstellung einer Informationsbroschüre über modellhafte Lösungsansätze für Problemstellungen am Arbeitsmarkt.

5.7. Zusammenleben in Gemeinde und Region

Viele Menschen sehnen sich nach einem respektvollen und wertschätzenden Umgang miteinander in ihren Nachbarschaften und Gemeinden, denn das gibt Kraft. Konflikte dagegen rauben Energie.

In den letzten Jahrzehnten kam es in vielen Gemeinden zu spürbaren Veränderungen der Wohnbevölkerung durch Zuzug. „Zuagroaßte“ wie MigrantInnen fanden ein neues Zuhause in diesen Gemeinden, oft mit starker sozialräumlicher Konzentration in bestimmten Ortsteilen. Es ist nun für alle eine große Herausforderung über die Grenzen der eigenen sozialen Gruppe hinweg auf andere zuzugehen. Um diesen laufenden Integrationsprozess in den Gemeinden im Sinn einer positiven Entwicklung zu unterstützen, wurden folgende Maßnahmen ausgearbeitet.

STRATEGISCHER WEG 1**Einbindung von MigrantInnen in Gemeinde und Region
(Wie sind Landesleitbilder in Kommunen umzusetzen)****Maßnahme ZGR1****Erarbeitung kommunaler Integrationsleitbilder/Integrationskonzepte**

Zielsetzung	Einbindung von MigrantInnen in Gemeinde und Region sowie Förderung von Bewusstseinsbildung und Kommunikation.
Kurzbeschreibung	Durch die Erstellung von Integrationsleitbildern soll ein wichtiger Prozess der Auseinandersetzung in den Gemeinden stattfinden, die Richtung und die Gewichtung/Prioritäten wählen die Gemeinden. Initiatoren können neben den Gemeinden selbst Institutionen, Gruppierungen oder Vereine in Zusammenarbeit mit den Gemeinden sein
Zielgruppe	KommunalvertreterInnen (Gemeinde oder Kleinregionsebene)
Aktivitäten Projektschritte	▪ Erarbeitung von Integrationsleitbildern/Integrationskonzepten durch NÖ Gemeinden. Output sind Leitbilder bzw. Konzepte mit messbaren Zielen, Umsetzungsprojekten sowie klaren Zuständigkeiten bezüglich Umsetzungsprozesse. Kriterien bezüglich Minimalanforderungen an Leitbildprozesse sind zu erarbeiten (Bürgerinformation, Einrichtung von Arbeitsgruppen, Erfassung und Analyse des Ist-Zustandes unter Einbindung fachlich kompetenter Institutionen) ▪ Information durch die Koordinationsstelle, Integrationsbeauftragte/r des Landes sowie eventuell vorhandene regionale Netzwerke ▪ Schaffung eines Fördertopfs durch das Land Niederösterreich zur Unterstützung der Leitbildprozesse. Zuständigkeiten für die Erarbeitung von Förderkriterien sind festzulegen.
Zuständigkeiten	Gemeinde oder Region Schwerpunkthemen analog zum Landesintegrationsleitbild, bei gleichzeitiger Reduktion auf den Kompetenzbereich der Gemeinden – keine Landeskompetenzen .

Messgrößen	Integrationskonzepte bzw. Integrationsleitbilder in 50 Gemeinden (in Umsetzung) mit über 10% Anteil an AusländerInnen
Ressourcenbedarf	Die Erstellung von Integrationsleitbildern für etwa 50 NÖ Gemeinden mit über 10% AusländerInnenanteil wird in den nächsten Jahren angestrebt. Dazu sind Förderrichtlinien auszuarbeiten.
Zeitraumen	Erarbeitung von Richtlinien für Integrationsleitbilder/-konzepte bis Sommer 2008; Erarbeitung und Umsetzung der 50 Leitbilder bis 2020

Maßnahme ZGR2**Einrichtung eines Fördertopfs für Kleinprojekte durch das Land Niederösterreich**

Zielsetzung	Unterstützung und Förderung von Aktivitäten aktiver Gruppen in Gemeinden im Rahmen der Integrationsarbeit
Kurzbeschreibung	Förderung von Kleinprojekten und interkulturellen Aktivitäten im Rahmen des kommunalen bzw. regionalen Integrationsprozesses in Niederösterreich, die von aktiven BürgerInnen und/oder Vereinen geplant und durchgeführt werden.
Zielgruppe	GemeindevertreterInnen, Vereine und engagierte BürgerInnen
Aktivitäten Projektschritte	Einrichtung eines Fördertopfs, Festlegung des Gesamtbudgetrahmens und der möglichen Zuschusshöhe je Projekteinreichung
Zuständigkeiten	Land Niederösterreich
Messgrößen	Fördertopf für kommunale und regionale Kleinprojekte ist eingerichtet
Ressourcenbedarf	€ 100.000.-
Zeitraumen	Beginn: Mitte 2008

STRATEGISCHER WEG 2**Bewusstseinsbildung und Kommunikation****Maßnahme ZGR3****Etablierung eines Netzwerkes „Integration Industrieviertel“**

Zielsetzung	Integration zum Thema machen und über konkrete Vorgangsweisen informieren, Ideen verbreiten und Aktivitäten koordinieren
Kurzbeschreibung	Netzwerk ermöglicht präventives Arbeiten, bisher handeln Gemeinden oft sehr reaktiv („Wenn’s brennt, dann wird was getan“) Es ist Drehscheibe und Plattform (Koordination, Information, Erstberatung) – im Netzwerk findet ein reger Informationsaustausch mit „best practice“-Beispielen unter den Gemeinden statt sowie fachliche Anregungen durch Veranstaltungen Exkursionen und Beratung
Zielgruppe	Gemeinden, Dorferneuerungsvereine und engagierte BürgerInnen
Aktivitäten	▪ Info und Beratung von Gemeinden
Projektschritte	▪ Veranstaltungen und Exkursionen ▪ Plattform im Internet/Infomails etc.
Zuständigkeiten	NÖ Dorf- und Stadterneuerung, Regionalbüro Industrieviertel
Messgrößen	Anzahl der teilnehmenden Gemeinden
Ressourcenbedarf	Netzwerksbetreuung abgedeckt, Gemeindebeiträge analog zur Dorferneuerung vorgesehen
Zeitraumen	Regionales Netzwerk (für 2008-2009 angedacht in der NÖ. Dorferneuerung)

Weitere Maßnahmen:

- Etablierung eines Netzwerkes „Integration“ im Rahmen der NÖ Stadterneuerung
- Aktivierung der Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf Integrationsthemen in den Gemeinden (Gemeindezeitung, Webpages der Gemeinden, ...)
- Einrichtung von Partnerschaften einheimischer Familien und zugezogener Familien zur Unterstützung der kommunalen Integrationsarbeit
- Planung und Durchführung von Themenwochen (gemeinsamen Projekten) unter Einbeziehung der in den jeweiligen Kommunen ansässigen migrantischen Bevölkerung
- Gegenseitiger Informationsaustausch über Vereinsaktivitäten sowie Planung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten (Sportverein, Feuerwehr, Kulturvereine (migrantische und einheimische))
- Wechselseitige Einladung/Mitwirkung von Einheimischen und MigrantInnen zur Arbeit für Vereine und Organisationen.
- Bewusstseinsbildung durch Begegnungs-, Dialog- und Informationsforen sowie Veranstaltungen
- Befassung der örtlichen- und der Landesraumordnung mit dem Thema „MigrantInnen-SiedlerInnenanteil“ mit dem Ziel, zu einer – im Sinne einer sozialpsychologischen Betrachtungsweise - gut durchmischten Bevölkerungsstruktur zu kommen.

6. Der Leitbildprozess – Organisation und Verlauf

Ziel des Leitbildprozesses war die Entwicklung eines potenzial- und ressourcenorientierten Modells sowie wirksamer Umsetzungsstrategien, die einen wichtigen Beitrag zur Strategie „Gleichwertige Lebensbedingungen für alle gesellschaftlichen Gruppen in NÖ“ leisten können.

Die Prozessarbeit orientierte sich

- an der Erarbeitung von Leitlinien für Politik und Verwaltung in Bezug auf die Integration von MigrantInnen, die zukünftig als Maßstab für die Integrationspolitik generell (Schaffung von Rahmenbedingungen, Regelungen, Strukturen etc.) sowie als Orientierung für die konkrete Integrationsarbeit in den einzelnen Politikfeldern gelten sollen
- und an der anspruchsvollen Vision „Zusammenleben in NÖ“, die sowohl individuellen, zielgruppenspezifischen sowie gesamtgesellschaftlichen Vorstellungen Rechnung trägt bzw. die dafür notwendigen strukturellen Entwicklungsschritte aufzeigt.

Das „Integrationsleitbild Niederösterreich“ wurde deshalb in einem partizipativen Prozess mit allen relevanten AkteurInnen erarbeitet, die Qualität des Ergebnisses steht in direktem Zusammenhang mit der aktiven Beteiligung aller Mitwirkenden.

Zur Mitarbeit wurden VertreterInnen aus öffentlichen Einrichtungen, Interessensvertretungen, Gemeindevertreterverbände aller politischen Parteien, Religionsgemeinschaften, NGOs, MigrantInnenorganisationen eingeladen.

Um die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten – städtische Bereiche, regionale Gegebenheiten (Bezirke, Gemeinden) - in den Ergebnissen zu garantieren, wurden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen in fünf Regionaltagungen diskutiert und Impulse aus den Regionen in die weitere Prozessarbeit miteinbezogen.

Um die Anschlussfähigkeit und reale Umsetzbarkeit der Ergebnisse in Politik und Verwaltung zu gewährleisten, wurde besonders auf eine Angemessenheit der vorgeschlagenen Maßnahmen Bedacht genommen.

6.1. Projektarchitektur

6.1.1. Arbeitsgruppen

Um Integration zu einem gesamtgesellschaftlichen Anliegen zu machen, gilt es gelungene Ansätze der potenzial- und ressourcenorientierten Integrationsarbeit hervorzuheben, bestehende Benachteiligungen und faktische Diskriminierung zugewanderter Personen aufzuzeigen bzw. Integrationskompetenzen der Aufnahmegesellschaft weiterzuentwickeln. Dies gilt insbesondere für die Bereiche

- Politik und Verwaltung (einschließlich Sicherheit, Partizipation, Gleichstellung)
- Erziehung und Bildung
- Kultur, Begegnung und Kommunikation
- Gesundheit und Soziales
- Wohnen
- Arbeit und Wirtschaft
- Zusammenleben in Gemeinde und Region

Für diese Politikbereiche wurden Arbeitsgruppen eingerichtet

6.1.2. Steuerungselemente

Projektgruppe

Die Projektgruppe setzte sich aus VertreterInnen wichtiger Interessensgruppen zusammen (VertreterInnen der Politik, der Verwaltung und Nicht-Regierungsorganisationen aus dem Bereich Integration und VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen), die die Ergebnisse der Arbeitsgruppen diskutierten und ihre institutionelle Anschlussfähigkeit bewerteten.

Die LeiterInnen der Arbeitsgruppen waren Teil der Projektgruppe.

Steuergruppe

Die Steuergruppenzusammensetzung wurde zu Prozessbeginn vom Auftraggeber und der Landesakademie als koordinierende Stelle im Leitbildentwicklungsprozess festgelegt und mit je einer/m Delegierten des Auftraggebers, der Landesakademie Niederösterreich, der Abteilungen Sozialhilfe und Staatsbürgerschaft des Verwaltungsbereichs der Landesregierung, einem Vertreter der Landesamtsdirektion und einer Migrantin als Vertreterin der involvierten migr. Organisationen besetzt. Diese Personen stellten das Leitungsgremium des Leitbildprozesses dar, welches die Letztverantwortung für das Ergebnis im Sinne der strategischen Prozessarbeit inne hatte.

Die Steuergruppe führte den Dialog mit VertreterInnen des Auftraggebers über den Prozessfortgang und den erarbeiteten Teilergebnissen des Leitbildentwicklungsprozesses.

Prozesskoordination und Prozessberatung

Der Leitbildentwicklungsprozess wurde von der Niederösterreichischen Landesakademie koordiniert. Sie war Teil der Steuergruppe und hatte die Sicherung der erarbeiteten Ergebnisse und die Zusammenführung dieser zu einem Gesamtkonzept zur Aufgabe.

Der Steuergruppe und der Prozesskoordination stand als beratende Institution das „Interkulturelle Zentrum“ zur Seite, welches seinerseits ein Beratungssystem aus der ÖAR Regionalberatung GmbH, dem Institut für Konfliktforschung und der Donau-Universität Krems installierte.

6.2. Strukturdaten

Zu Beginn des Leitbildentwicklungsprozesses wurde der Ist-Zustand im Land Niederösterreich bezüglich Integrationsbedingungen erhoben, um die Ausgangsposition für die Erstellung des Leitbildes und der verschiedenen Maßnahmen zu verdeutlichen. Dabei ging es sowohl um bestehende/feststellbare Defizite als auch um das Aufzeigen der Wirksamkeit bereits gesetzter Maßnahmen.

Für die Strukturdatenerhebung, die das Institut für Konfliktforschung (IKF) durchgeführt hat, wurden folgende Quellen herangezogen: Daten der Statistik Austria (Volkszählung, Populationsregister), des AMS Niederösterreich, des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, verschiedener Stellen des Landes Niederösterreich, der Magistrate der Statutarstädte sowie punktuell auch Ergebnisse einer IKF-Studie zu Problem- und Bedürfnislagen hinsichtlich Integration in Niederösterreich. Basis für die Herangehensweise der Erhebung waren die vom Institut für Konfliktforschung bereits ausgearbeiteten Integrationsindikatoren. Die Darstellung konzentriert sich auf die sozioökonomische Dimension von Integration.

Weiters wurden vom Interkulturellen Zentrum und der Landesakademie Niederösterreich Gespräche mit einheimischen und migrantischen ExpertInnen aus ausgewählten Politikfeldern geführt.

Den im Leitbildprozess tätigen Arbeitsgruppen wurden die Daten aus der Erhebung sowie die Ergebnisse der ExpertInnen-Interviews als Arbeitsgrundlage zur Verfügung gestellt.

6.2.1. Datenlage

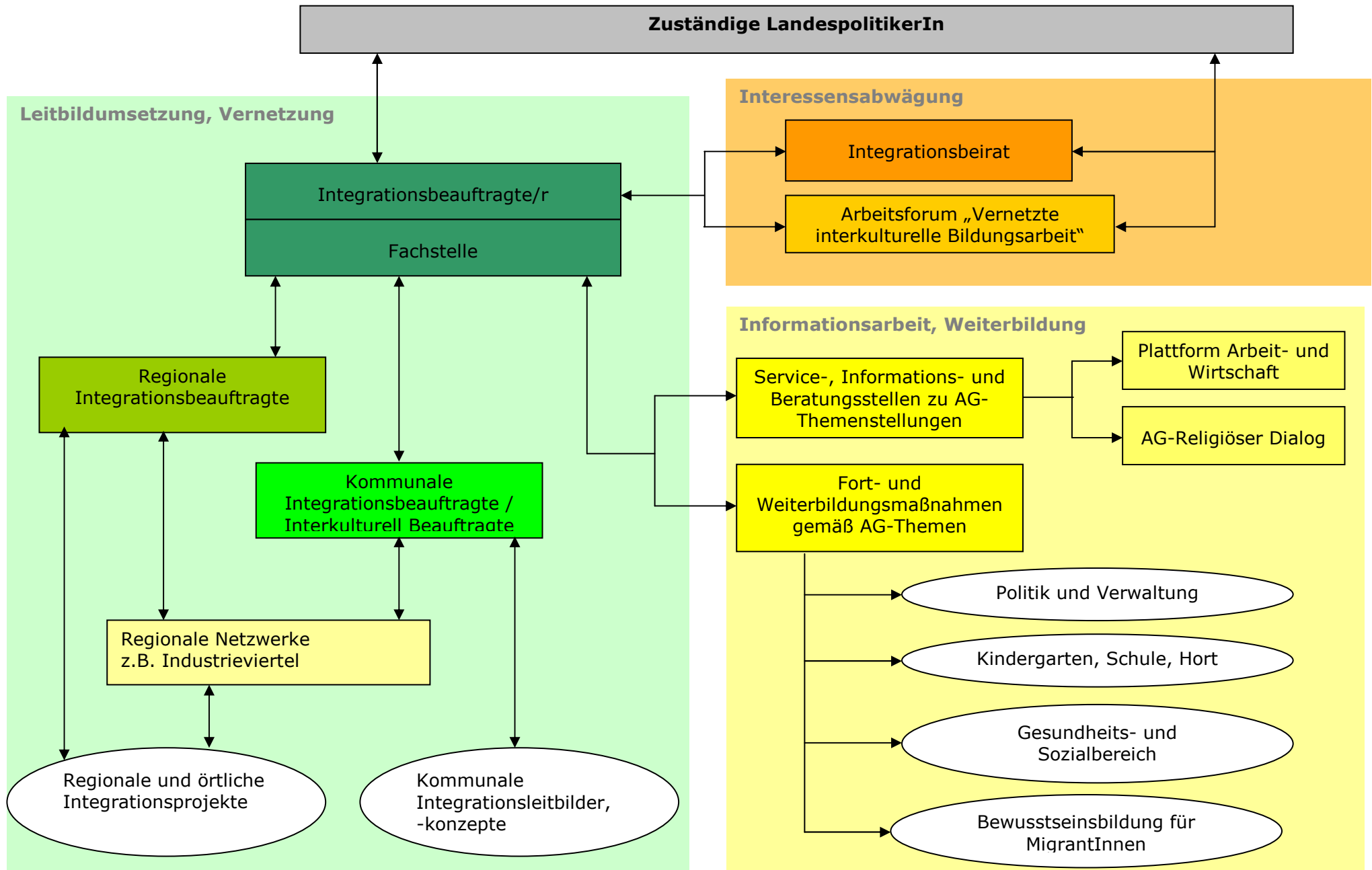
Die dem IKF zur Verfügung stehenden Daten zeigen eine durchgängige Schlechterstellung der Zugewanderten insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeit und Wohnen auf. Die Daten weisen aber auch, etwa im Kindergartenbereich, auf bereits erzielte Erfolge in der Integrationspolitik hin. Statistik allein stellt jedoch keine hinreichende Basis dar, um die Situation der Zugewanderten in Niederösterreich bzw. das Zusammenleben aller EinwohnerInnen fassen zu können, vielmehr müssen die Erfahrungen der ArbeitsgruppenteilnehmerInnen und die konkrete Situation vor Ort/in der Region in die Überlegungen zu Zielsetzungen und Maßnahmen im Leitbild zusätzlich eingebracht werden. So sagt etwa der Anteil der Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft in einer Gemeinde nichts über die Zusammensetzung dieses Personenkreises aus, auch nicht über deren Integrationsempfinden. Zudem verlangen gerade Lebensbereiche, in denen die Datenlage (zumindest auf die Landesebene bezogen) wenig konkrete Anhaltspunkte bietet, nach zusätzlichen Parametern in den Überlegungen nach Verbesserungen des Ist-Zustands.

6.3. Prozess- und Ergebnisevaluierung

Die Evaluierung des Gesamtprojekts der Leitbildentwicklung ist auf ergebnis- wie auch prozessorientierte Aspekte fokussiert, wobei der Schwerpunkt auf die Prozessergebnisse gelegt wurde. Die Evaluierung beschäftigte sich primär mit der Frage, ob und wie die gesteckten Ziele erreicht wurden. Grundlage der Evaluierung stellte verschriftlichtes Material (Protokolle, Memos, Diskussionsergebnisse, verschriftete Befragungen, Maßnahmenkatalog etc.) aus allen Projektmodulen und Arbeitsphasen dar.

Evaluierungsergebnisse werden dem Leitbildprozess-Endbericht als Teil 3 beigelegt.

7. Organigramm zur Umsetzung des Integrationsleitbildes für NÖ



8. Begleitende Organisationen des Leitbildentwicklungsprozesses

die ARGE BERATUNG

INTERKULTURELLES ZENTRUM

Das Interkulturelle Zentrum arbeitet seit 1987 als gemeinnütziger, unabhängiger Verein mit den Schwerpunkten Beratung, Strukturentwicklung und Projektarbeit in folgenden **Tätigkeitsbereichen**:

- **Interkulturelle Bildungsarbeit** auf nationaler wie internationaler Ebene.
Wir führen seit Jahren Lehrgänge, Weiterbildungsseminare, Kurse, TrainerInnenausbildung zu den Themenbereichen interkulturelle Kompetenzen, interkulturelles Lernen, Integration und interkulturelles Konfliktmanagement durch.
- **Integrationsmanagement für Gemeinden**
Wir bieten Beratung, Durchführung von Situationsanalysen, Begleitung bei der Entwicklung von Integrationskonzepten, Bildungsarbeit, Konfliktmanagement im Bereich der Integrationspolitik für Gemeinden an.
- Planung und Durchführung von **internationalen Jugend- und Schulprojekten**
Wir bieten EU-Seminare für Lehrkräfte und MultiplikatorInnen an und führen Pilotprojekte (z.B. in Südosteuropa, Osteuropa) durch.
- Aktivitäten zur Umsetzung **des EU-Programms „Jugend in Aktion“**, (Österreichische Nationalagentur)
- Projekte im Rahmen der Förderlinien der Europäischen Kommission zum Thema „Stärkung der Zivilgesellschaft“ in Süd-Ost- und Osteuropa sowie dem Südkaukasus.

Das MitarbeiterInnen-Team des Interkulturellen Zentrums - bestehend aus 18 MitarbeiterInnen - wird in ihrer Arbeit von einem wissenschaftlichen Beirat unterstützt.

Erfahrungen im Bereich Integrationsmanagement

Von 2002 bis 2005 arbeitete das Interkulturelle Zentrum als einer der hauptverantwortlichen Partner am EQUAL-Projekt „VERSCHIEDENE HERKUNFT – GEMEINSAME ZUKUNFT“.

Das Projekt wurde in vier Gemeinden NÖ (Guntramsdorf, Hainburg, Krems, Traismauer) durchgeführt und umfasste die Entwicklung eines umfassenden Integrationskonzeptes mit vier inhaltlichen Schwerpunkten in jeder der beteiligten Gemeinden:

- 1.) Ausbildung und Anstellung interkultureller MitarbeiterInnen im Kindergartenbereich

- 2.) Verschiedene Weiterbildungsmaßnahmen – wie zum Beispiel ein 3-semesteriger Lehrgang „Interkulturelle Pädagogik“ für KindergärtnerInnen, LehrerInnen und HorterzieherInnen der Gemeinde sowie für KindergarteninspektorInnen auf Landesebene.
- 3.) Entwicklung und Umsetzung eines kommunalen Integrationsleitbildes
- 4.) Wissenschaftliche Begleitforschung – empirische Erhebung von Strukturdaten und Auswertung der Umsetzungsmaßnahmen.

Erfahrungen in der interkulturellen Bildungsarbeit

Die langjährigen Erfahrungen des Interkulturellen Zentrums in der Konzeption und Durchführung von interkulturellen Aus- und Weiterbildungsangeboten haben zur Implementierung des Lehrgangs „Interkulturelle Kompetenz“ geführt.

Dies ist eine 12-tägige Seminarreihe (5 Module zu je 2 Tagen) für MultiplikatorInnen aus den verschiedensten Berufsbereichen (Schule, Sozialarbeit, Kindergarten, Jugendarbeit, Integrationsbereich, Beamte, Polizisten...) mit den Schwerpunktsthemen Migration – multikulturelles Zusammenleben, Integrationspolitik, interkulturelle Kommunikation und interkulturelles Konfliktmanagement.

Aufgabe und Beitrag des Interkulturellen Zentrums

Das Interkulturelle Zentrum (Dr. Rüdiger Teutsch, Mag. Franjo Steiner) leitete den Prozess der Leitbildentwicklung vor Ort, führten Gespräche mit MultiplikatorInnen, moderierten die Projektgruppe und das Arbeitsgruppenvernetzungstreffen, planten und moderierten die öffentlichen Veranstaltungen, nahmen - soweit es notwendig war - an den Arbeitsgruppentreffen teil und begleiteten steuernd den gesamten Prozess.

ÖAR REGIONALBERATUNG GMBH

Die ÖAR Regionalberatung GmbH ist ein national und international tätiges Beratungsunternehmen mit den Schwerpunkten Regionalentwicklung, Tourismusentwicklung, Wirtschaftsentwicklung, Organisationsentwicklung und europäische Integration. Seit ihrem Bestehen hat die ÖAR-Regionalberatung GmbH über 4000 Projekte in diesen Bereichen in Österreich, der Europäischen Union, in den zentral- und osteuropäischen Staaten sowie in Entwicklungsländern abgewickelt. Zu den KundInnen der ÖAR-Regionalberatung GmbH gehören Ministerien,

Landesregierungen, Organe der EU, Regional- und LEADER-Managements, Gemeinden, Vereine, Unternehmen und Non-Profit-Organisationen.

Die ÖAR-Regionalberatung verfügt derzeit über 40 MitarbeiterInnen, von denen 21 GesellschafterInnen des Unternehmens und selbstständige UnternehmensberaterInnen sind.

Die ÖAR-Regionalberatung GmbH hat Bürostandorte in Wien, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark.

Die ÖAR-Regionalberatung GmbH war nach dem EU-Beitritt Österreichs maßgeblich am Aufbau regionaler Strukturen für die Entwicklung und Umsetzung innovativer regionaler Entwicklungsprogramme beteiligt. Aus diesem Grund verfügen die BeraterInnen der ÖAR-Regionalberatung GmbH nicht nur über ausgezeichnete Kenntnisse der regionalen Entwicklungsstrukturen Österreichs, sondern auch über langjährige Arbeitsbeziehungen mit Regional- und LEADER-Managements.

Aufgabe und Beitrag der ÖAR-Regionalberatung GmbH

Die langjährigen Arbeitsbeziehungen zu sämtlichen regionalen Entwicklungsorganisationen in Niederösterreich (Regionalmanagements, LEADER-Gruppen) wurden insbesondere dafür genutzt werden, wichtige MultiplikatorInnen (Regional- und LEADER-ManagerInnen) auf regionaler und lokaler Ebene in den Leitbildentwicklungsprozess einzubinden. Durch diese Einbindung der regionalen und lokalen Ebene in die Leitbilderstellung konnten vor allem folgende zwei positive Effekte generiert werden:

Das Know-how und die Erfahrungen der Regional- und LEADER-ManagerInnen über die „regionale Situation“ leisteten einen wichtigen Beitrag zur Anschlussfähigkeit des zu erstellenden Leitbildes in den Regionen Niederösterreichs.

Durch die langjährige Tätigkeit der Regional- und LEADER-ManagerInnen in ihren Regionen und die damit verbundene hohe Akzeptanz konnten diese als glaubwürdige MultiplikatorInnen die Kommunikation der erarbeiteten Inhalte und Ziele des Leitbildes in den Regionen und Gemeinden unterstützen.

Die ÖAR-Regionalberatung GmbH war im Rahmen des Auftrages für die Einbindung und Betreuung regionaler Entwicklungsorganisationen im Leitbildprozess verantwortlich. Zudem brachte die ÖAR-Regionalberatung GmbH bewährtes Know-how in die Gestaltung von Workshops sowie von Strategie- und Leitbildprozessen ein.

INSTITUT FÜR KONFLIKTFORSCHUNG (IKF)

Das Institut für Konfliktforschung (IKF) besteht seit 1976 und ist ein außeruniversitäres Forschungsinstitut mit dem Rechtsstatus eines gemeinnützigen Vereins.

Zweck des Instituts ist es, auf interdisziplinärer Ebene politische, gesellschaftliche und individuelle Konflikte zu erforschen – im Sinne einer wissenschaftlichen Politikberatung – sachorientierte Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln und Entscheidungsgrundlagen zu erstellen. Grundlagenforschung bildet die Basis dieser Tätigkeit.

Forschungsschwerpunkte sind:

- Demokratieforschung
- Cleavages in Politik und Gesellschaft
- Sicherheitsforschung
- Vorurteilsforschung
- Historische Sozialforschung

Die wissenschaftliche Leitung hat Univ.Prof. Dr. Anton Pelinka inne. Aktuell sind acht wissenschaftliche MitarbeiterInnen am Institut tätig.

Themenrelevante Forschungsprojekte in den Jahren 2000-2006

- Forschungsdokumentation Fremdenfeindlichkeit/3, Update der bestehenden Projektdatenbank <http://datenbank.ikf.ac.at>, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2006.
- Die Entwicklung kommunaler Leitbilder als integrationspolitisches Instrument. Evaluierung im Rahmen des Equal-Projekts „Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft“, Wien 2005
- Gender-Evaluierung im antirassistischen Arbeitsfeld anhand ausgewählter Teile des Projekts „Verschiedene Herkunft – gemeinsame Zukunft. Strategien und Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, Wien 2005.
- Stimmungsbild – Erhebung von Problem- und Bedürfnislagen der niederösterreichischen Gemeinden in Bezug auf Integration, Wien 2005.
- Verschuldung von MigrantInnen in Wien. Ursachen, Ausmaß und Folgen, Wien 2003.
- Handbuch: „Bericht über Migration und Integration in Österreich“. Kapitel 8: Gesundheit und medizinische Versorgung von MigrantInnen, Wien 2002.

- Zugewanderte PatientInnen im Wiener Gesundheitssystem. Magistratsabteilung f. Angelegenheiten der Landessanitätsdirektion, Dezernat II, und Wiener Krankenanstalten Verbund, Wien 2001.
- Integrationsindikatoren. – Zur Nachhaltigkeit der Wiener Integrationspolitik. Projekt im Auftrag des Wiener Integrationsfonds (WIF), der MA 18 und MA 57, Wien 2001.
- Wie ist die Haltung der Exekutive zu Fremden in Österreich und wie geht sie mit ihnen um? Wien 2001.
- Türkische Imame in Wien, Wien 2001.
- Evaluierung des Fonds zur Integration von Flüchtlingen, Wien 2000.

Aufgabe und Beitrag des Instituts für Konfliktforschung

Im hier dargestellten Leitbildentwicklungsprozess war das IKF für die Strukturdatenerhebung und Prozessevaluierung verantwortlich.

Die zuständigen Personen, Mag.^a Karin Bischof und Dr.ⁱⁿ Brigitte Halbmayr, haben in wesentlichen Projekten, welche am Institut in den Themenbereich Integration und Rassismus durchgeführt wurden (siehe oben), (leitend) mitgearbeitet. Besonders zu erwähnen sind die Berichte im Rahmen des Equal-Projekts „Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft“ (2005) sowie die „Integrationsindikatoren“ (2001).

DONAU-UNIVERSITÄT KREMS, FACHBEREICH INTERKULTURELLE STUDIEN

Die Donau-Universität Krems ist die einzige Universität des Landes Niederösterreich. Als mitteleuropäisches Kompetenzzentrum für universitäre Weiterbildung stellt sie sich der gesellschaftlichen Herausforderung lebenslangen Lernens und hat das Ziel, sich zu einer Universität zu entwickeln, die im europäischen Weiterbildungsmarkt Maßstäbe setzt. Sie entwickelt sich flexibel in interdisziplinärer Verknüpfung von Lehre und Forschung, Wissenschaft und Praxis und orientiert sich an internationalen Qualitätsstandards. Vor allem engagiert sich die Donau-Universität Krems in der gesellschaftlichen Diskussion zur Gestaltung der Zukunft.

Der seit fünf Jahren bestehende interdisziplinär angelegte **Universitätslehrgang „Interkulturelle Kompetenzen“** bildet zum Experten/zur Expertin im Umgang mit internationalen und interkulturellen Herausforderungen aus. Die Teilnehmer/innen erlernen praxisrelevante Fakten, Tools und Strategien im Umgang mit anderen Kulturen. Sie entwickeln in Schlüsselfunktionen der Wirtschaft, Verwaltung und im

Non-Profit-Bereich durch interkulturelles, interdisziplinäres und kreatives Denken nachhaltige Lösungen.

Weiters verfügt der Fachbereich Interkulturelle Studien der Donau Universität Krems über ein weites Netzwerk von nationalen und internationalen wissenschaftlichen KooperationspartnerInnen, die eine breite einschlägige Themenpalette abdecken und in Forschung und Consulting tätig sind.

Aufgabe und Beitrag der Donau-Universität Krems, Fachbereich Interkulturelle Studien

Die Leiterin des Bereichs Consulting im Fachbereich Interkulturelle Studien und wissenschaftliche Mitarbeiterin, Mag^a. Sabine Aydt brachte ihre fachliche Expertise zum Thema Integration und interkulturelles Lernen in den Prozess der Leitbildentwicklung in Niederösterreich ein. Insbesondere sollten dadurch theoretische Fachkenntnisse über die Entwicklung interkultureller Kompetenzen für die Prozessbeteiligten aufbereitet und nutzbar gemacht werden.

Basierend auf ihren jeweiligen thematischen und strategischen Schwerpunkten konnten auch TeilnehmerInnen bzw. AbsolventInnen des Universitätslehrgangs „Interkulturelle Kompetenzen“ mit fachlicher Expertise zu einzelnen Schwerpunkten (z.B. Kindergartenpädagogik, Gesundheitsbereich, Spracherwerb) beigezogen werden.

9. TeilnehmerInnenstruktur des Leitbildprozesses

9.1. Eingeladene Personen und Institutionen

Arbeitsgruppen und Kick-off-Veranstaltung

Die Entwicklung des NÖ Landesleitbildes zur Integration von MigrantInnen ist nach dem Prinzip „teilnehmend und mitbestimmend“ angelegt. Die erzielten Ergebnisse sind unter aktiver Beteiligung und Mitarbeit vieler Institutionen und Personen entstanden. Zur Mitarbeit wurden im Rahmen des Projekts *Leitbildentwicklung zur Integration von MigrantInnen* zunächst 222 Personen/Organisationen angeschrieben und eingeladen, sich an der Kick-off-Veranstaltung bzw. an den Arbeitsgruppen (das sind 7 Arbeitskreise, Projektgruppe, Steuergruppe, AG-LeiterInnen) zu beteiligen.

Folgende öffentliche Einrichtungen, Interessensvertretungen, Religionsgemeinschaften, NGOs, Migrant/innen-Organisationen und Institutionen der niederösterreichischen Regionen wurden gebeten mitzuwirken:

Von der NÖ Landesregierung die

- Landesrätin für Arbeit, Soziales, Sport und Kultur

sowie die Abteilungen für

- Kultur und Wissenschaft
- Sanitäts- und Krankenanstaltsrecht
- Baudirektion
- Jugendwohlfahrt
- Gesundheit und Soziales
- Kindergarten und Schule
- Staatsbürgerschaft
- Raumordnung und Regionalpolitik
- Wohnbauförderung
- Umweltwirtschaft und Raumförderung (NÖ Nachhaltigkeitskoordination)
- Feuerwehr und Zivilschutz
- Landesamtdirektion
- Landeskrankenanstalten und Landesheime

und die

- Gleichbehandlungsbeauftragte der NÖ Landesregierung

Weiters wurden eingeladen:

- NÖ Frauenreferat
- Bezirkshauptleutekonferenz
- NÖ Fachstelle für Suchtvorbeugung/Suchtkoordination

- NÖ Sicherheitsdirektion
- NÖ Landespflegeaufsicht
- NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft
- NÖ Landesklinken-Holding
- NÖ Jugendkoordination
- NÖ Schülerunion
- Österreichischer Integrationsfonds
- Gemeindevertreterverbände der ÖVP, SPÖ, GRÜNE, FPÖ in NÖ
- Regionalmanager der fünf Regionen
- Dorf- und Stadterneuerung
- NÖ Schuldnerberatung
- Frauenhäuser
- Freizeit- und Sportvereine
- NÖ Berufsverband der SozialarbeiterInnen

- Institutionen aus dem karitativen Bereich (Caritas, Volkshilfe, Diakonie,...)
- religiöse Institutionen (Evangelische und Katholische Kirche, Islamische Glaubensgemeinschaft)

- Einrichtungen aus dem Wohnbereich (Verein Wohnen, GEDESAG, Wohnungsberatung, Alpenland, Domus-Wohnbau GmbH,...)

- Einrichtungen aus dem schulischen Bereich (Landesschulräte, LehrerInnen, muttersprachliche LehrerInnen, NÖ Bildungsgesellschaft, Hochschulen,...)
- Bildungseinrichtungen im Bereich Weiterbildung (Forum für Erwachsenenbildung, Bildungs- und Heimatwerk NÖ, Katholisches- und Evangelisches Bildungswerk, Verband Niederösterreichischer Volkshochschulen,...)

- Sozialpartner (ArbeitnehmerInnen- und ArbeitgeberInnenvertreter wie Wirtschafts- bzw. Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund)

Es war auch sehr wichtig, MigrantInnen in den Prozess einzubeziehen, daher wurden 25 MigrantInnenvereine (wie etwa Kultur- oder Sportvereine) eingeladen.

Dazu ExpertInnen aus dem interkulturellen Bereich, die Integrationsbeauftragten der Städte in NÖ und VertreterInnen der Beratungsstellen für MigrantInnen

Dieser Einladung folgend nahmen an der Kick-off-Veranstaltung 63 Personen (31 Frauen, 32 Männer) teil, viele von ihnen arbeiteten danach in den Arbeitsgruppen mit. Die Mitwirkung in den einzelnen Arbeitsgruppen verteilte sich wie folgt¹:

- 41 TeilnehmerInnen in der Projektgruppe (aus 33 Institutionen)
- 167 TeilnehmerInnen in Arbeitskreis1-Arbeitskreis7
- 7 TeilnehmerInnen in der Steuergruppe und
- 7 ArbeitsgruppenleiterInnen

Regionaltagungen

Im Zuge der Entwicklung des NÖ Integrationsleitbildes fanden 5 Regionaltagungen (Industrieviertel, Mostviertel/Niederösterreich West, Niederösterreich Mitte, Weinviertel, Waldviertel) mit Unterstützung und Zusammenarbeit der jeweiligen Regionalmanagements statt. Ziel der Regionaltagungen war die Vorstellung des Projekts *Integrationsleitbild NÖ*, um Transparenz zu schaffen einerseits und zur Diskussion der Zwischenergebnisse mit AkteurInnen in den Regionen Niederösterreichs andererseits.

Damit sollten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass das Integrationsleitbild Niederösterreich in den Regionen und Gemeinden Niederösterreichs auch anschlussfähig ist.

Für die Regionaltagungen wurden weitere 1400 Einladungen an oben genannte Institutionen und Vereine sowie folgende Personen und Einrichtungen versendet:

- Bezirkshauptmannschaften
- BürgermeisterInnen, Gemeinderäte und GemeindevertreterInnen
- Leader-ManagerInnen
- Landespolizeikommandos
- Wirtschaftsförderungsinstitut und Berufsförderungsinstitut
- Regionalstellen der Wirtschafts- und Arbeiterkammer
- Regionalstellen des AMS
- RegionalmanagerInnen der NÖ Landeskliniken-Holding
- regionale Vereine (insbesondere die Bezirksstellen von Rotem Kreuz und Feuerwehr)
- Pfarren der Regionen
- Vereine aus den Bereichen Kultur, Sport und Jugend

¹ Einige Personen nahmen an mehreren Arbeitsgruppen teil (z.B. ein Arbeitsgruppenleiter zusätzlich sowohl in der Steuer- als auch in der Projektgruppe). Diese sind hier mehrfach erfasst.

- Bezirksschulräte
- NÖ Sportunion
- NÖ Städtebund
- Frauenberatungsstellen in den Regionen
- Evangelische-, Katholische-, SPÖ-, ÖVP-, FPÖ- und GRÜNE-Frauen in NÖ

Um den Anteil mitarbeitender MigrantInnen zu erhöhen und sie mehr in den Entwicklungsprozess einzubeziehen, wurden die RegionalmanagerInnen gebeten, Vereine aus ihren Bezirken einzuladen.

Insgesamt nahmen an den fünf Regionaltagungen 128 Personen teil (44 Frauen und 84 Männer).

Leitbild-Werkstatt

Zu Projektabschluss wurde am 18. Oktober eine „Leitbild-Werkstatt“ veranstaltet, um die im Integrationsleitbild-Entwicklungsprozess erzielten Ergebnisse zu präsentieren und diese zur Diskussion zu stellen bzw. in Folge diese Ergebnisse und Ergänzungen der Leitbildwerkstatt in den endgültigen Bericht einfließen lassen zu können.

Hierfür wurden alle Personen/Institutionen/Organisationen, die bis dato an der Entstehung des Integrationsleitbildes mitgewirkt haben, eingeladen. Zusätzlich wurden Klubobleute, die Industriellenvereinigung und der NÖ Städtebund sowie einige interessierte Personen angeschrieben. 73 Personen folgten der Einladung, davon 38 Frauen und 35 Männer.

ExpertenInnen

Es wurden im Vorfeld auch Interviews mit ExpertInnen aus verschiedenen Politik- und Arbeitsfeldern durchgeführt. Diese Gespräche dienten einerseits der Sensibilisierung und Aktivierung des interviewten Personenkreises und andererseits der Aufbereitung von Basisinformationen für die Arbeitsgruppenarbeit. Es sind 21 Personen interviewt worden, darunter 12 Personen mit migrantischem Hintergrund.

9.2. Listen der am Leitbildprozess beteiligten Personen und Institutionen

Die TeilnehmerInnenlisten waren teilweise unvollständig, daher sind Fehler (fehlende TeilnehmerInnen, akademische Titel etc.....) nicht auszuschließen. Wir bitten Sie dies zu entschuldigen.

Steuergruppe

Leitung: Dr. Günther Kienast

Mietglied	Institution/Funktion
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Dr. Hannes NISTL	NOEL, Bezirkshauptleutekonferenz
Mag. Andreas HAIDEN	NOEL, Abteilung Sozialhilfe
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abteilung Staatsbürgerschaft
Mag. Josef KIRBES	NOEL, Verwaltung, Landesamtsdirektion
Mag. Murat DÜZEL	NOEL, Deleg. der Soziallandesrätin Dr. Bohuslav
Tülay ATAN	Interkulturelle Mitarbeiterin/Kindergarten

Projektgruppe

Leitung: Dr. Günther Kienast

Mitarbeitende Personen	Institutionen/Funktion
Alfred MÜCKE	Landesschulrat NÖ
DGKP Franz LEDERER	Volkshilfe NÖ
DI Martin HUBER	Gemeindevertreterverband FPÖ
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Dr. Hannes NISTL	Bezirkshauptleutekonferenz
Dr. Sepp WINKLMAYR	Caritas St. Pölten
Dr. ⁱⁿ Christine ROSENBACH/ Johann KAMLEITNER	NÖ Gleichbehandlungsbeauftragten
Dr. ⁱⁿ Madeleine PETROVIC/ Herta EMMER	Gemeindevertreterverband GRÜNE
DSA Elisabeth WELSER/ Alexandra GRÖLLER	Diakonie Flüchtlingsdienst- Integrationszentrum, St. Pölten Diakonie Flüchtlingsdienst-Bereich Integration
DSA Marianne ERASIMUS	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule
Elfriede GATTINGER	NOEL, Abt. Sanität- und Krankenanstaltenrecht
Elke FUCHS Mag. ^a Tanja TREMETZBERGER	Hilfswerk NÖ
Erna MODER Oster GILGIAN	Evangelische Kirche

Eva ZEINDL	Volkskultur NÖ
Franz NEIDL	Arbeitsmarktservice NÖ
Hüseyin UZ/Mag. Werner BINNENSTEIN-BACHSTEIN	Caritas Wien
Ing. ⁱⁿ Ilse WOLLANSKY DI Bernhard HAAS	NOEL, Raumordnung und Regionalpolitik.
Johannes DENK	Arbeiterkammer NÖ
Mag. Andreas HAIDEN	NOEL, Abteilung Sozialhilfe
Mag. Bernhard PLESSER	NOEL, Abt. Wohnbauförderung, NOEL
Mag. Christian SCHNEIDER/ Mag. ^a Barbara RIEDL-SCHUH	Gemeindevertreterverband ÖVP
Mag. ^a Gabriela PETERSCHOFKY- ORANGE	NÖ Kinder- und Jugendanwältin
Mag. Gerhard REISCHER	Sicherheitsdirektion NÖ
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abt. Staatsbürgerschaft
Mag. Josef KIRBES	NOEL, Abt. Landesamtsdirektion
Mag. Midhat DURAK	Horizont – Beratungsstelle für MigrantInnen
Mag. Murat DÜZEL	Deleg. der Soziallandesrätin Dr. Bohuslav
Mag. ^a Sabina BLECHA	Gemeindevertreterverband SPÖ
Maria MÜLLNER	NOEL, Abt. Landeskrankenanstalten und Landesheime
Maria RIEGLER	NÖ Frauenreferat
Meltem Erisöz RICHTER	NOEL Abt. Kindergarten und Schule, Interkulturelle Mitarbeitern
Sultan ÖZSECGIN	Volkshilfe Ö., Beratungsstelle Fair
Tülay ATAN	Interkulturelle Mitarbeiterin

ArbeitskreisleiterInnen

Leiter/in	Institution/Funktion	Arbeitskreis
DI Bernhard HAAS	NOEL, Abteilung. Raumordnung und Regionalpolitik	Zusammenleben in den Kommunen und Regionen
DSA Marianne ERASIMUS	NOEL, Abteilung Kindergarten und Schule	Erziehung und Bildung
Eva ZEINDL	NÖ Volkskultur	Kultur, Begegnung und Kommunikation
Franz NEIDL	Arbeitsmarktservice NÖ	Arbeit und Wirtschaft
Mag. Andreas HAIDEN	NOEL, Abteilung Sozialhilfe	Gesundheit, Soziales und Förderungen
Mag. Bernhard PLESSER	NOEL, Abteilung Wohnbauförderung	Wohnen
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abteilung Staatsbürgerschaft	Politik und Verwaltung (einschließlich Sicherheit, Partizipation, Gleichstellung)

Kick-off-Veranstaltung
Leitung: Dr. Günther Kienast

Teilnehmende Personen	Institution/Funktion
Alexandra GRÖLLER	Diakonie Flüchtlingsdienst-Bereich Integration
Ali MANKULOGLU	Kurdisches Kultur- und Informationszentrum, Ternitz
Beate NIGISCH-LUDWIG	NOEL, Abt. Sozialhilfe
Bülent VURAL	Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks, Wr. Neustadt
Deniz KARABULUT	Alevitischer Kulturverein, St. Pölten
DI Akhter BAIG	Afro-Asiatisches Forum
DI Bernhard HAAS	NOEL, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
DI. ⁱⁿ Marceline MARTISCHNIG	NÖ Dorf und Stadterneuerung
DI. Richard KÜNZ	Objektkünstler
Dipl. Soz. Wiss. Kenan GÜNGÖR	Büro Difference
Dr. Christian HABERLE	Arbeiterkammer NÖ
Dr. ⁱⁿ Christine ROSENBACH	NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Dr. ⁱⁿ Madeleine PETROVIC	Gemeindevertreterverband Grüne
Dr. ⁱⁿ Renate Steger	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule
Dr. Martin PETER	NÖ Landesakademie
Dr. Rüdiger TEUTSCH	Interkulturelles Zentrum Wien
Dr. Sepp WINKLMAYR	Caritas St. Pölten
Dr. ⁱⁿ Christiane HARTNACK	Donau Uni Krems
Dr. ⁱⁿ Petra BOHUSLAV	Landesrätin für Arbeit, Soziales, Sport und Kultur
DSA Elizabeth WELSER	Diakonie- Integrationszentrum, St. Pölten
DSA Marianne ERASIMUS	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule
DSA Wolfgang KIENECKER	Abteilung Jugendwohlfahrt
DSA Wolfgang MATZL	Jugendkoordinator, St. Pölten
Elisabeth FREITHOFER	Donau Uni Krems
Erdal KALAYCI	KOFI – Koordinationsstelle für Integration in NÖ, Sprecher DIE GRÜNEN Leobersdorf
Ergün BILGIC	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Mag. ^a Eva GÄNSDORFER	NÖ Bildungsgesellschaft
Eva ZEINDL	Volkskultur NÖ
Farnusch GHARAEI	Krems Interkulturell

Franz NEIDL	Arbeitsmarktservice NÖ
Franz STEINDLER	Ö Gewerkschaftsbund
Gabriele EGGER	NÖ LAK, Plattform für Interkulturelle Kompetenz
Gabriele SCHIENER	Arbeiterkammer NÖ
GR Hasan DOGAN	Volkshilfe Ö, Beratungsstelle Fair
Heidemarie BRANDSTETTER	NÖ Dorf und Stadterneuerung, Industrieviertel
Jacqueline KÖFLER	Verein Wohnen
LAbg. Bgm. Erika ADENSAMER	Gemeindevertreterverband ÖVP
Lisbeht STÖCKL	Volkshilfe Ö
Mag. ^a (FH) Sevim DOGAN	Magistrat St. Pölten
Mag. Andreas HAIDEN	NOEL, Abt. Sozialhilfe
Mag. Ayhan KOLDAS	NÖ Landesakademie
Mag. Bernhard PLESSER	NOEL, Abt. Wohnbauförderung
Mag. Christian SCHOBEL	NÖLAK, Forum Erwachsenenbildung NÖ
Mag. Daniel VÖGELE	Evangelischen Pfarrgemeinde St. Pölten
Mag. ^a Eva STEINMAYER	Weinviertel Management
Mag. Franz STEINER	Interkulturelles Zentrum Wien
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abt. Staatsbürgerschaft
Mag. Helmut GUTH	Arbeiterkammer NÖ
Mag. Leo BAUMFELD	ÖAR Regionalberatung
Mag. Midhat DURAK	Horizont, Beratungsstelle für MigrantInnen, Wr. N.
Mag. Murat DÜZEL	NOEL, Deleg. der Soziallandesrätin Dr ⁱⁿ Bohuslav
Mag. ^a Ursula DENK	Wirtschaftskammer NÖ
Maria MÜLLNER	Abteilung Landeskrankenanstalten und Landesheime
Mag. (FH) Peter EIGELSREITER	Magistrat St. Pölten
DSA Sabine GRABNER	Diakonie, Flüchtlingsdienst NÖ
Sandra SCHARF	Verein Wohnen
Sonja KIRCHWEGGER	NÖ Berufsverband der SozialarbeiterInnen
Sonja TANZER	Interkulturelles Zentrum Wien
Sultan ÖZSECGIN	Volkshilfe Ö, Beratungsstelle Fair
Tülay ATAN	Interkulturelle Mitarbeiterin, Abt. Kindergarten
Veronika BAIG	Kunstwerkstätte, Viehofen und VS Lehrerin
Yildirim NUH	Kurdisches Kultur- und Informationszentrum, Ternitz

ARBEITSKREISE**Arbeitskreis 1 - Politik und Verwaltung**

Mitarbeitende Personen	Institution/Funktion
AK-Leiter: Mag. Hanspeter BEIER	NOEL Abteilung Staatsbürgerschaft
Cengiz KÖSE	Verein für türk. österr. Freundschaft
Deniz KARABULUT	Verein der Alevitischen Kulturgemeinschaft in St.Pölten
DI. ⁱⁿ Marceline MARTISCHNIG	NÖ Dorf und Stadterneuerung
DI Thomas STEINER	NOEL, Nachhaltigkeitskoordination
Dr. ⁱⁿ Christine ROSENBACH	Gleichbehandlungsbeauftragte NÖ
Dr. ⁱⁿ Adelheid VIERNSTEIN	Gemeindevertreterverband FPÖ
Dr. ⁱⁿ Mag. Saliha BASTÜRK	Horizont Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, Wr. Neustadt
DSA Sabine GRABNER	Diakonie, Flüchtlingsdienst NÖ
Ekrem ARSLAN	Verein für türk. österr. Freundschaft
Erdal KALAYCI	KOFI-Koordinationsstelle für Integration in NÖ", Die Grünen Leobersdorf
GR Hasan DOGAN	MigrantInnen Zentrum FAIR der VHÖ, St. Pölten
Harun ERCIYAS	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Ing. Martin HUBER	Gemeindevertreterverband FPÖ
Johann KAMLEITNER	Büro Gleichbehandlungsbeauftragte NÖ
LAbg. Marianne LEMBACHER	Gemeindevertreterverband ÖVP
LAbg. MMag. Dr. ⁱⁿ Madeleine PETROVIC	Gemeindevertreterverband, GRÜNE
Mag. ^a (FH) Ursula POINDL	NÖ Regionalmanagement-Büro Waldviertel
Mag. Christian SCHNEIDER	Gemeindevertreterverband ÖVP
Mag. Georg ATZWANGER	Caritas der Erzdiözese Wien
Mag. Midhat DURAK	Horizont Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, Wr. Neustadt
Mag. Thomas SPERLICH	Gemeindevertreterverband, GRÜNE
Mag. ^a Barbara RIEDL- SCHUH	Gemeindevertreterverband ÖVP
Ünsal DILEK	Islamisches Kulturzentrum, Sollenau

Arbeitskreis 2 - Erziehung und Bildung

Mitarbeitende Personen	Institution / Funktion
AK - Leiterin: DSA Marianne Erasimus	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule
Alfred MÜCKE	Landesschulrat für NÖ
Atakan KARABAG	Verein für türk. Österr. Freundschaft
Barbara SCHLACHER-TRIPOLD	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule
Dipl. Päd. Karin ÖHLERER	Expertin für Interkulturelles Lernen an Pflichtschulen
Dipl. Päd. Michaela KUCHNER- KAMNIK	VS-Lehrerin, Krems-Lerchenfeld
Dr. Franz Xaver KERSCHBAUMER	NÖLAK, Institut für Kleinkindpädagogik
Dr. Karl DVORAK	Studiengangsleitung Sozialarbeit und Leitung des FH-Kollegiums an der Fachhochschule St. Pölten
Dr. Kurt ALLABAUER	Päd. Hochschule Baden
Dr. ⁱⁿ Rosemarie RERYCH	NÖ Landesverband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen
DSA Andrea ELLEK	Beratungsstelle NÖWE der Diakonie, St. Pölten, NÖ West
DSA Wolfgang KIENECKER	NOEL, Abt. Jugendwohlfahrt
Elisabeth LEOPOLD	NOEL, Abt. Jugendwohlfahrt, Hortinspektorin
Erdal KALAYCI	KOFI-Koordinationsstelle für Integration in NÖ", die Grünen Leobersdorf
Ergün BILGIC	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Gabriele POINDL	VS-Lehrerin, Traismauer
Ing. Basri SAHIN	Verein für türk. Österr. Freundschaft
Ismail DÜZKAYA	Verein für türk. Österr. Freundschaft
Judith KÖNINGSBERGER	VS-Lehrerin, St. Pölten
Karin WOLF	PI/PA Baden
Leopoldine KOHL	Bezirksschulrat Baden
Mag. Christian SCHOBEL	NÖLAK, Forum Erwachsenenbildung Niederösterreich
Mag. Dr. Alfred BRADER	Pädagogische Institut NÖ, Baden
Mag. ^a (FH)Sevim DOGAN	Magistrat der LH- St. Pölten
Mag. ^a Beate KIENBICHL	Ö. Integrationsfonds
Mag. ^a Elisabeth HALEJ	Verband NÖ VHS-Schulen
Mag. ^a Eva GÄNSDORFER	NÖ Bildungsgesellschaft mbH, Fachhochschulen, Universitätswesen
Mag. ^a Gabriela PETERSCHOFKY-ORANGE	NÖ Kinder&Jugendanwältin
Mag. ^a Ingrid POSCH	NÖ Landesverband der Elternvereine an öffentlichen Pflichtschulen
Mag. ^a Tanja TREMETZBERGER	NÖ Hilfswerk

Mag. ^a Ulrike LANMÜLLER	Caritas Erzdiözese Wien
Mag. ^a Zorica PRIMORAC	Muttersprachliche-Lehrerin, St. Pölten
Maria ZANGL	VS-Lehrerin, Berndorf- St. Veit
Martha DENK	NOEL, Abt Kindergarten und Schule, Kindergarteninspektorin Krems
Mehtap ÜNSAL	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Meltem ERISÖZ- RICHTER	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule, Interkulturelle Mitarbeiterin
Nevruz DEMIR	AMARA – Mesopotamien Kulturzentrum, St. Pölten
Nilüfer BILGIC	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Saadet CAN	AMARA – Mesopotamien Kulturzentrum, St. Pölten
Simone GÖLSS	Fachstelle Integration, Magistrat Krems
Veronika BAIG	VS-Lehrerin, St. Pölten

Arbeitskreis 3 - Kultur, Begegnung, Kommunikation

Mitarbeitende Personen	Institution / Funktion
AK-Leiterin: Eva ZEINDL	NÖ Volkskultur
Anton PHILAPITSCH	Dorferneuerung Ebenfurth
DI Akhter BAIG	Afro- Asiatisches Forum
Dipl. OEC. Vlatka FILLIPOVIC	Elternverein, St. Pölten
Dr. ⁱⁿ Helgard RODRIGUEZ	Arbeiterkammer NÖ, Bildungsabteilung
Farnusch GHARAEI	Krems Interkulturell
Gilgian OESTER	Kurator der Evangelischen Pfarrgemeinde Melk-Scheibbs
Heidemarie BRANDSTETTER	Dorf und Stadterneuerung NÖ
Hüseyin UZ	Caritas Wien, Wr. Neustadt
Ilknur KACMAZ	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Josef SCHICK	Kulturvernetzung NÖ
Keliman CAN	AMARA – Mesopotamien Kulturzentrum, St. Pölten
LAbg. Bgm. Erika ADENSAMER	NÖ Gemeindevertreterverband ÖVP
Mag. MAS Josef GRUBER	Betriebsseelsorge St. Pölten (bzw. Pastoralamt d. Diözese)
Mag. ^a Zorica PRIMORAC	Muttersprachliche Lehrerin, St. Pölten
Maryam GHAFOURI	Lehrerin, St. Pölten
Melek ÜNSAL	Islamisches Kulturzentrum Sollenau

Methap ÜNSAL	Islamische Kulturzentrum Sollenau
MMag. Alexander KRALJIC	ARGE AAG, Katholische Gemeinde aus Afrika, Asien, Lateinamerika in Wien
Nevruz DEMIR	AMARA – Mesopotamien Kulturzentrum, St. Pölten
DI Richard KÜNZ	Objektkünstler
Simone GÖLSS	Fachstelle Integration, Magistrat Krems
Veronika BAIG	VS-Lehrerin, St. Pölten

Arbeitskreis 4 - Gesundheit und Soziales

Mitarbeitende Personen	Institution/Funktion
AK-Leiter: Mag. Andreas HAIDEN	NOEL, Abt. Sozialhilfe
Alexandra GRÖLLER	Diakonie Flüchtlingsdienst-Bereich Integration
LABg. Anton ERBER	Gemeindevertreterverband ÖVP
Beate KIENBICHL	Ö. Integrationsfonds
Beate NIGISCH-LUDWIG	NOEL, Abteilung Sozialhilfe
Bettina RIEDMAYER	Landeskrankenhaus Hainburg
Dita FELLNER	Haus der Frau St. Pölten
Dr. Christian HABERLE	Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ
Dragica GLAVERSEVIC	Hausfrau
Elisabeth STOCKER	Caritas der Erzdiözese Wien
Eva KÜRZL	Pflegeaufsicht des Landes NÖ
Franz LEDERER	Volkshilfe NÖ, Gesundheit und Pflege
Gabriela EGGER	NÖ Landesakademie, Plattform für Interkulturelle Kompetenz
Hilal YILDRIM	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Johanna PILAT	Landeskrankenhaus Hainburg
Judith RIEDLER-ZÖCHLING	Bezirkshauptmannschaft, Lilienfeld
Labg. Bgm. Ernst HERZIG	Gemeindevertreterverband ÖVP
Mag. ^a (FH) Berta STEINDL	Die NÖ Patienten- und Pflegeanwaltschaft
Mag. (FH) Peter EIGELREITER	Magistrat St. Pölten
Mag. ^a (FH) Beate Zinner	Ö. Integrationsfonds
Mag. Helmuth EGGER	NÖLAK, Bereich Gesundheit und Soziales
Mag. Johannes DENK	Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ
Maria IMLINGER	Haus der Frau-Frauenhaus St. Pölten
Milana SAMCHANOWA	Ö. Integrationsfonds

Nevruz DEMIR	AMARA – Mesopotamien Kulturzentrum St. Pölten
Regina HALLER	IMC Fachhochschule Krems
Roswitha MIKUSCH	Schuldnerberatung NÖ
Sultan ÖZSEÇGIN	Volkshilfe Ö, Beratungsstelle Fair

Arbeitskreis 5 – Wohnen

Mitarbeitende Personen	Institution/Funktion
AK-Leiter: Mag. Bernhard PLESSER	NÖEL, Abt. Wohnbauförderung
Abdul Habib SHUKURI	Verein Wohnen
Barbara KRAFT	GEDESAG-Wohnungsberatung
DI Peter OJO	NÖ Baudirektion
Elisabeth STOCKER	Caritas der Erzdiözese Wien
Habib SIMSEK	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Ing. Michael SCHECHL	Stadtgemeinde Ternitz
Ing. Stephan Seidelmann	Alpenland-Gemeinnützige Bau-, Wohn- und Siedlungsgesellschaft
Jaqueline KÖFLER	Verein Wohnen
LABg. Bgm. Ingeborg RINKE	Gemeindevertreterverband ÖVP
Mag. ^a Heike LETTNER-ERLINGER	Verein SOS Menschenrechte Region Ost
Methap ÜNSAL	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Sandra SCHARF	Verein Wohnen

Arbeitskreis 6 -. Arbeit und Wirtschaft

Mitarbeitende Personen	Institution/Funktion
AK-Leiter: Franz NEIDL	Arbeitsmarktservice NÖ
Beate LEWANDOWSKI	Ö. Integrationsfonds
Claudia LUI	Diakonie, Integrationszentrum St. Pölten
DI Hubert HERZOG	Arbeitsmarktservice NÖ
Dr. Sepp WINKLMAYR	Caritas St. Pölten
DSA Elisabeth WELSER	Diakonie- Integrationszentrum St. Pölten
DSA Wolfgang KIENECKER	NÖEL, Abteilung Jugendwohlfahrt
GR Hasan DOGAN	MigrantInnen Zentrum FAIR der Volkshilfe Ö, St. Pölten
Mag. Anton FABER	Horizont Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, Wr. Neustadt

Mag. Armin KLAUSER	Wirtschaftskammer NÖ
Mag. Helmut EGGER	NÖ Landesakademie, Bereich Gesundheit und Soziales
Mag. Klaus NEUMANN	Verein SOS Menschenrechte Region Ost
Mag. MAS Josef RUBER	Betriebsseelsorge St. Pölten (bzw. Pastoralamt d. Diözese)
MMag. ^a Claudia TSCHERNUTTER	Kammer für Arbeiter und Angestellte für NÖ
Ugur YILMAZ	Islamisches Kulturverein, Sollenau
Yusuf SAHIN	Horizont Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, Wr. Neustadt

Arbeitskreis 7 – Zusammenleben in den Gemeinden und Regionen

Mitarbeitende Personen	Institution/Funktion
AK-Leiter: DI Bernhard HAAS	NOEL, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
Anton PHILAPITSCH	Dorferneuerung Ebenfurth
Ayfer DURGUN	ATIB- Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine
Canan ÖZDEMİR	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Christine HOFBAUER	Dorf und Stadterneuerung
Erdal KALAYCI	DIE GRÜNEN Leobersdorf, KOFI-Koordinationsstelle für Integration in NÖ
Gabriele SCHIENER	Arbeiterkammer NÖ
Harald HOREJS	NOEL Abt. Feuerwehr und Zivilschutz
Heidemarie BRANDSTETTER	NÖ Dorf und Stadterneuerung
Hüseyin UZ	Caritas Wien, Wr. Neustadt
LAbg. Bgm. Erika ADENSAMER	Gemeindevertreterverband ÖVP
LAbg. Bgm. Ernst HERZIG	Gemeindevertreterverband ÖVP
Lisbeth STÖCKL	Volkshilfe Ö., Beratungsstelle FAIR
Mag. Anton FABER	Horizont Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, Wr. Neustadt
Mag. Daniel VÖGELE	Evangelische Kirche
Mag. Mithad DURAK	Horizont Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten, Wr. Neustadt
DSA. Wolfgang MATZL	Jugendkoordinator der Stadt St. Pölten
Mag. ^a Barbara RIEDL- SCHUH	Gemeindevertreterverband ÖVP
Mag. ^a Ulla BINDER	Diakonie-Evangelisches Hilfswerk Ö.
Mag. ^a Ursula POINDL	NÖ Regionalmanagement-Büro Waldviertel

Mehtap ÜNSAL	Islamische Kulturzentrum Sollenau
Sevgi DURGUN	ATIB- Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine
Sultan ÖZSEÇGIN	Volkshilfe Ö., Beratungsstelle Fair

REGIONALTAGUNGEN**Regionaltagung St. Pölten****Leitung: Dr. Günther Kienast**

Teilnehmende Personen	Institution
DI Peter OJO	NOEL, Abt. Baudirektion
Farnusch GHARAEI	Krems Interkulturell
Dr ⁱⁿ . Helgard RODRIGUEZ	Arbeiterkammer NÖ
Veronika BAIG	VS-Lehrerin, St. Pölten
Mag. ^a Ilse MERL	Südwind NÖ St.Pölten
BSI Othmar WEISSENLEHNER	Bezirksschulrat St. Pölten-Land
Klaudia WRBA	Arbeitsmarktservice St. Pölten
Mag. Daniel VÖGELE	Evangelische Kirche NÖ
DI Reinhard WEITZER	Regionalmanager, NÖ-Mitte
Mag. Luis FIDLSCHUSTER	ÖAR Regionalberatung
Erdal KALAYCI	Die Grünen Leobersdorf, KOFI Koordinationsstelle für Integration in NÖ
Mag. ^a (FH) Sevim DOGAN	Magistrat der LH St. Pölten
Vzbgm. Susanne KYSELA	Magistrat LH St. Pölten
Martha DENK	NOEL, Abt. Kindergarten/Schule
DI Bernhard HAAS	NOEL, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
Mag. Andreas HAIDEN	NOEL, Abt. Sozialhilfe
DSA Elisabeth WELSER	Diakonie- Integrationszentrum, St. Pölten
Ruslan TEVSIEV	Gesellschaft für Freundschaft der Völker, Kaukasischer Kulturverein
Herbert CHO HOLKA	Stadtgemeinde Wilhelmsburg
BH Josef KRONISTER	St. Pölten
Mag. Josef GRUBERMAS	Betriebsseelsorge; Südwind NÖ
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Mag. Ayhan KOLDAS	NÖ Landesakademie
Mag. Franjo Steiner	IZ Interkulturelles Zentrum

Regionaltagung Korneuburg
Leitung: Dr. Günther Kienast

Teilnehmende Personen	Institution
DI Bernhard HAAS	NOEL, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Dudu KÜCÜKGÖL	Muslimische Jugend Österreich
Hermine STREMNITZER	Privat
Josef SCHICK	Kulturvernetzung NÖ
Josef SCHIMMER	BH Mistelbach
Kurt RÖSEL	Bezirkshauptmannschaft Korneuburg
Leopold STREMNITZER	Gemeinde Großmugl
Mag. Andreas RIEMER	Bezirkshauptmannschaft Tulln
Mag. Ayhan KOLDAS	NÖ Landesakademie
Mag. Franjo STEINER	Interkulturelles Zentrum
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abt. Staatsbürgerschaft

Regionaltagung Amstetten
Leitung: Dr. Günther Kienast

Teilnehmende Personen	Institution/Funktion
Bgm. Erwin FORSTER	Gemeinde Opponitz
Bgm. Franz KUTTNER	Gemeinde Erlauf
Brigitta SCHERZENLEHNER	Volkshilfe Bezirksleitung
DI Bernhard HAAS	NOEL Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Edith BAUER	Gemeinde Ernsthofen
Gerfried SCHULZE	Hauptschule Pestalozzistraße, Amstetten
Gerhard TRAXLER	Bezirkspolizeikommando Scheibbs
GGR Brigitte HUBER	Gemeinde Wieselburg-Land
GGR Franz SCHELKSHORN	Gemeinde Schollach
GR Hans-Karl WURZ	Gemeinde Winklarn
GR Reinhard KÖHSLER	Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgenossenschaft
Johann MITTERGEBER	Bundesfeuerverband, Gemeinde Scheibbs

Teilnehmende Personen	Institution/Funktion
Johannes TANZER	Regionalmanagement
Josef PFAFFENEDER	Arbeitsmarktservice Amstetten
Mag. Franjo STEINER	IZ Interkulturelles Zentrum
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL ,Abt. Staatsbürgerschaft
NR Abg. Günter KÖSSL	Parlamentsklub der Österreichischen Volkspartei
NR Abg. Ulrike KÖNIGSBERG-LUDWIG	SPÖ Amstetten
Richard PUNZHUBER	Bezirkstelle Rote Kreuz, St. Peter/Au
Susanne BRUCKNER	Regionalmanagement Mostviertel
Vzbgm. Franz BIBER	Gemeinde Schollach
Vzbgm. Ursula PUCHEBNER	Amstetten

Regionaltagung Gmünd**Leitung: Dr. Günther Kienast**

Teilnehmende Personen	Institution/Funktion
Bgm. Erwin LINTNER	Marktgemeinde Kirchberg
Bgm. Willibald MÜLLER	Gemeinde Hirschbach
Christoph SCHÖNSLEBEN	Bildungs- und Heimatwerk NÖ
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Eva ZEINDL	NÖ Volkskultur
Franz SCHUSTER	
Gerlinde OBERBAUER	NÖ Volkshilfe
Mag. Franjo STEINER	Interkulturelles Zentrum Wien
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abt. Staatsbürgerschaft
Mag. Murat DÜZEL	PM Büro Landesrätin Bohuslav
Mag. Reinhard KOBLINGER	Hauptschule Bad Großpertholz
Mag. ^a Elisabeth ECKHART	Frauenberatung Zwettl
Mag. ^a Tamara MUNDT-SMEJDA	Freiberufl. PM-Trainerin
Mag. ^a (FH) Ursula POINDL	Regionalmanagement Waldviertel
Martin HOFBAUER	Bezirkspolizeikommando Gmünd
NR Abg. Bettina HRADECSNI	Die Grünen
Regina HOFMANN	Feuerwehr Gmünd
StR. Barbara KÖRNER	RM Wald4tel; VHS Heidenreichstein
Ulrike IMMERVOLL	Betriebsseelsorge Oberes Waldviertel

Regionaltagung, Wr. Neustadt**Leitung: Dr. Günther Kienast**

Teilnehmende Personen	Institution
Ahmet KOKAC	Muslimische Jugend Österreich, MJÖ
Ali ERCAN	Soziale Leistungen und Bildungszentrum
Andrea KORNFELD	Verein NESIB Neunkirchner Sozial-Integratives Beschäftigungsprojekt
Angelika DEWOREZKY	Impulse Dorferneuerung Ebergassing
Anton PHILAPITSCH	Dorferneuerung
Barbara MASCHIN	Regionaler Entwicklungsverband Industrieviertel
Büsra SÜMER	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
DI Andreas WEISS	Regionalmanagement
DI Bernhard HAAS	NOEL , Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
DI. ⁱⁿ Anette SCHAWERDA	Dorf- und Stadterneuerung
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Dr. Peter KRACHER	Arzt, Integrationsprojekt
Elisabeth LUHN	NOEL, Abt. Kindergarten
Emel DAG	Soziale Leistungen und Bildungszentrum
Erdal KALAYCI	Die Grünen Leobersdorf, KOFi Koordinationsstelle für Integration in NÖ
Ergün BILGIC	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Ernst ORHAN	Volkshilfe NÖ
Florian BETTEL	Festival "Cellensis"
Franz HARTMANN	Gemeinde Prigglitz REV
Fritz ANTEL	Dorferneuerung
Gabriela EGGER	NÖ Landesakademie
Gerda TIMAL	NOEL, Abt. Kindergarten
Gottfried KLIMA	Pfarre Bad Erlach
GR Erich BETTEL	Gemeinde Altenmarkt/Tr.
GR Franz GROSINGER	Stadtgemeinde Ebenfurth, Leiter J-Ausschuss
Habib SIMSEK	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Harun ERCIYAS	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Hilal YILDIRIM	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Jürgen DORFMEISTER	Bezirkshauptmannschaft Neunkirchen
Karoline ANHAMMER	Rotes Kreuz LV NÖ, Bzst. Baden
Mag. Ayhan KOLDAS	NÖ Landesakademie

Mag. Bernhard PLESSER	NOEL, Abt. Wohnbauförderung
Mag. Franjo STEINER	Interkulturelles Zentrum Wien
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abt. Staatsbürgerschaft
Mag. Josef BRAUNSTORFER	Wirtschaftskammer NÖ, Bzst. Neunkirchen
Mag. Leo BAUMFELD	ÖAR Regionalberatung
Mag. ^a Sabine AYDT	Donauuniversität Krems
Mehtap ÜNSAL	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Nermina TAHIROVIC	Rotes Kreuz LV NÖ
Neslihan KILIC	Soziale Leistungen und Bildungszentrum
Ömer KARATAS	Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks
OSR Renate VOIGT	Gemeinderat Bad Vöslau
Othmar RAUSCHER	Bezirkshauptmannschaft Baden
Peter MITTERECKER	Stadtgemeinde Schwechat
Tito LAMMERHUBER	BPI Mödling; Interkult. Koordination Ebenfurth
Tülay ATAN	Soziale Leistungen und Bildungszentrum
Ufuk CAN	Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks
Veronika BAUMKIRCHNER	Verein NESIB Neunkirchner Sozial-Integratives Beschäftigungsprojekt
Walter STAREK	AG Integration Bad Vöslau
Yusuf DAGAGITMEZ	ADA Wr. Neustadt

Leitbild-Werkstatt

Leitung: Dr. Günther Kienast

Teilnehmende Personen	Institution/Funktion
Abdullah YILMAZ	Muslimische Jugend Österreich
Alfred MÜCKE	Landesschulrat für NÖ
Andrea ELLEK	Diakonie Flüchtlingsdienst
Anton PHILAPITSCH	Verein zur Dorferneuerung im Land
Mag. Armin KLAUSER	Wirtschaftskammer Österreich
Beate NIGISCH-LUDWIG	NOEL, Abt. Sozialhilfe
Brigitte MIEDLER	NÖ LAK, Fachforum Kinder und Erwachsene
Deniz KARABULUT	Alevistischer Kulturverein
DI. ⁱⁿ Anette SCHAWERDA	Dorf-Stadterneuerung
Dipl. OEC. Vlatka FILIPOVIC	Elternverein

Dipl. Soz. Wiss. Kenan GÜNGÖR	Büro difference
Dr. Christian HABERLE	Arbeiterkammer NÖ
Dr. Günther KIENAST	NÖ Landesakademie
Dr. Martin PETER	NÖ Landesakademie
Dr. Rüdiger TEUTSCH	Interkulturelles Zentrum Wien
Dr. ⁱⁿ Rosemarie RERYCH	EVNÖ+Verein Humane Arbeitswelt
Dr. ⁱⁿ Christine ROSENBACH	NÖ Gleichbehandlungsbeauftragte
Dr. ⁱⁿ Helgard RODRIGUEZ	Arbeiterkammer NÖ: Referat Schule, Hochschule und Kulturpolitik
DAS Elisabeth WELSER	Diakonie- Integrationszentrum, St. Pölten
DAS Lisbeth STÖCKL	Volkshilfe Ö.
DAS Marianne ERASIMUS	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule
DAS Wolfgang KIENECKER	NOEL, Abt. Jugendwohlfahrt
Farnoush GHARAEI	Krems Interkulturell
Franz NEIDL	Arbeitsmarktservice NÖ
Gabriela EGGER	Bildungsbeauftragte für interkulturelles Lernen, NÖ Landesakademie, Forum für Interkulturelles Kompetenz
GR Erdal KALAYCI	Sprecher DIE GRÜNEN Leobersdorf
Harald HOREJS	NOEL, Abt. Feuerwehr und Zivilschutz
GR Hasan DOGAN	Volkshilfe Ö., Beratungsstelle Fair
Hüseyin UZ	Caritas Wien, Wr Neustadt
Ing. Basri SAHIN	Verein für Türkisch Österreichische Freundschaft
Ing. Martin HUBER	Gemeindevertreterverband FPÖ
Ismail DÜZKAYA	Verein Türkisch Österreichische Freundschaft
Jacqueline KÖFLER	Verein Wohnen
Johann KAMLEITNER	Büro der Gleichbehandlungsbeauftragten
Labg. Bgm. Ingeborg RINKE	Landtagsklub der VP NÖ
LABg. Helmut DOPPLER	Landtagsklub der VP NÖ
LABg. Ing. Hermann HALLER	Landtagsklub der VP NÖ
LABg. Marianne LEMBACHER	Landtagsklub der VP NÖ
Leopoldine KOHL	NOEL, Abt. Jugendwohlfahrt
Mag. Ayhan KOLDAS	NÖ Landesakademie
Mag. Bernhard PLESSER	NOEL, Abt. Wohnbauförderung
Mag. Durak MIDHAT	Horizont, Beratungsstelle für MigrantInnen
Mag. Franz STEINER	Interkulturelles Zentrum Wien

Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abt. Staatsbürgerschaft
Mag. Helmut EGGER	NÖ Landesakademie, Bereich Gesundheit und Soziales
Mag. Josef KIRBES	NOEL, Abt. NÖ Landesamtdirektion
Mag. Luis FIDLSCHUSTER	ÖAR-Regionalberatung GmbH
Mag. Murat DÜZEL	NOEL, Del. Soziallandesrätin Dr ⁱⁿ Bohuslav
Mag. ^a Ingrid POSCH	NÖ Landesverband d. Elternvereine
Mag. ^a Sabine BLECHA	Gemeindevertreterverband SPÖ
Mag. ^a (FH) Sevim DOGAN	Magistrat St. Pölten
Mag. ^a Elisabeth MAYR	Mutter/Kindergarten
Mag. ^a Eva GÄNSDORFER	NÖ Bildungsgesellschaft m.b.H. für Fachhochschul- und Universitätswesen
Mag. ^a Marianne VITOVEC	NOEL, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
Mag. ^a Sabine AYDT	Donau Uni Krems
Mag. ^a Ursula SEYR	Wirtschaftskammer NÖ
Mag. ^a Zorica PRIMORAC	Muttersprachliche Lehrerin
Manfred ITZINGER	Grüner Gemeindevertreterverband
Martha DENK	NOEL, Abt. Kindergarten und Schule
Mehmet AKBAL	Dokumentation
Meltem ERISÖZ-RICHTER	NOEL, Abt Kindergarten, Interkulturelle Mitarbeiterin
Muhammed AL-KHOUTANI	Muslimische Jugend Österreich
NR Abg. Bettina HRADECSNI	Grüner Klub im NÖ Landtag
Richard PUNZHUBER	Bezirksstellenleiter der Rot Kreuz Bezirksstelle St. Peter/Au
DSA Sabine GRABNER	Diakonie, Flüchtlingsdienst NÖ
Sandra SCHARF	Verein Wohnen
Sonja TANZER	Interkulturelles Zentrum Wien
Sultan ÖZSECGIN	Volkshilfe Ö, Beratungsstelle Fair
Susanne KOLLERICS	Stadtgemeinde Baden
Tatiana BLINOVA	Interkulturelles Zentrum Wien
Tugba SEKER	Muslimische Jugend Österreich
Ümmü Gülsüm YILMAZ	Muslimische Jugend Österreich
Veronika BAIG	VS-Lehrerin, St. Pölten

ExpertInnen

InterviewspartnerInnen	Institution/Funktion
Allasane KANE	African Xaalat, Wr Neustadt
Cengiz KÖSE	Vereins für Türkisch Österreichische Freundschaft, St. Pölten
Deniz GRILL	Muttersprachliche Lehrerin, Berndorf
Deniz KARABULUT	Alevitische Kulturgemeinschaft, St.Pölten
Diana MUNTEANU	Interkulturelle Mitarbeiterin
DI. ⁱⁿ Ilse WOLLANSKY	NOEL, Abt. Raumordnung und Regionalpolitik
Dr. ⁱⁿ Christine ROSENBACH	NÖ Gleichbehandlungsbeauftragten
Dr. Edgar NIEMECZEK	Niederösterreichische Volkskultur
Dr. Mehdi SAADAT	Arzt für Allgemeinmedizin
Dr. Otto HUBER	NOEL, Abt. Landeskrankenanstalten und Landesheime
Efendi SIMSEK	Vereins zur Förderung von Atatürks Gedankengut, Wr. Neustadt
Ergün BILGIC	Islamisches Kulturzentrum Sollenau
Mag. Andreas HAIDEN	NOEL, Abt. Sozialhilfe
Mag. Hanspeter BEIER	NOEL, Abt. Staatsbürgerschaft
Mag. Helmut FRANK	NOEL, Abt. Wohnbauförderung
Mag. Karl FAKLER	AMS Niederösterreich
Mamica HYSENI	Interkulturelle Mitarbeiterin
Margarita DRAGOMIROVA	Interkulturelle Mitarbeiterin
Milica LADJEVIC	Interkulturelle Mitarbeiterin
LAbg. Mag. Alfred Riedl	Gemeindevertreterverband ÖVP
Sait KÖSE	AMARA - Mesopotamien Kulturzentrum, St. Pölten

9.3. Stellungnahme zum Entwurf „Integrationsleitbild Niederösterreich“ der Freiheitlichen Partei Österreichs - Landesgruppe Niederösterreich

Aufgrund der Vereinbarung mit den Arbeitsgruppen, im Prozess auch Minderheitenmeinungen zu dokumentieren, erstellte die FPÖ Niederösterreich folgendes Schreiben:

Freiheitliche Partei Österreichs
Landesgruppe Niederösterreich



3100 St. Pölten
Wiener Straße 92
Tel. 02742/256 280
FAX: 02742/256 280 34
martin.huber@fpoe.at

St. Pölten, im September 2007

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir übermitteln Ihnen wie vereinbart unsere Stellungnahme zum Entwurf „Integrationsleitbild Niederösterreich“. Zusammenfassend ist festzustellen, dass wir in den wesentlichen Kernpunkten eine völlig andere Auffassung vertreten.

1.) Im Integrationsleitbild wird eine „Verstärkte Aufnahme von Österreicherinnen und Österreichern mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst“ gefordert.

Wir lehnen eine Bevorzugung bestimmter Gruppen von Staatsbürgern aufgrund ihres persönlichen oder familiären Hintergrundes entschieden ab. Unterschiedliche Behandlung von Personen aufgrund ihrer Herkunft stärkt die Distanz zur Mehrheitsgesellschaft und behindert eine echte Integration.

2.) Als weitere Forderung wird genannt, „Einbürgerung als verstärkendes Element“ für die Integration einzusetzen.

Wir betrachten eine gelungene Integration als Voraussetzung für die Einbürgerung. Darüber hinaus würde mit der Staatsbürgerschaftsvergabe einer der stärksten Anreize für selbständige Integrationsbemühungen wegfallen: die Aussicht auf Einbürgerung.

3.) Darüber hinaus sollen „Gleiche Zuschüsse/Beihilfen für Ausländer“ erreicht werden.

Wir halten fest, dass der Sozialstaat auf der generationenübergreifenden Solidarität der Staatsbürger beruht. Der Sicherheit, Leistungen zu empfangen, steht die Notwendigkeit, Leistungen zu erbringen, gegenüber. Ein Aufenthalt in Österreich allein begründet kein Anrecht auf den Empfang von Leistungen aus dem Sozialstaat. Erst durch Integration und Einbürgerung ist eine Teilnahme an der Solidargemeinschaft zu erreichen, ein weiterer Anreiz für eine rasche Integration.

4.) Im Integrationsleitbild wird ebenfalls empfohlen, „Saisoniers... eine volle Arbeitsbewilligung“ auszustellen.

Wir weisen auf den Sinn der Saisoniersregelung hin, der darin besteht, kurzfristigen und zeitlich begrenzten Arbeitskräftebedarf durch Personen zu decken, die dafür nicht ihren Wohnort aufgeben. Saisoniers sind daher als Zielpersonen für Integrationsmaßnahmen auszuschließen.

5.) Zwar wird im Integrationsleitbild betont: „Asyl ist NICHT Zuwanderung“, dennoch werden Maßnahmen zur „Einbindung der Asylanten“ vorgeschlagen.

Wir betonen, dass Asyl Schutz vor Verfolgung und Schutz auf Zeit ist. Dieser Schutz wird für die Dauer der Bedrohung gewährt und hat nicht den Sinn, einen dauerhaften Aufenthalt zu begründen. Integrationsmaßnahmen für Asylwerber behindern lediglich eine rasche Rückkehr in ihre Heimat, wenn dort die Sicherheit von Leib und Leben wieder gewährleistet ist.

6.) In dem Entwurf wird ebenso die Forderung erhoben, „Regionale Anlaufstellen gegen Diskriminierung“ einzurichten, man solle „Schulen sensibilisieren und einbinden“.

Wir befürchten einen Anreiz zur Gesinnungsschnüffelei und zur Denunziation. Hier wird ermöglicht, dass der Vorwurf der Diskriminierung zur Diskreditierung unbescholtener Bürger verwendet wird.

Im Namen der Niederösterreichischen Freiheitlichen ersuchen wir Sie höflich darum, unsere Argumente zu bedenken und verbleiben,

Mit freundlichen Grüßen


Barbara Rosenkranz, LPO


Martin Huber, LGF

Leitung:

Dr. Günther Kienast
NÖ Landesakademie, Bereich Politik und Verwaltung

Verfasser:

Dr. Günther Kienast
Mag. Franjo Steiner
Mag. Ayhan Koldaş

ProjektpartnerInnen:

Arge Beratung
Das Interkulturelle Zentrum (Wien)
Institut für Konfliktforschung (Wien)
ÖAR-Regionalberatungs GesmbH (Wien)
Donau-Universität Krems, Fachbereich Interkulturelle Kompetenzen

Projektkoordination:

Mag. Ayhan Koldaş
NÖ Landesakademie, Bereich Politik und Verwaltung

Unter breiter Mitwirkung von ExpertInnen und MultiplikatorInnen aus öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie politischen EntscheidungsträgerInnen des Landes NÖ

Copyright:

NÖ Landesakademie, Bereich Politik und Verwaltung

Herausgeber:

NÖ Landesakademie, Bereich Politik und Verwaltung

Druck:

BBO - Beschäftigung und Berufsorientierung
Caritas der Diözese St. Pölten

Cover Layout:

Davids Design, Perchtoldsdorf

Cover Foto:

Aydın Çağlar

ISBN:

978-3-901967-31-3